Heft 8 August 1990 6,80 DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Der diskrete Charme der Autonomie
- Lafontaine: Das größere Übel
- Gnade für Honecker?
- Justiz: Hurenstigma und Rache
- Wie nackt ist eine schwarze Frau?
- Wir sind Weltmeister

in konkret August 1990

Von Konkret

An Konkret

Sieg im Volks-Eigentums-Krieg von Hermann L. Gremliza

Das größere Übel von Wolfgang Schneider

Im Prinzip sind sich Rechte wie Linke einig: Die SPD habe einen Kanzlerkandidaten nominiert, der gegen jede Form von Deutschtümelei und nationalstaatlicher Fixierung immun sei. Tatsächlich ober ist Oskar Lafontaine mitverantwortlich für jene »nationale Besoffenheit«, die er nun zu kritisieren vorgibt

Bespuckt und betrogen von Wolfgang Pohrt

Weil die Deutschen in einem ganz anderen Kampf als dem um die Fußballweltmeisterschaft mit der Truppe gefiebert hatten, wurden Zuschauer und Akteure des Sieges nicht froh: Die DFB-Auswahl hatte eben doch nur einen Fußballweltmeister-Titel errungen und allen Hoffnungen zum Trotz nicht die Schlappe von Stalingrad ausgebügelt

Deutscher Freistoß von Oliver Tolmein

Faschismus ist nicht... von Georg Fülberth

Vorschläge zur Aufhellung pseudo-antifaschistischer Begriffs-Finsternis

Das Tabu der Rache von Claudia Burgsmüller

»Dritte Welt« Ex und Hopp von Claudia von Braunmühl

Europa schließt sich unter deutscher Hegemonie zusammen – wird die »Dritte Welt« vergessen? Was angesichts der von Süd nach Ost umgeleiteten Entwicklungshilfe-Gelder plausibel erscheint, erweist sich, bezieht man die Welthandels-Daten mit ein, als Euphemismus. Die Ausplünderung wird intensiviert, »vergessen« wird nur, sie zu kaschieren

Auf zwei Beinen gehen von Albert Sterr

Die Befreiungsbewegung »Farabundo Marti« (FMLN), stark wie noch nie zuvor, verhandelt mit dem Regime des tropischen Junkers Cristiani. Im benachbarten Guatemala gewinnt die bewaffnet kämpfende URNG wieder erheblich an Einfluß – auch sie sucht den Dialog mit Militärs und Großgrundbesitzern. Die Sandinisten übergaben die Regierungsgeschäfte an die UNO, die politische Contra. Was ist los mit den Befreiungsbewegungen Mittelamerikas?

Der Weg zur inneren Einheit IV von Wolfgang Pohrt

In Anlehnung an die Arbeit »The Authoritarian Personality«, in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge zwischen Charakterstrukturen und der Empfänglichkeit für faschistische untersucht hatten, erstellt Wolfgang Pohrt für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« eine Studie über den »autoritätsgebundenen Charakter BRD 1990«, die KONKRET als work in progress dokumentiert.(siehe KONKRET 5-7/90). Im Rahmen dieser Studie, deren Ziel es ist, die Chancen für einen neuen Faschismus als Gemütsbewegung in Deutschland zu sondieren, bat Pohrt auch Gespräche mit politisch aktiven Rechtsradikalen geführt, um zu ermitteln, »wohin das gängige Alltagsbewußtsein kraft eigener Immanenz fortschreiten kann«. KONKRET veröffentlicht diese Gespräche in diesem Heft und den beiden folgenden. Aussagen, die Rückschlüsse auf die Person der Interviewten ermöglichen, wurden von Pohrt anonymisiert

Gespenstische Szene von Gruppe »Johannisthal«

Buch des Monats: Volkstümlich von Bernd Siegler

Detlev J. K. Peukert, Frank Bojahr: Rechtsradikalismus in Deutschland – zwei historische Beiträge, Ergebnisse Verlag Hamburg, 14,8O Mark

Zur Rationalität der NS-Ideologie von Werner Röhr

Rassenwahn oder ökonomisches Programm – welche Motive bestimmten die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten? In seinem Beitrag zur Debatte um die »Ökonomie der 'Endlösung'« kritisiert der DDR-Historiker Werner Röhr die schroffe Entgegensetzung von Irrationalismus und rationalem Kalkül als einander ausschließende Legitimationsformen des Völkermords und betont die Abhängigkeit seiner Durchführung von den Umständen, die der Expansionskrieg der Nazis schuf

Der Tag des Herrn von Otto Köhler

Über die Wiederauferstehung der Deutschen Bank in der DDR

Wie nackt ist eine schwarze Frau? von Christel Dormagen

»Das Sehen bat eine Geschichte, Bilder haben eine andere. Im Auge sitzt die Moral, nicht im Erblickten«

Stimmen aus dem Diesseits von Detlef zum Winkel

Eine Mord-Serie an Obdachlosen hat Frankfurt wochenlang in Unruhe versetzt. Jetzt ist der mutmaßliche Täter gefaßt. Statt die Ursache der Verbrechen aufzuklären, versuchen Politiker, Polizei und veröffentlichte Meinung, sie auf die Verrücktheit des geständigen Täters zu schieben: Die Stimmen, die er aus dem Jenseits hörte, entsprechen aber denen aus dem Diesseits

Das Besitztum und seine Jünger von Hermann Peter Piwitt

Zitate aus Ernst Jünger: »Das Wäldchen 125 – Eine Chronik aus den Grabenkämpfen« von 1918

Sinn ohn´ Form - Lesen und Handeln

Ich habe gelesen von Matthias Altenburg

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 08/90, S. 4

Von Konkret

Rot-Grün macht Fortschritte

Nachdem in Niedersachsen Alt-Ökosozialist Jürgen Trittin Bundesratsminister werden durfte, sind jetzt auch die ansonsten als strikte SPD-Kritikerinnen und -Kritiker bekannten grünen Bundestagsabgeordneten Tay Eich, Angelika Beer und Jochen Brauer einen Schritt auf die SPD zugegangen: »Bravo: SPD plant Enteignung der Deutschen Bank« ist ihre Pressemitteilung überschrieben. Anlaß für die Annäherung ist ein KONKRET-Artikel:

»Mit dem Journalisten Otto Köhler (in KONKRET 7/90) haben wir nicht ohne Verwunderung von der revolutionären Tat der West-SPD Kenntnis genommen, die Enteignung unrechtmäßig erworbenen Eigentums im ersten Staatsvertrag der DDR zu etablieren. Erstmals seit Adenauers Zeiten ist damit das Anliegen, unrechtmäßig erworbenes Vermögen zu enteignen, wieder diskutabel geworden. Als besondere Leistung ist anzuerkennen, daß die SPD sogar Kanzler Kohl von diesem Rechtsprinzip überzeugen konnte ... Wir setzen auf die Sozialdemokratie und werden uns bemühen, zum Ende der parlamentarischen Sommerpause einen entsprechenden Entschließungsantrag einzubringen. «

Nicht nur die Bundestags-Grünen, auch das Niedersächsische Innenministerium nutzt die KONKRET-Lektüre für Öffentlichkeitsarbeit – wenngleich die Ministerialbeamten der Inneren Sicherheit für ihre Verarbeitung etwas länger brauchen. In der im Mai 1990 erschienenen Zeitschrift »Unsere Sicherheit – Für Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehr, Zivil- und Katastrophenschutz« ist das Schwerpunktthema: »Gegen 'das Schwein mit der Muschel' – Linksextremisten gegen Shell«. Axel Hindemith vom LKA gibt einen Überblick über die Shell-Boykott-Kampagne und resümiert:

»Ein recht gutes Bild über die Motive von militanten Shell-Gegnern ergibt sich aus einem Interview, das zwei Mitglieder einer Gruppe mit der Bezeichnung 'Antirassistische Zellen ' der Zeitschrift KONKRET im Mai 1989 gaben. Die beiden Personen mit den passend klingenden Pseudonymen Bonnie und Clyde...«

Der Kommentar von Claudia Burgsmüller, in dem sie bilanziert, daß sich in Strafverfahren wegen Vergewaltigung seit 1905 nichts geändert hat (Seite 20), war fertig gesetzt und umbrochen, da hob der Bundesgerichtshof, als bedürfe es noch einer Bestätigung von Burgsmüllers Thesen, das Urteil des Landgerichts Frankfurt gegen einen 41 Jahre alten Portier auf. Begründung: Das Amtsgericht habe die Verteidigung »in einem für die Entscheidung wesentlichen Punkt unzulässig beschränkt«. Die Zeugin hatte auf Fragen des Verteidigers nach ihrem Intimleben kurz, bündig und überzeugend geantwortet: »Was geht Sie denn das an?« Nach höchstrichterlicher Ansicht eine ganze Menge, denn, so der BGH in der Begründung für die Aufhebung des Urteils: »(Es hätte) Indizwirkung entfaltet, wenn festgestellt worden wäre, daß die Zeugin auch mit anderen Bediensteten oder Bewohnern des Hotels freiwillig Geschlechtsverkehr ausgeführt hätte . « Vor dem Gesetz ist jeder Geschlechtsverkehr gleich. . .

Was er denn vorschlage, wie mit den in der DDR verhafteten RAF-Mitgliedern zu verfahren sei: Sollten sie in den Knast, wenn ja, wie lange, und wenn nein, was sollte dann mit ihnen geschehen?, wollte ein »Tempo«-Redakteur von Oliver Tolmein wissen. Der schlug die Einladung, sich am zeitgeistgemäßen Volksgerichtshof-Rundruf zu beteiligen, aus. Anderen Männern und Frau Vollmer hat es anscheinend Spaß gemacht, den Daumen hoch oder runter zu halten. Hamburgs Justizsenator Curilla sprach sich gegen Gnade aus, weil »grundsätzlich kein Anlaß besteht, Mitglieder der RAF anders zu behandeln als andere Straftätige«. Bommi Baumann präsentierte sich als eifriger Antikommunist: »Was man mit denen machen soll? In der DDR lassen – das ist sowieso die härteste Strafe. « Und Frau Vollmer nutzte die Gelegenheit, alte Argumente bemerkenswert zu variieren: »Angesichts der Zerrüttung der RAF halte ich die Streichung des Paragraphen 129a für notwendig, ebenso faire Prozeße und milde Strafen.« Sollte es der RAF wieder besser gehen, sind dagegen die Verschärfung des 129a notwendig, unfaire Prozeße und harte Strafen. Der Rechtsstaat muß flexibel bleiben. Ex-Kanzler Schmidt wird sich freuen. Die Grünen schließen auf: zum größeren Übel.

Weil diesmal der Terminkalender fehlt: Am 18. August um 13.30 Uhr findet eine bundesweite Demonstration »Kampf dem Fascho-Aufmarsch« in Wunsiedel statt. Anlaß für die Mobilisierung in der Provinz: Die Angriffe neonazistischer Gruppen auf Ausländer, Ausländerinnen und Linke nehmen gerade in der Provinz rapide zu; am 18. August planen die rechten Gruppen am Grab des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß in Wunsiedel einen großen Aufmarsch, der verhindert werden soll. Zu der Gegenaktion rufen etliche Gruppen und das bayerische Antifa-Plenum auf. Weitere Informationen gibt es mittwochs zwischen 17 und 21 Uhr unter der Telefonnummer 0911/22 65 98.

Konkret 08/90, S. 6

An Konkret

Selbstparodie

KONKRET 7/90 »Was machen wir jetzt?« von Th. Kieseritzky und D zum Winkel anläßlich des Kongresses »Radikale Linke«

Man muß KONKRET dankbar sein für den Abdruck des Beitrages, bei dem man sich nur schwer davon überzeugen läßt, daß es sich um keine Selbstparodie handelt.

Wer noch Zweifel hatte, ob sich hinter dem Unternehmen »Radikale Linke« wirklich nicht mehr verbirgt als der Versuch bankrotter Gesinnungssozialisten, durch Zusammenlegung ihrer abgewirtschafteten Klitschen sich weiter durchzufretten, ohne sich ändern zu müssen, der weiß es jetzt. Das Gemisch aus begriffslosem Gestammel, wenn es um die realen Verhältnisse, aus mancherhafter Großmäuligkeit, wenn es um die nächste Aktion, und aus kleinlauter Verzagtheit, wenn es um eine weiterführende Perspektive geht, stellt auch für KONKRET einen lange nicht mehr erreichten Gipfelpunkt dar.

Die kapitalistische Normalität begrifflich zu durchdringen und zu kritisieren liegt jenseits des Horizonts dieser prätentiösen Radikalen. Sie brauchen immer den Ausnahmezustand, um ihr moralisches Gezeter zu inszenieren – hätte es den Faschismus nicht gegeben, diese Linken müßten ihn erfinden. Hinter ihrer aktionistischen Hektik spürt man die Angst, daß ihnen nach dem Heimgang des »real existierenden Sozialismus« die Argumente gegen den Kapitalismus ausgehen könnten. Deshalb fragen sie: »Reicht es nicht zu sagen, weil das Kapital Hitler finanziert, muß es enteignet werden?«

Aber das Kapital hat Hitler gar nicht finanziert, sondern einige Einzelkapitale haben das getan; und mit ebenso großem Recht ließe sich behaupten, das Kapital (nämlich das amerikanische, britische etc.) habe Hitler besiegt. (Ganz abgesehen davon, daß die verkürzte Vorstellung vom Kapital als »Privateigentum an Produktionsmitteln«, welches »enteignet« werden muß, zu genau jener famosen Art von Sozialismus führt, deren Schiffbruch wir gerade erleben durften.)

Solche schlichten Überlegungen, die aber ein gewisses Minimum an theoretischer Anstrengung verlangen, scheinen die Radikalen Linken nicht zu interessieren. Was sie wirklich umtreibt, ist in der Tat nur die Frage »Was machen wir jetzt?«. Und natürlich noch die Sorge, daß »die Proportionen stimmen«: »Es wäre mehr als peinlich, ja es wäre das Aus, wenn wir gegen die Wiedervereinigung nicht mindestens die gleiche Show veranstalteten wie gegen eine Flughafenerweiterung« etc; – also: »die ganze Palette von Aktionsformen, in denen wir uns halbwegs auskennen.«

Es ist in jedem Fall mehr als peinlich. Daß sie sich sonst in nichts auskennen, demonstrieren sie mit jedem ihrer Sätze. Einige sind schon fast deliriös wie z.B. der: »Die Radikale Linke will die Revolution, um sie abzulehnen, wenn sie real existiert, das ist auch klar, oder jedenfalls scheint es uns klar zu sein. Deshalb ist die Revolution oder die Annäherung an dieselbe ein durchaus zweifelhaftes Erfolgskriterium.«

Da kennt sich auch der Leser nicht mehr aus, nicht einmal »halbwegs« . So wie in diesem Satz sieht es aber mit der logischen Konsistenz des ganzen Beitrags aus. Nachdem man dem Vorspann entnommen hat, daß es sich dabei um die »überarbeitete« Fassung eines Vortrags handelt, will man lieber nicht wissen, wie der vor der Überarbeitung ausgesehen hat. Wie es in den Köpfen Radikaler Linker aussieht, weiß man auch so.

Hans-Friedrich von Bosse

Kaiserslautern

Saublöde Überschrift

KONKRET 7/90 »Endsieg über die RAF?« von Oliver Tolmein

Die Verhaftung der 8 ist kein »Endsieg über die RAF«, es ist nichtmal ein »Schlag gegen die RAF« oder sowas: es hat mit der RAF schlicht nix zu tun! Nix mit der Realität der RAF 1990, wohl etwas mit der Geschichte der RAF, etwa 1977 – wenn die Sicht der damaligen Dinge jetzt vielleicht mittels »Kronzeugen« noch mehr im Sinne der Herrschenden festgeklopft wird.

Aber mit der RAF, ihrer Politik in den 80ern und 90ern hat die Verhaftung eines Teils der 77er RAF nix zu tun. Daß nach dem »Zusammenbruch des Ostblocks« sich eine antiimperialistische westeuropäische Guerilla andere »Rückzugsräume für nicht-verräterische Aussteiger und Aussteigerinnen« suchen muß, erlaubt möglicherweise so kühne Schlüsse wie: »Der 'Zusammenbruch des Ostblocks' ist (auch) ein 'Schlag gegen die RAF' – aber selbst das ist schon ziemlich weit hergeholt. Daß aber 6 bis 9 77/80er Aussteigerinnen und Aussteiger zu blöd waren, sich 89/90 rechtzeitig abzusetzen, was hat das mit dem bewaffneten Kampf, was hat das mit Herrhausen z.B. zu tun?

»Endsieg über die RAF« – auch mit »?« eine saublöde Überschrift!

Iwan

Hamburg

Macher. nicht das Volk

KONKRET 7/90 »Nation in Not« von Hermann L Gremliza

Ich denke, Deine Einschätzung, das Nationalgefühl sei nicht so stark ausgeprägt, wie sich die Herrschenden das eigentlich wünschten, geht von einer falschen Annahme aus. Die Herrschenden in diesem Land brauchen sich nichts zu wünschen, sie diktieren. Die nationale Einheitskoalition von CDU/FDP/SPD/Grüne werden von über 90 Prozent der Bevölkerung gewählt und haben es somit nicht nötig, sich irgendetwas zu wünschen. Sie sind die Macher der Einheit, nicht das Volk, zumindest solange gewählt wird.

Außerdem fällt das Nationale hier immer zusammen mit den Interessen des Kapitals. Das bedeutet, die Industrie kann mit ihrem Kapital natürlich auch das Nationalgefühl steuern. Und wenn vom »kleinen Mann auf der Straße« gemerkt wird, daß die Einheit nicht umsonst zu haben ist, kommen da die Sozialdemokraten, die seine Befürchtungen teilen, ihm billige Lösungen präsentieren, er sie wählt, sie nicht regieren, und er bezahlt.

Thorsten Bonacker

Schwanwede

Ehrwürdig

KONKRET 7/90 »Vorworts und vergessen« von Hermann L Gremliza

Also, ich wiederhole: In der DDR gab es regierende Kommunisten, mit denen man über Stillstand und über die falsche Richtung streiten konnte. Es gab keinen Kommunismus. Bon. Aber es gab – auch keinen Sozialismus, sondern nur etwas so genanntes? Verstehe ich Sie richtig? Daß der DD-Sozialismus jetzt ein sogenannter Sozialismus gewesen sein soll? Den man verschämt wegstecken muß? Ich finde, er war ein ehrwürdiger. Auch finde ich, daß er wirtschaftlich durchaus nicht mickrig war.

BRD-Minister Haussmann will die DDR in 3 Jahren auf EG-Niveau bringen, soll wohl heißen eine Wirtschaftsregion daraus machen, die Frankreich vergleichbar ist. Mehr noch: die Investitionsdefizite, die den Abstand zur BRD ausmachen, werden auf 2 Billionen DM geschätzt, das entspricht etwa dem heutigen Wert der Mittel, die die DDR zum Wiederaufbau der Sowjetunion gespendet und zum Wiederaufbau der BRD beigetragen hat. In wirtschaftlicher Hinsicht hat sich demnach die DDR kaum schlechter geschlagen als die BRD, da beißt keine Maus den Faden ab.

Aber haben Sie es auch immer im Hinterkopf, wenn Sie den DDR-Sozialismus kritisch bewerten? Warum sagen sie dann, daß der Wettlauf mit der BRD »nie zu gewinnen« war? Er war das falsche Ziel. Und warum sagen Sie, daß der Druck (ökonomisch, militärisch, politisch) auf die DDR »über»mächtig war? Er war mächtig, und der Gegendruck war es lange Zeit auch.

Kurzum, ich glaube nicht, daß die Erklärung für den Zusammenbruch des DDR-Sozialismus in ökonomischer Schwäche oder gegnerischer Übermacht zu suchen ist. Eher schon in der schlechten Meinung, die offenbar auch Sie vom DDR-Sozialismus haben.

Schade!

Hartmut Kempker

Berlin

Hermann L.-Fan-Club e.V.

KONKRET 7/90 »von konkret« bzw Gremliza

So, so, Hermann L. Gremliza tritt jetzt auch noch aus der IG Medien aus. Für wie wichtig hält sich der Monarch eigentlich, daß er nach seinem SPD-Abgang jetzt auch noch die konkret-LeserInnen mit den Hintergründen seines Gewerkschaftsaustrittes (und das als Arbeitgeber) belästigen muß.

Narzißmus gut und schön, aber langsam wird's peinlich. Muß doch die Leserschaft befürchten, daß euer Chef noch Mitglied in weiteren deutschen Vereinen ist und konkret demnächst eine neue Rubrik »Die Austrittsbegründung des

Monats« einführt. Sinnvoller wäre doch, wenn der Hermann L.Fan-Club e.V. diese ganzen Privat-Korrespondenzen gegen einen Freiumschlag beim Chefredakteur abfordern würde.

Axel Labs

Frankfurt

Konkret 08/90, S. 8

Hermann L. Gremliza

Sieg im Volks-Eigentums-Krieg

Der Ministerrat der DDR hat Herrn Detlev Rohwedder, den Vorstandsvorsitzenden der Hoesch AG, zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums bestellt, die »über den größten Teil des Industrievermögens einer ganzen Volkswirtschaft gebieten wird, nämlich über 8.000 Volkseigene Betriebe und Kombinate sowie über volkseigene Güter und Wälder der DDR. Die sechzehn Verwaltungsräte und fünf Vorstandsmitglieder der Treuhandanstalt, die meisten aus dem Westen, werden über eine Machtfülle verfügen, die ohne Beispiel ist in der Geschichte moderner Industriestaaten.«

Was die mogadischu-liberale Wochenzeitung »Die Zeit« da meldet, ist das Resultat eines Vorgangs, den das US-Magazin »Newsweek« »the capitalist blitzkrieg of the East« nennt. Die Deutschen nennen es »die deutsche Revolution«. Der Batzen, den sie sich mit ihrem Fallbeil abschneiden, ist rund 1,5 Billionen DM dick.

Der Krieg ist aus; sie haben gewonnen und gekriegt, was sie immer wollten; der Feind ist übergelaufen, seine letzten Bataillone haben sich verkrümelt oder ergeben. War's das? Das war's nicht: *Der Generalstaatsanwalt der DDR hat Mordanzeige gegen Erich Honecker erstattet. Damit soll die persönliche Schuld Honeckers an den Todesschüssen an der Mauer ermittelt werden. Die Anzeige richtet sich gegen Honecker in seiner Funktion als Vorsitzender des nationalen Verteidigungsrates der DDR. In dieser Funktion war er für die Grenzregelungen zuständig. In der Bundesrepublik wird gegen Honecker wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nach Paragraph 129a ermittelt.* Der Krieg ist nicht aus.

Zwar: der einst real existierende Feindstaat existiert real nicht mehr, und daß er neu sich formierte, ist nicht zu befürchten; seine einst regierenden Kommunisten regieren nicht mehr und sind keine mehr. Aber genug ist in Deutschland nie genug: Die DDR hätte nie existieren, Kommunisten hätten in Deutschland nie Staat machen dürfen. Daß es dennoch möglich war, unglaubliche vierzig Jahre lang, ist ein Trauma, das sich nur heilen läßt, wenn die einst kurzfristiger Profite wegen ausgesprochene Anerkennung dieser Realität nachträglich widerrufen wird. »Aleschia? Wasch isch dasch: Aleschia? Wir wischen nischt, wo dieschesch Aleschia ischt!« kreischt Alkoholix, der Averner, als Asterix ihn nach dem Ort der Niederlage des Gallierfürsten Vercingetorix fragt. Weil es die Niederlage nicht gegeben haben darf, darf es den Ort nicht mehr geben, an dem sie stattgefunden hat. Die DDR war kein Staat.

Und weil die DDR kein Staat war, haben ihre Politiker und Beamten, wenn sie Gewalt angeordnet oder ausgeübt haben, nicht das von jedem Staat reklamierte Gewaltmonopol genutzt, sondern individuelle Verbrechen begangen. Im Jahr der »deutschen Revolution« wurden mehr Menschen in der BRD von Polizisten erschossen als in der DDR und an ihrer Grenze von dortigen Beamten und Soldaten. Den Schießbefehl, nämlich das Gesetz, das den Polizisten die Anwendung unmittelbaren Zwangs und also nach einem warnenden Zuruf »Halt oder ich schieße!« den Gebrauch der Waffe erlaubt, hat der Bundespräsident unterschrieben. Auf die Idee, im Falle eines der neun Todesschüsse des Jahres 1989 eine Mordanzeige gegen Weizsäcker oder einen seiner Vorgänger zu erstatten, ist keiner gekommen. Ein Staat darf. Der Funktionär eines Staates, der keiner ist, begeht sogar mit der Festnahme eines betrunkenen Autofahrers eine Freiheitsberaubung.

Ein Staat, der einer ist, darf Geheimdienste unterhalten und zu kriminellen Taten ermächtigen: Telefone abhören, Briefe öffnen, Wanzen anbringen, Leute erpressen, bestechen und, wie man von der CIA weiß und vom BND annehmen sollte, in besonderen Fällen auch umbringen. Der Krisenstab eines Staates (BRD 1977) darf sogar diskutieren, ob man Gefangene ermorden läßt. Ein Staat darf mit Mordwerkzeug handeln, mit U-Booten, mit Giftgas, mit Maschinenpistolen. Er darf Menschen wegen ihrer politischen Überzeugung diskriminieren und wegen ihrer Hautfarbe mißhandeln.

Wäre die DDR ein Staat gewesen, hätte auch Honecker das alles gedurft, und mehr noch gegen jene, die seinem Staat an die Existenz wollten. Was ein Staat dürfen kann, wenn er seinen Bestand gefährdet sieht, hätte er in den Notstandsgesetzen der BRD nachlesen und bei Manövern von Grenzschutzeinheiten betr. Besetzung von Betrieben durch Arbeiter beobachten können. Umso schlimmer für ihn, wenn er es getan hat – jetzt, da sich herausstellt, daß die DDR gar kein Staat war.

Haben sie ihn also hereingelegt, als sie ihn bei seinem Besuch in der BRD von allen Seiten mit »sehr geehrter Herr Staatsratsvorsitzender« angeredet haben? Oder war's nichts als diplomatische Gepflogenheit? Weder noch. Sie bezeugten jenen Respekt, den persönliche Macht denen, die nur im Auftrag Mächtiger tätig werden dürfen, stets abzwingt. Nicht einmal richtig hassen konnten sie ihn, den Regierenden, dessen Taten sie kannten und haßten . Denn Haß auf Mächtige können sie sich in ihrem Moralhaushalt nicht leisten. Solange die DDR unerschütterlich schien, verbot der liberale Leitartikel seinen Politikern all jene persönlichen Kränkungen des Gegners, von denen er heute täglich strotzt. *Right is might,* und so entfaltet sich die politische Moral erst am Verlierer zu ihrer vollen Pißnelkenblüte. Wer nicht gewinnt, ist moralisch minderwertig.

Die Sieger aber wissen, daß es nicht wahr ist. Sie kennen sich. Sie brauchen nichts darum geben, genau zu wissen, für wen und was die Taten getan worden sind, von denen man öffentlich sagt, sie wären für das Vaterland getan worden bzw. für die Freiheit oder die Brüder und Schwestern. Und weil sie es wissen, bleibt ein Rest von Angst, es könne herauskommen und sich herumsprechen. Wie unberechtigt die Angst auch sei – sie läßt noch den regungslos am Boden liegenden Gegner als eine Gefahr erscheinen, als einen eines fernen Tages unbequemen Zeugen, der ausgemerzt werden muß.

Die Angst vor Entdeckung erklärt auch, warum die Sozialdemokratie, die den regierenden Kommunisten zuletzt mit ausgesuchtem Feingefühl begegnet war, sich bei der Verfolgung und Bestrafung der Verlierer besonders widerwärtig aufführt. Sie ist nun mal (und weiß es) »die Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse« (Lenin), angestellt, die Proleten mit kleinen Wohltaten und großen Reden bei jener Stange zu halten, an der ggf. auch mal die Reichskriegsflagge pappen kann. Von real regierenden Sozialisten, die sich selbst sozialdemokretinisiert hatten, hatte sie nichts zu fürchten. Was aber würden die entmachteten tun, die keine Rücksicht auf Valutakredite, Diplomatie und Weltfriedenspfaffen zu nehmen hätten? (Noch tun sie übrigens nichts anderes.)

Solche Sorgen plagen die kapitalistische Talkshow-Linke nicht. An ihr gibt's nichts zu demaskieren, ihre Larve ist ihr Gesicht, dessen breites Grinsen über den Sieg im Volkseigentumskrieg auch den letzten Zweifler in der Redaktion des Bayerischen Rundfunks überzeugt hat. Entsprechend generös ist ihre Haltung: Sie plädieren für die des Mordes Verdächtigen auf »Milde aus Altersgründen«. Abgesehen davon, daß ich, wäre ich der Delinquent, lieber von Rebmann angeklagt als von Muttis Kulturdezernenten begnadigt würde: Gibt es verkommeneres als eine Bürgerkinderbagage, die einst Der Rote Rebell bzw. Guerillero auf der Straße nach Nirgendwo gespielt hat und nun der Staatsmacht »Milde« empfiehlt gegenüber Leuten, die den RAF-Aussteigern den Tod in Stammheim erspart haben?

Hat Erich Honecker getan, was ihm in dieser Sache vorgeworfen wird (und was er leider bestreitet), möchte ich, der damals nicht Stadtindianer gespielt hat und vielleicht auch deshalb heute nicht Rohwedders Cowboy spielt, ihm dafür danken.

Konkret 08/90, S. 10

Wolfgang Schneider

Das größere Übel

Im Prinzip sind sich Rechte wie Linke einig: Die SPD habe einen Kanzlerkandidaten nominiert, der gegen jede Form von Deutschtümelei und nationalstaatlicher Fixierung immun sei. Tatsächlich ober ist Oskar Lafontaine mitverantwortlich für jene »nationale Besoffenheit«, die er nun zu kritisieren vorgibt

»Er lacht, er bückt sich zur Erde nieder, er hat einen rotschwarz schillernden Käfer entdeckt, hebt das Blatt, auf dem das Insekt sitzt, ein wenig an, betrachtet Flügel, Bruststück, Kopf, kehrt sich zu mir um und fragt: ‘Weißt du, wie das Tierchen heißt?' Auch dieses Tier hat einen Namen, ein Leben, einen Tod, ist auf franziskanische Weise eine Person, die ihr Daseinsrecht hat. Oskar Lafontaine wendet sich gegen alles, was das einzelne zur Masse machen will, er verabscheut die Prozesse, die zur Entpersonalisierung drängen, er mag keine Begriffe, die an abstrakte Gebilde statt an lebendige Geschöpfe denken lassen, auch nicht das Wort 'Wiedervereinigung' .«
Ludwig Harig, 1987

»Ein deutscher Kanzler überhebt sich nicht, wenn er deutsche Interessen vertritt.«
Oskar Lafontaine, 1986

I

Wie noch stets, wenn die Deutschen ihre Stunde für gekommen hielten, haben sich auch in der Auseinandersetzung um den deutschlandpolitischen Kurs des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten die Kontrahenten im Grundsatz längst verständigt. Daß Oskar Lafontaine »in Schicksalsfragen der Nation lediglich eine destruktive Rolle zu spielen vermag« (»Bayernkurier«), weil er sich unentwegt bemühe, »das Thema der staatlichen Einheit rhetorisch zu eliminieren« (»FAZ«), steht für die Konservativen hierzulande ebenso außer Frage wie für die Linken, daß er »die Ehre des Nein in der Politik« gerettet habe (»TAZ«), indem er mit seiner Kritik am Wiedervereinigungsverfahren einen »Gegendiskurs gegen den nationalen Diskurs der Kohlisten« startete (»Revier«) und entschlossen scheine, »als Kandidat EG-Europas gegen den 'Wir sind das Volk'-Patriotismus anzutreten« (»TAZ«): »Gesamtdeutsch«, glaubt »Revier«, das linke Magazin aus dem Ruhrgebiet, »geht mit Lafontaine nichts«.

Natürlich tadeln die einen, was die anderen loben: Wo die Rechten sich ereifern, mit seinen »Warnungen vor den sozialen Folgen der Freizügigkeit in Deutschland« begebe sich Lafontaine »auf die Ebene eines Schönhuber«, weil er an »das Biertisch-Potential der Einheitsgegner und deren niedrigstes Motiv, den Wohlstands-Chauvinismus« appelliere (»FAZ«), da freuen sich die Linken über die »rasche Klugheit«, die den Kanzlerkandidaten befähigte, »die Angst vor dem Übersiedler zu thematisieren – bis hart an die Grenze des Wohlstandsrassismus« (»TAZ«); wo die Linken den«Defätisten« Lafontaine bewundern, der »einem Großteil der deutschen Bevölkerung aus der 'Seele' geredet« (»Revier«) und damit gezeigt habe, daß er im kommenden Wahlkampf »über die Realität so (wird) reden können, wie sie die Leute im Kopf haben« (»TAZ«), da beschimpfen die Rechten den »Miesepeter«, der bloß »die alten abgedroschenen Lieder vom Sozialneid« singe (»Bayernkurier«); wo schließlich die Rechten eine Lafontaine-geführte Sozialdemokratie wieder in den Stand der vaterlandslosen Gesellen zurückfallen sehen, da hoffen die Linken, Lafontaine »könnte sich darauf konzentrieren, gegen den nationalkonservativen Diskurs das der globalen Herausforderungssituation entsprechende 'neue Profil' einer jungen, zukunftsorientierten SPD zu demonstrieren, die die hegemonialen Politikfelder von morgen besetzt« (»Revier«).

Im wesentlichen aber sind sich alle einig: darin nämlich, daß das politische Programm Lafontaines sowohl populistisch als auch ein Antidot gegen jede Form nationalstaatlicher Fixierungen und volksgemeinschaftlicher Rigorismen sei, und darin eben – weil das widersinnig ist – irren sie, ein jedes auf seine Art. Denn ebenso sicher wie das, was ein Großteil der deutschen Bevölkerung in der Seele oder im Kopf hat, nicht dazu taugt, die Gefahren, die sich aus dem Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten ergeben, zu bannen, sondern allenfalls, sie zu potenzieren, ebenso sicher gehört die Mobilisierung sozialer Ressentiments zum Fundus konservativer und rechtsradikaler Politiken.

Wer sich also die Urteile der Anhänger und Gegner Lafontaines genauer besieht, wird erkennen, daß da einiges durcheinandergeraten ist: Wenn etwa die »TAZ« anläßlich seines Landtagswahlsieges im Januar dieses Jahres begeistert feststellt: »Lafontaine hat einen Wahlkampf der Heimatverbundenheit gemacht ... Er hat es verstanden, als Saarländer gegen den Rest der Welt zu kämpfen« – dann spricht daraus die zukunftsfrohe Erwartung, er werde als Kanzler erst so richtig loslegen, was jedoch mit der Überzeugung des Kommentators merkwürdig kontrastiert, Lafontaines Konzept setze gerade nicht aufs nationale Ressentiment.

Wenn »Revier« den Inhalt dieses Konzepts mit der Formulierung umreißt, es ziele auf »eine soziale und ökologische Gestaltung des neuen politischen Raumes Deutschland« und stehe im übrigen im Einklang mit der internationalistischen Ausrichtung einer à la Lafontaine modernisierten SPD, »die, salopp gesagt, beim Thema Vereinigung eher an die Toskana als an die DDR dachte« – dann verrät schon die Wortwahl, daß der Autor beim Schreiben von anderem träumte, als er hat

ausdrücken wollen. »Die Chance der deutschen Vereinigung«, so endet denn auch folgerichtig sein Lafontaine-Portrait, sei »das Ende einer Sühne für ungeheure Schuld«.

Wenn wiederum die »TAZ« voll Anerkennung konstatiert, der Herausforderer Helmut Kohls habe »genauer als seine Parteikollegen« erkannt, »daß die BRD und DDR eben nicht auf einer nationalen Welle zur Einheit getragen werden. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR hat die soziale Frage bei weitem den Vorrang gegenüber der nationalen Frage« – dann besagt das zumindest zweierlei. Erstens: Lafontaine ist, verglichen mit dem amtierenden Kanzler, der national zuverlässigere Politiker. Wer seinen Vorstellungen folgt, stellt Großdeutschland nur umso sicherer wieder her (das entspricht im übrigen auch seinem Selbstverständnis: »Ich habe in der Übersiedlerfrage als erster führender Politiker gesamtdeutsch gedacht«). Zweitens: Die Konzentration auf die sozialen Friktionen, die sich aus der Wiedervereinigung ergeben, und die darauf gemünzte Beschwörung nationaler Opferbereitschaft sind geeignet, dem Chauvinismus vorzubeugen. Ein gefährlicher Unfug, zeigt doch ein Blick in die Geschichte, daß der deutsche Nationalismus seine rassistische Energie stets dann aus politischen und/oder sozialen Defiziterfahrungen ziehen konnte, wenn diese zuvor gleichsam offiziell lizensiert worden waren, daß der Aufruf zum Verzicht, zur »nationalen Solidarität« in Deutschland der Aufforderung gleichkommt, sich das vermeintlich oder tatsächlich Entbehrte beim 'rassisch minderwertigen' Nachbarn beziehungsweise beim politisch Andersdenkenden zu holen, daß also »die soziale Frage Vorrang gegenüber der nationalen Frage« insofern hat, als sie diese erst richtig scharf macht. (Ob Wolfgang Roth, der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, sich darüber im klaren ist, was seine Behauptung, die Lohnforderungen der DDR-Gewerkschaften seien zu hoch und würden die Arbeitslosigkeit verschärfen, für die Ausländerinnen und Ausländer in der DDR bedeutet – über ihre Entlassung hinaus?; ob irgendein Sozialdemokrat wenigstens ahnt, in welcher Tradition das Verlangen seiner Partei steht, die PDS »zum Wohle des Volkes« (mithin zugunsten der eigenen Kasse) zu enteignen und per Gesetz aus deutschen Parlamenten hinauszusäubern?)

Während so die Linke an Lafontaine lobt, was sie kritisieren müßte, kritisiert die Rechte, was ihr durchaus sympathisch sein sollte, gehört es doch sowohl zu ihrem Gesellschaftsverständnis als auch zu ihrer politischen Alltagspraxis: die »pure politisch-soziale Demagogie« (»FAZ«), auf die sie sich selbst dann immer noch besser versteht, wenn momentan »in der CDU und mehr noch in der CSU . . . mit Neid betrachtet (wird), wie Lafontaine die 'Republikaner' klein zu halten verstand, indem er die sozialpolitische Seite des DDR-Problems in den Vordergrund stellte« (»Zeit«). Dennoch muß die Frage beantwortet werden, ob es tatsächlich allein die sozialpolitische Seite des DDR-Problems ist, die den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten für Linke wie für Rechtsradikale so attraktiv macht. Wer sich mit seiner politischen Laufbahn beschäftigt, wird sehr rasch feststellen, daß das keineswegs der Fall ist: Lafontaine ist wie kaum ein anderer bundesdeutscher Politiker mitverantwortlich für die Kultivierung jener nationalistischen Hybris, die seit dem 9. November 1989 auch den fahnenschwenkenden Mob treibt und die ein Volksgemeinschaftsempfinden speist, das die Deutschen mal über die Frage räsonnieren läßt, ob »wir« den Aussiedlern aus den osteuropäischen Staaten »den Zugriff auf die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik einräumen« sollten (Lafontaine), und mal über den Eindruck, »daß die Juden sich schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klimpert« (Hermann Fellner, CSU).

II

Daß die deutsche Linke des Jahres 1990 ihre Hoffnung, gegen den chauvinistischen Sog eine »transnationale Identität« – was auch immer das sein mag – behaupten beziehungsweise entwickeln zu können, ausgerechnet an einen Politiker knüpft, der Anfang der 80er Jahre als Spitzenagitator der erfolgreichsten nationalen Erweckungsbewegung der deutschen Nachkriegsgeschichte entscheidend mit dazu beitrug, Vorstellungen von Deutschland als einem von den Siegermächten des 2. Weltkriegs geknechteten und ihren imperialen Bestrebungen hilflos ausgelieferten Land zu popularisieren, die bis dato nur unter Rechtsradikalen kursierten, resultiert nicht aus ihrem allemal kurzen Gedächtnis. Denn keineswegs hat sie vergessen, mit welcher Inbrunst Lafontaine als Aktivist der Friedensbewegung seine Version des 'Besatzer raus! Deutschland den Deutschen!'-Slogans formulierte. Vielmehr gelten ihr seine heutigen Warnungen vor dem »Schweinsgalopp Deutschland« (»Revier«) geradewegs als konsequente Fortsetzung seines damaligen Engagements. Das hängt sowohl mit ihrer notorischen Bereitschaft zusammen, in 'Schicksalsstunden des deutschen Volkes' nationale Zuverlässigkeit zu beweisen, als auch mit ihrer gleichfalls notorischen Weigerung, die Verantwortung für die katastrophischen Konsequenzen zu übernehmen, die sich noch jedes Mal daraus ergeben haben. Die »nationale Besoffenheit« jedenfalls, die Lafontaine heute moniert, ist auch das Ergebnis des nationalen Befreiungskampfes, den die deutsche Linke seit zehn Jahren führt.

Es ist daher sinnvoll, noch einmal an die »Angst vor den Freunden« zu erinnern, die der Saarbrücker Oberbürgermeister 1983 – die neuen Raketen waren noch nicht da, die sozialliberale Regierung, die sie bestellt hatte, dafür aber schon weg – in ein Manifest gefaßt hatte, das die Deutschen so präsentierte, wie sie sich am liebsten sehen – als Opfer nämlich – , und das gleichwohl Töne spuckte wie erst Ende 1989 Rudolf Augsteins Kolumnen wieder.

Deutschland, zum »Operationsgebiet für eine Weltmacht« degradiert, befrachtet mit »Risiken ..., die kein anderes Land der Erde trägt«, sei nurmehr ein »atomares Schlachtfeld der Supermächte«, verkündete Lafontaine und beklagte »die nach dem Kriege gewachsene Unterwürfigkeit gegenüber der westlichen Führungsmacht«, die dazu geführt habe, »daß unser Leben von der Entscheidung eines der alten Männer im Weißen Haus oder im Kreml oder von dem Funktionieren eines Computers abhängt«. Daher gebiete nunmehr sowohl der pure Selbsterhaltungstrieb als auch »unser nationales Interesse<e den Deutschen, »das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen« und »die Deutschen aus der tödlichen Schicksalsgemeinschaft mit den nuklearen Mächten (zu) befreien«: »Ein souveräner Staat überläßt die Entscheidung über Leben und Tod, die Entscheidung über den Kriegseintritt, nicht einer anderen Macht, auch nicht einer Weltmacht. Eine derartige Preisgabe von Souveränitätsrechten ist im übrigen auch grundgesetzwidrig.«

Mal abgesehen davon, daß die Deutschen in der Tat ihre Fähigkeit zur souveränen Entscheidung über den Kriegseintritt hinreichend bewiesen haben – die Vernachlässigung der in der Präambel festgelegten Aufgabe allen bundesdeutschen Staatshandelns ist ebenfalls grundgesetzwidrig: »Wer es mit deutscher Wiedervereinigung ernst meint ..., muß alles unterstützen, was die Emanzipation beider deutscher Staaten von ihrer jeweiligen Supermacht fördert ... Erst eine Befreiung aus der atomaren Geiselnahme der Supermächte bringt die deutsche Frage wieder auf die Tagesordnung der Geschichte«, zitierte Lafontaine zustimmend Franz Alt, erklärte, »daß die amerikanischen Truppen nichts mehr bei uns verloren haben«, kritisierte den »Schwenk der SPD auf die Politik der Westintegration Adenauers« und riet seiner Partei, wieder anzuknüpfen »an ihre sicherheitspolitischen Vorstellungen, die sie in den fünfziger Jahren entwickelt hat«. Kostprobe aus dem »Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« von 1954, Abschnitt Außenpolitik: »Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit ist die dringendste politische Forderung des deutschen Volkes. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird jeden Schritt ihrer Politik in den Dienst dieser Forderung stellen.«

Die SPD hat Wort gehalten. In Fortführung ihrer national einwandfreien Tradition, die sich mit den Namen Bebel – der hatte schon 1892 auf die Frage, ob er im Kriegsfall auf seinen Genossen Jules Guesde, den damaligen Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterpartei Frankreichs, schießen würde, geantwortet: »Ja – aber nur auf Befehl« – , Ebert, Schumacher und Brandt verbindet, hat sie auch in den letzten Jahren alles getan, um der Feststellung: »Man hat manchmal den Eindruck, als seien alle Entscheidungen mit Gewalt darauf programmiert, daß es in Deutschland losgeht«, eine Plausibilität zu verschaffen, die Lafontaine gerade nicht im Sinn hatte, als er sie 1983 als Vorwurf gegen die Führungsmächte der Alliierten formulierte.

Denn dafür, daß es in Deutschland losgeht, hat nicht etwa, wie nationalistische Demagogen nie müde werden zu behaupten, das Ausland, sondern beispielsweise der Hoffnungsträger der linken Sozialdemokratie gesorgt, der 1986 in einem »Spiegel«-Gespräch seine Agitation für die nationale Befreiung der Deutschen wieder aufnahm. Diese dürften sich nicht länger »zum willfährigen Objekt der amerikanischen Außenpolitik« machen lassen, erklärte er, warf der konservativen Bundesregierung vor, sie benehme sich »geradezu liebedienerisch gegenüber der Reagan-Administration« (schon Schumacher hatte Adenauer als »Kanzler der Alliierten« beschimpft), forderte »Selbstbestimmung«, die »in der Bundesrepublik so lange nicht gegeben (ist), solange ein fremdes (!) Staatsoberhaupt ... Nuklearwaffen bei uns zünden kann«, drohte: »Es kann ja wohl nicht so sein, daß die deutsche Politik immer nur Washingtoner Entscheidungen nachvollzieht. Also: Wir müssen mal mündig werden!«, und machte mit dem »Vorwurf: Neutralismus« kurzen Prozeß: »Der taucht immer auf, wenn einer dafür eintritt, die deutschen Interessen durchzusetzen.«

Die verlor mit ihrem Vordenker auch die Partei nicht aus den Augen, deren politische Träume sich in dem Maße erfüllten, in dem der Ostblock zerfiel und die Niederlage des Realen Sozialismus sich abzeichnete. Am 24. August 1989 – gerade waren »Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei de facto zum Durchmarschgebiet für Deutsche geworden«, die erstmals seit 50 Jahren »wieder massenhaft in Budapest, Prag und Warschau Quartier bezogen« (W. Pohrt) – meldete die »Frankfurter Rundschau«: »Die SPD möchte die Vorrechte der alliierten Streitkräfte in Deutschland zum Thema des nächsten Bundestagswahlkampfes machen. 'Besatzungsrechtliche Zöpfe', forderte ihr Sicherheitsexperte Egon Bahr, ... gehörten abgeschnitten.« Die Partei wünsche, daß die Besatzungstruppen »als Gäste, nicht als Herren da sind«, teilte Bahr mit und nannte den derzeitigen Rechtszustand »unerträglich«, da er die Deutschen zum »Fellachentum« herabwürdige .

Eine Woche später hat Bahr die deutschlandpolitischen Vorstellungen der SPD in der »Zeit« präzisiert: »Wie lange eigentlich noch soll Souveränität ... den Deutschen vorenthalten werden?« fragte er und wies darauf hin, daß es eine »Illusion« sei anzunehmen, »daß wir durch die vier Mächte die deutsche Einheit bekommen . .. Nun wird es langsam unsere Sache«: »Ich glaube, daß dieses große Volk ... ein Recht auf Selbstbestimmung hat ... Das bedeutet, daß es dieses Recht auf Selbstbestimmung erkämpfen muß .«

Und Lafontaine? Hat er in den folgenden Monaten, als dieses große Volk tatsächlich einen – wie zu befürchten ist: erfolgreichen – Versuch unternahm, sich das, was es für sein 'Selbstbestimmungsrecht' hält, zu »erkämpfen«, sich schließlich nicht doch noch bemüht, die deutschnationale Offensive seiner Partei zu stoppen und damit gezeigt, daß er – zu spät zwar, aber immerhin – zur Besinnung gekommen ist? Dreierlei spricht dagegen:

1. Es waren stets Sozialdemokraten, die die Etappenziele auf dem Weg ins neue Großdeutschland vorgaben und aufs Marschtempo drückten. Von Willy Brandt, »der der deutschen Revolution des Jahres 1989 die Worte gab, in denen sie sich selbst begriff« (»FAZ«), über die Bundestagsfraktion, die zunächst dem Kohlschen Zehn-Punkte-Plan zustimmte, ehe sie ein eigenes Konföderationskonzept vorlegte, das den (bundes)staatlichen Zusammenschluß in noch kürzerer Zeit vorsah, bis zur Finanzexpertin Ingrid Matthäus-Maier, die Mitte Januar 1990 als erste eine Währungsunion vorschlug, wobei sie einen Geldumtauschkurs von 5 Mark Ost gegen 1 Mark West empfahl – die SPD hat sich alle Mühe gegeben, als Wiedervereinigungspartei in die Geschichte einzugehen.

Lafontaine aber, der sich im März zum Kanzlerkandidaten nominieren ließ, möchte bereits im Dezember der erste gesamtdeutsche Regierungschef sein. Damit reduzieren sich seine kritischen Anmerkungen zum Tempo des Vereinigungsprozesses auf nachrangige Verfahrensfragen – soweit sie nicht überhaupt taktisch bestimmt sind: Noch Anfang März, berichtete die »Zeit« am 29. Juni, »verabschiedeten die Sozialdemokraten einstimmig, also auch mit der Stimme Oskar Lafontaines, ihren Plan 'Wege zur deutschen Einheit'«, der die Forderung nach einer möglichst raschen Wirtschafts- und Währungsunion enthielt. Auch deren Termin, der 1. Juli 1990, »ist in der SPD geboren, ob das nun klug war oder nicht«, bekannte der Fraktionsvorsitzende der DDRSPD. Erst nach der Niederlage ihres Ost-Flügels in der Volkskammerwahl am 18. März meldeten einige Mitglieder der BRD-SPD Bedenken an gegen den blinden Eifer, mit dem sie bis dahin die Wiedervereinigung betrieben hatten. Was auch Lafontaine jedoch keineswegs daran hinderte, einem Staatsvertrag zuzustimmen, für dessen absehbar schlimme Folgen er gleichwohl nicht haften will.

2. Lafontaines Sorge gilt nicht etwa der Bändigung des deutschen Chauvinismus, sondern dem Mißtrauen, mit dem die Alliierten jenem immer noch begegnen. An Helmut Kohl kritisiert er vor allem, daß der »es in wenigen Wochen geschafft (hat), die jetzigen Partnerländer wieder zu Siegermächten des Zweiten Weltkriegs zu machen«. Das ist zwar leider nicht wahr, veranlaßte Lafontaine aber zu einer selten albernen Beschwichtigung: »Wer die deutsche Vereinigung klug und vorausschauend vollzieht, leitet damit das Ende der Machtpolitik in Europa ein.«

3. Die Machtpolitik in Europa ist denn auch das eigentliche Zentrum, um das die außenpolitischen Konzeptionen Lafontaines kreisen. Daß er dabei stets vom neuerlichen Siegeszug des deutschen Imperialismus träumt, kommt selbst in jenen Äußerungen zum Ausdruck, mit denen er Schlüsse aus der deutschen Vergangenheit zieht: »Aufgrund der jüngsten Geschichte sind die Deutschen geradezu prädestiniert, die treibende Rolle in dem Prozeß der supranationalen Vereinigung Europas zu übernehmen.«

Tatsächlich? Prädestiniert? Und aufgrund der *jüngsten* Geschichte? Weil die sich womöglich dazu eignet, die Erinnerung an die *jüngere zu* verstellen, die mit seiner Formulierung gerade wieder neu aufgelegt wird? Diese schäbige Spekulation auf die Verleugnungsleistung der Deutschen korrespondiert mit dem Unfug einer Phrase, die Lafontaine jenem Denken in nationalstaatlichen Kategorien immer mal wieder vorhält, das sich noch nicht auf seiner Höhe befindet, und die wohl einzig die deutsche Linke noch ernst nimmt: »Wir wollen ein europäisches Deutschland.«

Was er darunter versteht, hat er ausführlich erläutert: »Mit Beginn der 80er Jahre hat die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland .. . ihren Spitzenplatz eingebüßt und ist ins Glied der anderen vergleichbaren westlichen Industriestaaten zurückgerückt.« Was zwar Quatsch ist, dennoch aber nicht sein darf: »Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland braucht eine Vitalisierungskur.« Anders gesagt: »Wir Deutschen (!) brauchen Europa, weil sonst unsere kulturelle Identität nach und nach zu verkommen drohte, weil sonst die Zentren des Fortschritts immer seltener bei uns zu finden wären, weil sonst die Konflikte, aus denen die Welt immer wieder neu hervorgeht, uns zu ihrem Gegenstand machen würden, *statt sich von uns beherrschen zu lassen«* (Hervorhebung WS). Wir wollen ein europäisches Deutschland? Richtig gelesen heißt der Satz: Wir wollen ein deutsches Europa (unter Einschluß der Toskana, versteht sich).

Konkret 08/90, S. 14

Wolfgang Pohrt

Bespuckt und betrogen

Weil die Deutschen in einem ganz anderen Kampf als dem um die Fußballweltmeisterschaft mit der Truppe gefiebert hatten, wurden Zuschauer und Akteure des Sieges nicht froh: Die DFB-Auswahl hatte eben doch nur einen Fußballweltmeister-Titel errungen und allen Hoffnungen zum Trotz nicht die Schlappe von Stalingrad ausgebügelt

»Häßlich gewonnen, häßlich verloren, einfach häßlich«
New York Times

Seit kein Gedanke an eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung mehr den Erfahrungsgrundsatz relativiert, daß es immer Elend auf der einen und Überfluß auf der anderen Seite geben werde, bildet Europa sich wieder in eine Ansammlung rivalisierender Stämme, Völker und Nationen zurück. Während alle die freie Marktwirtschaft als Wundermittel für Wohlstand und Frieden preisen, weiß es jeder, daß das Spiel nun *survival of the fittest* heißt, und daß in diesem Spiel weder Schönheit noch Eleganz, sondern nur Sieg oder Niederlage zählen. War der Antikommunismus immerhin noch um Argumente bemüht, darum, den Westen als die angenehmere, bessere Gesellschaftsordnung zu preisen, so ist der Siegeswille nun sich selbst genug, oder, um es mit »Bild« zu sagen: »Kaiser Franz setzt auf Angriff total – volle Pulle gegen die Tschechen.«

Wie zum Beweis dafür, daß der Härtere und Zähere fortan das Gesetz des Handelns diktieren werde, schied beim ersten Wettkampf zwischen den Nationen im restaurierten Europa mit schlafwandlerischer Sicherheit dann jede Mannschaft aus, die außer siegen auch spielen und das Publikum begeistern konnte. Marionetten gleich, wie von unsichtbaren Fäden geführt, an denen der Weltgeist zog, schien es der oberste Ehrgeiz aller beteiligten Spieler zu sein, zweierlei zu beweisen: daß auf dem Rasen nicht die bessere Mannschaft zu ermitteln, sondern die Hackordnung unter den Nationen zu bestätigen war. und daß in dieser Hackordnung zuoberst stand, wer diesen Platz, gemessen an seinen spielerischen Leistungen, am wenigsten verdiente. Als sei der Ausleseprozeß im Stadion ein einziger Hohn auf den Triumph, den Deutschland im besonderen und der freie Westen im allgemeinen mit dem Zusammenbruch des Ostblocks errungen zu haben glaubten, hieß die Botschaft, die vom Rasen kam: Der schlechtere siegt, und immer sind die dümmsten Bauern die mit den dicksten Kartoffeln.

Mit der von Beginn an sich abzeichnenden Unabwendbarkeit ihres Endsieges konfrontiert, beschlossen die Landsleute, zum bösen Spiel gute Miene zu machen. Je deprimierender der Triumph, und je überwältigender zugleich – deprimierend, weil unverdient, und überwältigend schicksalhaft, weil offenbar durch den besseren Gegner nicht zu verhindern – , desto erbitterter wurde er gefeiert. Während der internationale Fußballsport aufhörte, eine Domäne der Underdogs zu sein, ein Wettkampf, worin nicht das Bruttosozialprodukt zählt, sondern die Geschicklichkeit am Ball, und wo deshalb auch die Habenichtse gewinnen dürfen, führten die Deutschen sich auf wie die Armen aus den Elendsvierteln südländischer Slums, wo es mangels Bausparvertrag oder Urlaubsplanung außer der Begeisterung für Maradona und die Nationalelf wenig gibt, um dem drückenden Alltag zu entkommen.

»Was ist bloß los mit den Deutschen?«, wunderte am 6. Juli, nach dem Spiel England – BRD, die »Stuttgarter Zeitung« sich in einem Kommentar, und weiter: »Sie tanzen auf den Straßen, sie schlagen sich dort auch, sie ziehen, 'Deutschland, Deutschland' rufend, durch die Innenstädte und schmücken Polizeiwagen mit schwarz-rotgoldenen Fahnen. Nicht die Vereinigung der beiden Deutschländer ist's, welche die Menschen in diesen Tagen so bewegt, es sind elf Kicker, die mehr nationale Emotionalität hervorzurufen scheinen, als ein Deutschland, dessen Bürger nach vierzig Jahren der Trennung wieder zusammenfinden.«

Gewiß waren die nächtlichen Aufläufe in den Innenstädten auch von der unbewußten Absicht inspiriert, dem Territorialgewinn einen heroischen Anstrich zu geben, nachträglich als eine Eroberung erscheinen zu lassen, was dem Land faktisch in den Schoß gefallen war. Für die Eigenart der Deutschen, selbst bei der Verwirklichung ihrer schmutzigsten Absichten so maßlos feige zu sein, daß sie nichtmal eine Konterrevolution oder einen faschistischen Staatsstreich zustande bringen, weshalb sie es dann als ihre 'friedliche Revolution' bezeichnen, wenn sie mit Billigung des Mannes im Kreml und praktisch unter dem Schutz der Roten Armee eine müde gewordene Regierung aus dem Amt mehr ekeln als treiben – für diese Feigheit also mußten Farbige oder überhaupt Ausländer büßen, bei deren Verfolgung hiesige Helden dann auch einmal Tapferkeit zeigen dürfen.

Der Skandal war nicht, daß – um eines von vielen Beispielen zu nennen – in Stuttgart zwei Farbige von lynchwütigen Rassisten angegriffen wurden, sondern der Skandal war, daß diesen beiden Farbigen nur der Polizeiwagen als Zuflucht blieb, weil keiner aus der vieltausendköpfigen Menge den Wehrlosen helfen mochte. Wie in der Nazizeit stand es Rollkommandos frei, sich ihre designierten Opfer vorzunehmen, unter der Duldung von Zuschauern, die sich teils wohlwollend, teils eingeschüchtert zeigten. Darüber hinaus aber erfüllten die nächtlichen Aufläufe den Zweck, die Zweifel

im eigenen Herzen und landesverräterische Neigungen niederzukämpfen. Nachts in den Innenstädten, wo Dabeisein für den Einzelnen hieß, gleichzeitig Urheber und Opfer der kollektiven Tyrannei zu sein, welche der unartikuliert lärmende, besoffene Mob ausübte, nachts in den Innenstädten also wurde die Gleichschaltung vollzogen, die sich tags darauf in einer selektiven, Übergriffe verschweigenden oder herunterspielenden Berichterstattung und in Kommentaren niederschlug, die nichts als nur die Versicherung enthielten, im Einklang mit der erlassenen Sprachregelung sei man gerne bereit, das Wort 'Sieg' fortan durch das Wort vom 'verdienten Sieg' zu ersetzen.

Mag sein, daß es den chauvinistischen Mob auch in anderen Ländern gibt – hier aber stieß er weder auf Kritik noch auf Widerstand, sondern er konnte wie im Handstreich eine willfährige öffentliche Meinung erobern. Fast schlechten Gewissens darüber, daß er in einem solchen Augenblick noch nüchtern war und, wie er meinte, klar denken konnte, trat der ARD-Kommentator, der, wie er betonte, nichts gegen Farbige hat, nach der Entscheidung vor die Kamera und beeilte sich, es das Publikum wissen zu lassen, daß nun auch in den Redaktionsstuben die Sektkorken knallen würden. Nicht die gröhlende Menge selber war der Skandal, sondern der Skandal war das Bündnis zwischen Mob und Elite, welches im Feuilleton der »FAZ« vom 10. Juli ratifiziert wurde: »Wer also die Feiern als Gegröhle betrunkener Hooligans abtun möchte, hat vom Fußball als Kulturphänomen nichts begriffen... Und darum ist Nietzsches Wort vom 'dionysischen Zauber' auch nicht zu hoch gegriffen.«

Zur Gemeinschaft, die Widerspruch oder auch nur Gleichgültigkeit nicht duldet, weshalb es für den obersten ARD-Kommentator wie für den letzten Penner, und für die im Kampf gegen den Drogenmißbrauch an vorderster Front stehenden Helden von Rom selbstverständlich auch, eine nationale Pflichtübung war, sich aus Freude über einen geschenkten Elfmeter kollektiv und simultan zu besaufen – zur Zwangsgemeinschaft also schlossen die Landsleute sich freilich nicht einfach nur deshalb zusammen, damit schließlich kein nüchterner Mitwisser mehr übrig blieb, der sich an die näheren Umstände des Siegtreffers erinnern konnte. Gewonnen zu haben, ohne der Bessere gewesen zu sein, gehört nämlich normalerweise zu den angenehmeren Mißhelligkeiten des Lebens, die man schnell vergißt, und welche die Freude über einen Pokal kaum nachhaltig trüben. Der latente Haß auf die gefeierten Helden von Rom; jener Haß, welcher die pflichtschuldigen öffentlichen Achtungsbekenntnisse erklärt und erfordert; jener Haß, der in Strömen von Alkohol ertränkt oder mit dem Gegröhle patriotischer Parolen überbrüllt werden mußte, und der sich partiell in pogromartigen Aktionen entlud, wie es sie in der BRD wie der DDR seit der Nazizeit nicht gegeben hatte – dieser latente Haß also rührte vielmehr daher, daß die kämpfende Truppe allen sie begleitenden Hoffnungen zum Trotz nicht die Schlappe von Stalingrad wieder ausgebügelt hatte, sondern eben doch nur Fußballweltmeister geworden war, und das obendrein auf eine Weise. die wenig Anlaß für Beckenbauers in der Pressekonferenz nach der Endspiel-Blamage geäußerte Zuversicht bot, einmal mehr in der Geschichte habe für die Deutschen ein tausendjähriges Reich begonnen: »Wir sind über Jahre nicht mehr zu besiegen. Es tut mir leid für den Rest der Welt, aber es ist so.«

Weil die Landsleute in einem ganz anderen Kampf als dem um die Fußballweltmeisterschaft mit der Truppe gefiebert hatten, wurden Zuschauer wie Akteure des Sieges nicht froh, welchen die Spieler ja immerhin errungen hatten. .Anders, als bei konkurrierenden Mannschaften, wo man nach einem Sieg auf den Gesichtern glücklich gelöste Züge sah, war der Schlußpfiff für die Deutschen nach gewonnenem Spiel stets das Signal, den rechten Arm anzuwinkeln, die Faust zu ballen, und in dieser verkrampften Haltung wie vom Affen gebissen oder wie ein verzweifelter Amokläufer loszurasen. So wurde der wahre Sieger des Turniers in Buenos Aires mit der Schlagzeile »Nur wirkliche Männer können so weinen« gefeiert, dort, wo die Menge skandierte: »Ob gewonnen oder verloren, wie lieben unsere Nationalelf«, während in Frankfurt die Spieler auf dem Römer-Balkon gequält ihr Bier öffentlich hinunterwürgen mußten, weil der um seine wirklichen Hoffnungen geprellte Mob eigentlich Blut sehen wollte. Wie zur Warnung der Deutschen, es nicht wieder mit dem totalen Krieg zu versuchen, hatte am Ende die Große Italienische Oper, welche die argentinischen Stars in der Niederlage auf dem Rasen boten, über den zur Grimasse erstarrten Siegeswillen triumphiert. Aber sie begreifen die Warnung nur als Niederlage, und sie lasten anderen an, was sie selber verschuldet haben: daß sie, um es nocheinmal mit »Bild« zu sagen, bespuckt und betrogen sind.

Konkret 08/90, S. 16

Oliver Tolmein

Deutscher Freistoß

Die Tageszeitung soll kein Meinungsblatt werden, das jeden Morgen der Lektüre eines bürgerlichen Nachrichtenblattes einen linksradikalen Kommentar zum Zeitgeschehen zur Seite stellt. Die Zeitung soll nicht das Informationsblatt des linken Ghettos werden. Wir verstehen journalistische Sorgfaltspflicht in der Weise, daß alle – auch subjektiv verfälschte – Nachrichten und sogar bewußt in die Welt gesetzte Gerüchte einen Wahrheitsgehalt in sich tragen. Die Zeitung soll ein Teil der öffentlichen Meinung werden.«
Prospekt Tageszeitung 1978

Die Bilder waren eindrucksvoll in gleißendes Scheinwerferlicht getaucht. Die Medien waren da, über der Reeperbahn wehte die Reichskriegsflagge, und über den Alex wurden tatsächliche und vermeintliche Ausländer gehetzt. Die Welt bekam was zu sehen. Nachdem BRD und DDR die Restauration Großdeutschlands anbahnen konnten, ohne daß nennenswerter Widerstand geleistet worden wäre, hat ein Fußball-Turnier die so lang ersehnte Schlacht gebracht – und damit endlich einen Feind und einen echten Sieg. Was Staatsvertrag und Währungsunion formal besiegelt haben, hat die Fußballweltmeisterschaft zur Vollendung gebracht: »Wir« sind wieder eine Volksgemeinschaft. Das führte zur Entladung längst in Frustrationen verwandelter Aggressionen, diesmal nicht in Stahl-, sondern in Bierflaschengewittern – und ohne jede Katharsis.

Große Ereignisse werfen einen Schatten – aus dem herauszutreten dieses Mal (nicht zum ersten Mal) der alternativen »taz« ein dringliches Anliegen war. Als ahnten ihre Redakteurinnen und Redakteure, daß mit dem Ende des real existierenden Sozialismus auch die Nachfrage nach ihrem zielgruppenorientierten Antikommunismus gegen Null tendiert, die Erschließung neuer Trends für sie mithin überlebenswichtig ist, wählten sie, um das Sonderangebot auffällig genug zu präsentieren, eine überraschende Form: das Editorial. Zwar hat die »taz« keinen Herausgeber und kehrt auch sonst, wenn nicht gerade Redakteurinnen und Redakteure wegen Linksabweichung gemaßregelt werden müssen, gern das Kollektiv heraus – aber, das sollte wohl symbolisiert werden, es geht auch gänzlich anders.

»Auf deutschen Straßen ist wieder etwas los. Keine Massendemonstrationen gegen Atomkraftwerke, keine Märsche für den Frieden...« Ob Friedensmarschierer oder Schlachtenbummler, ist dem »taz«-Editor Axel Kintzinger eins: Hauptsache es sind Deutsche, die sich in Bewegung setzen. »Die Massen haben sich von dem vereinsamten Besäufnis vor dem Fernseher verabschiedet, sie ziehen in den öffentlichen Raum und freuen sich kollektiv.« Wenn sich nicht mehr Einzelne zuhause vollaufen lassen, sondern auf der Straße, und wenn sie nicht mehr mit der durchs Fernsehen vermittelten Wirklichkeit vorlieb zu nehmen bereit sind, sondern sich durch ein ganz authentisches »Sieg, Sieg, Sieg« und sofort in die Tat umgesetztes »immer feste druff« selbst verwirklichen wollen, dann ist das im alternativen Verständnis, das wir wohl als Selbstverständnis nehmen müssen, kollektiv: Gemeinsam lassen wir die Sau raus, und hinterher ist's keiner gewesen. Da mag die Linke, »die sich, weil außerhalb des Parlaments verharrend, seit zwei Jahrzehnten die Straße angeeignet hat«, ob der alkoholseligen Aggressivität »peinlich berührt sein« – Axel Kintzinger, der auch schon lange etwas sucht, was ihm mehr Gelegenheit zur Selbstverwirklichung bietet als das Denken, findet's toll, und er nimmt seine neuen Freunde, die Massen, einer für alle, in Schutz: »Vielleicht vergessen sie dabei Auschwitz. Aber sie bereiten keine Neuauflage von Auschwitz vor. Im Gegenteil. Sie pfeifen auf die Straßenverkehrsordnung«. Bei Auschwitz denkt der »taz«-Redakteur an die Auflage, das Gegenteil der einzigartigen, bürokratisierten Massenvernichtung ist ihm die Emanzipation des Subjekts von der Straßenverkehrsordnung. Daß, wer in Deutschland Auschwitz vergißt, an dessen neuerlicher Vorbereitung bereits dadurch mitwirkt, ist ein Gedanke, den der ideelle »taz«-Herausgeber nicht verstehen will.

Er, der junge Alternative, dessen Formulierungskunst mit einem kraftmeiernden »Was zum Teufel soll daran schlecht sein?« erschöpft ist, will heute dabei assistieren, das zu vollenden, was vor Jahren der alte Rechte Ernst Nolte begonnen hat: den Nationalsozialismus als eine historische Erscheinung von vielen, die wie die anderen auch längst überwunden sei, erscheinen zu lassen. Der von Adorno formulierte kategorische Imperativ, daß nach Hitler Denken und Handeln der Menschen so einzurichten sei, daß Auschwitz sich nicht wiederhole und nichts Ähnliches geschehe, wird zu der Aufforderung, Auschwitz sei so zu verstehen, daß das Denken und Handeln der Menschen heute damit gar nicht mehr in Zusammenhang gebracht werden kann, verhunzt. Und endlich wieder können sich »überwiegend junge Leute in Deutschland etwas herausnehmen, was den freudetrunkenen Massen von Rom und Buenos Aires niemals übel genommen worden ist«.

Kintzingers Wunsch ist, auch in der »taz«, nicht orginell: Durch deren Geschichte zieht sich von Anfang an eine dreckige Spur. Der Holocaust war ihren Redakteuren schon lange vor Nolte mehr eine Metapher für Verbrechen in aller Welt als eine von Deutschen begangene Tat. In Artikeln über die Befreiung vom Nationalsozialismus durch die Rote Armee und die US-

Army wurde Befreiung schon mal in Anführungszeichen gesetzt, Filmregisseur Hans Jürgen Syberberg durfte Woche um Woche seine Hitler romantisierenden und immer wieder scharf antisemitischen Sentenzen in einer eigenen Kolumne präsentieren, und pünktlich zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht nutzte ein Thomas Kapielski, auch er übrigens Fußballfan, die Gelegenheit für einen, wie es später erklärend hieß, Tabu-Bruch: »Dann setzte ich mein Hertha-BSC-Frottèe-Stirnband auf und marschierte grölend in Richtung 'Dschungel'.... Ich wankte nochmal in der näheren Umgebung umher, sammelte mich kurz vor 'Woolworth' und flog nunmehr die erste Angriffswelle ... Einlaß ohne Beanstandung! So. Nun war der Unterschied zu sonst, daß es anstatt um zwei Uhr nachts bereits um acht Uhr abends gaskammervoll war!« Ein weiterer »taz«-Mitarbeiter offenbarte wenig später: »Bis zur Vergasung habe ich mich bemüht, aufrührerische Artikel in der taz zu plazieren.« Rainer Langhans bekam zuletzt, gut ein Jahr ist es her, Gelegenheit, Vorschläge zu unterbreiten, wie »die fehlgeschlagene Gottsuche der Nazis ... im Sinne einer Weiterentwicklung dessen, was da von Hitler versucht wurde«, zu erneuern wäre.

Neu ist allerdings die um keinerlei Aura der »Wortartistik« oder des »Tabubruchs« mehr bemühte Selbstverständlichkeit, mit der das Vergessen von Auschwitz entschuldigt und die folgenreichen Haßorgien von Neonazis gegen Minderheiten beiläufig als »natürliche« und mithin unveränderliche Tatsachen hingenommen werden. Eine knappe Erwiderung zweier Redakteure, zusammengebissene Zähne von ein paar stummen Mitarbeitern, ein Dutzend abgedruckter Leserinnen- und Leser-Briefe. Das wars. Die Vorstellungen aus dem »Prospekt Tageszeitung« von 1978 sind voll erfüllt – wenngleich anders, als manche sich das damals vorgestellt haben mögen. Die »taz« hat sich als Blatt der Mitläufer und Kriegsgewinnler endgültig etabliert: Sie werden immer wieder versuchen, damit ihre Schnitte zu machen. Der Deutsche Herbst ist ihnen das erfreuliche Ereignis, das ihre Zeitung zu gründen erst möglich gemacht hat, der Restauration Groß-Deutschlands gewinnen sie als positiven Aspekt ab, daß sie endlich von der eigenen, ihnen mittlerweile lästigen Vergangenheit befreit werden könnten. »Deutschland vereinigt sich im Siegestaumel, 80 Millionen Weltmeister« war das doppelseitige »Tagesthema« überschrieben – die »taz« ist mit von der Partie.

Und ihre Redakteure sind nicht allein – schließlich haben sie sich mit dem Zeitgeist vereinigt. Also hat das Schlußwort die grüne Bundestagsabgeordnete Antje Vollmer, die, sonst stets nachdenkliche Antifaschistin, vor dem Deutschen Bundestag zu Protokoll gegeben hat, daß auch sie künftig eine gute Deutsche sein will: »Wer den deutschen Fußballern in diesen Tagen zuschaut, der verliert – wie auch ich – irgendwie die Angst vor den Deutschen. Sie spielen nämlich nicht nur gut und erfolgreich; sie spielen auch irgendwie richtig emanzipatorisch.«

Konkret 08/90, S. 17

Georg Fülberth

Faschismus ist nicht...

Vorschläge zur Aufhellung pseudo-antifaschistischer Begriffs-Finsternis

I. Der antifaschistische Ballermann und die repressiv-tolerante Gummiwand

Im Dezember 1989 versuchten Ebermann, Gremliza und Fülberth in KONKRET den Nachweis zu führen, daß die »Republikaner« lediglich der Komparativ von CDU/CSU/FDP/SPD seien. Der Streit, den sie sich von der Veröffentlichung dieser Ansicht erhofften, fiel aus: Die »Deutsche Einheit« fraß alles, darunter auch die kurzfristigen Chancen der »Republikaner«, und letzteres war eine Bestätigung unserer These. Die nationalen Wünsche der Schönhuber-Klientel wurden nach dem Mauer-Fall von den alten Parteien so vorzüglich bedient, daß die Reps zumindest vorerst in den Keller kamen. Sie waren plötzlich ebenso out wie andere Themen und Leute der Jahresmitte 1989, zum Beispiel der ökologische Umbau der Industriegesellschaft und Oskar Lafontaine. Als *Partei* leiden sie an der Tatsache, daß ihre *Sache* vorzüglich dasteht.

Nun haben sie vorher schon großen Wert auf die Behauptung gelegt, sie seien kein klassisch faschistischer Haufen, sondern wollten nur diejenigen Ansprüche aufgreifen, welche das Volk eines auf dem Weltmarkt auftrumpfenden Staates halt haben dürfe. Zumindest ihrem Führer kann geglaubt werden, daß er zur Realisierung von »Ausländer raus« und »Schluß mit der Buße« die Wiedererrichtung des hitlerischen politischen Systems nicht für notwendig hält. Damit hat er außerdem recht.

Der deutsche Faschismus war ein politisches Mittel der Bourgeoisie, als die von ihr angestrebte totale kapitalistische Herrschaft sowohl im Innern als auch draußen auf Hemmnisse stieß, die anders nicht mehr zu beseitigen schienen. Unter »totaler kapitalistischer Herrschaft« verstehe ich das Investitionsmonopol der nationalen Kapitalistenklasse. Im Innern war es angeschlagen durch eine vergleichsweise starke Marktmacht der Gewerkschaften im sozialpolitischen Bargaining. Dies allein wäre allerdings noch kein Grund zum Aus-der-Haut-fahren gewesen, hätte eine Möglichkeit bestanden, die Einengung, welche man auf dem Binnenmarkt erfuhr, durch imperialistische Dominanz draußen zu kompensieren. Das war das deutsche Ziel im ersten Weltkrieg gewesen, und weil der verlorenging, wurde es verfehlt.

Versailles hatte Deutschland auf der imperialistischen Hühnerleiter etwas tiefer unten eingestuft, damit wurde der innere Verteilungsspielraum enger. Die Machtübertragung an Hitler sollte erstens den Schutz der Arbeitskraft durch KPD, SPD und Gewerkschaften beseitigen und zweitens einen weiteren gewaltsamen Griff nach der Weltmacht ermöglichen. Dieser glückte: nicht sofort 1933-1945, wohl aber mit dem Kalten Krieg, den die BRD – zuerst an der Seite der US-Amerikaner schreitend, dann ihnen schon eher auf der Nase herumtanzend – gewann. Sie verfügt nunmehr über jenen Anteil an der ökonomischen Weltherrschaft, welcher einen neuen Faschismus auf absehbare Zeit überflüssig macht. Zweifellos war der Nationalsozialismus eine wichtige Etappe auf diesem Weg, seine Früchte werden aber erst jetzt, im Postfaschismus, geerntet.

Als das viktorianische Großbritannien den von ihm kolonisierten Völkern die Haut abzog, stolzierten in London höfliche und unbewaffnete Bobbies über den Rasen. Die imperialistischen USA haben, was die Gestaltung ihrer inneren Verhältnisse angeht, in ihrem Selbstverständnis eine antifaschistische Staatsideologie, welche sie nach außen gegenüber Hitler-Deutschland und Japan praktizierten, in Griechenland 1967, in Chile 1973 und auch anderswo allerdings suspendierten. Der Widerspruch löst sich auf durch ihre Weltmarkt-Interessen. Hinzu kamen Rücksichten der Systemauseinandersetzung. Auch Israel, einer der aggressivsten imperialistischen Staaten der Gegenwart, hat eine antifaschistische Staatsideologie. Der Bankplatz Schweiz ist bekanntlich nicht faschistisch.

Zugleich handelt es sich um repressive Systeme: Der Zugriff der britischen Polizei auf die Sufragetten war nicht gelinde, die Ächtung der KP in den USA während der fünfziger Jahre und die Zerschlagung der Black Panther Party in den Sechzigern zeigten, wo die Gemütlichkeit ein Ende hat, und es gibt Menschen, die sagen, in der Schweiz könnten sie nicht atmen. In den höchstentwickelten imperialistischen Staaten herrscht niemals Freiheit, wohl aber häufig repressive Toleranz, deren lockere und deren bedrückende Seiten gleichermaßen der Weltmarktdominanz verdankt sind.

Horkheimers Diktum, wer vom Faschismus rede, dürfe vom Kapitalismus nicht schweigen, meint etwas weit Einfacheres, als oft behauptet wird. Es besagt: Faschismus ist eine Form terroristischer Herrschaft, die spezifisch kapitalistische Ursachen hat. Mit Horkheimers Antikommunismus war dies insofern vereinbar, als für ihn der Stalinismus ein ebenso scheußliches Regime war, aber mit anderen Wurzeln. Keineswegs muß Kapitalismus allemal in den Faschismus führen. Dieser ist lediglich eine Notlösung. Sie ist meist mit Effektivitäts-Einbußen verbunden, die erst in der darauffolgenden postfaschistischen Periode wieder ausgeglichen werden können. Insgesamt ist der Faschismus nur eine – besonders katastrophale – Gewaltform des Kapitalismus unter anderen. Er macht lediglich einen Teil der historischen und aktuellen Verbrechen dieser Gesellschaftsformation aus.

Womit wir es heute zu tun haben, ist nicht Faschismus, sondern jenes materielle und ideologische Gewaltverhältnis, welches Herbert Marcuse einst als »repressive Toleranz« bezeichnete. Er bezog sich damit auf die USA. Insofern die BRD ähnliche Züge innenpolitischer Herrschaft schon angenommen hat und im künftigen vereinigten Deutschland einen vergleichbaren internationalen Hegemonie-Typ entstehen lassen wird, ist dieser Terminus auch auf hiesige Verhältnisse anwendbar. Weil das so ist, müssen wir aufpassen, daß »Antifaschismus« nicht eine Symbolhandlung wird, welche verbirgt, daß wir kein Konzept haben, um die tatsächlich aktuellen Gefahren des Kapitalismus zu bekämpfen.

So gesehen, wäre »Antifaschismus« fast schon wieder ein ungewolltes Kompliment an den Faschismus. Dieser nämlich, der Millionen Menschen vernichtete und demütigte, beließ doch einigen seiner aktiven Gegnerinnen und Gegner die Würde des Widerstandes. Es gibt aber keinen »Widerstand« gegen die repressive Toleranz. Antifaschistinnen und Antifaschisten im etablierten Faschismus waren heroisch. Antikapitalisten in den imperialistischen Zentren gelten häufig als Deppen, solange ihre Aktionen sich nicht konkretisiert haben. Ihre Aufgabe besteht darin, einen Politikstil zu entwickeln, welcher den tatsächlich bestehenden Gewalt- und Unterdrückungsformen in den Metropolen entspricht.

»Antifaschismus« ist hierfür nicht die richtige Bezeichnung, sondern drückt eine Selbstverständlichkeit für Antikapitalisten aus. Jeder einigermaßen vernünftige AStA hat heute sein Antirepressions-, Ökologie- und Sozial- – und sein Antifa-Referat. Die Linken, welche dort tätig sind, werden antikapitalistische Aspekte ihrer Arbeit sichtbar zu machen versuchen. Sie bekämpfen Burschenschafter und »Republikaner« nicht nur, weil diese mehrheitlich vom Faschismus in Dienst genommen werden können, wenn es angesagt ist, sondern auch, weil sie, solange es eben nicht so weit ist, die jeweils reaktionärste Form kapitalistischer Herrschaft und Kultur unterstützen.

Antifaschistische Arbeit richtet sich also auch gegen Nichtfaschisten, und die sie betreiben, haben es nicht nötig, ihre Gegner dann tatsächlich schon als »Faschisten« zu bezeichnen. Der Kampf gegen einen bereits etablierten Faschismus wird nicht nur von Antikapitalisten geführt werden: Sie haben in der Regel auch prokapitalistische Bündnispartner. Die Gemeinsamkeit mit diesen beschränkt sich auf die real existierende faschistische Situation (oder auf die tatsächliche Möglichkeit und Notwendigkeit, eine *aktuell* gegebene Faschismus-Gefahr abzuwenden) . Besteht diese nicht, hätte das Bündnis – sollte es über gemeinsame Aufrufe zu Demonstrationen gegen NPD-Parteitage hinausgehen – keinen Gegenstand.

Wer »Antifaschismus« sagt und jeweils entweder »Anti-Imperialismus«, »Anti-Repression«, »Anti-Sexismus«, »Anti-Rassismus« oder »Anti-Kapitalismus« meint, läßt es an der nötigen Begriffsklarheit fehlen und trägt zu jenem Wort-Salat bei, den viele Linke mit der lockeren Kombination Faschismus/Rassismus/Sexismus/Neo-Eugenik anrichten. Hier wird zusammengemixt, was vielleicht einiges miteinander gemeinsam hat, aber zu wenig, um etwa gar Synonyme zu erlauben. Es wäre doch viel besser, den jeweiligen Gegenstand der Kritik bei seinem konkreten Namen zu nennen und bei keinem anderen.

Der Terminus »Faschismus« ist lediglich auf eine staatsterroristische Form kapitalistischer Herrschaft, in der jegliche Opposition illegalisiert ist, anwendbar. Rassismus, Sexismus und Neo-Eugenik sind typisch für faschistische und nichtfaschistische Staaten. Daß sie nicht auf den Kapitalismus beschränkt sind, wird unter zwei Aspekten klar:

Erstens: Auch im realen Sozialismus kennen – und kannten – wir Rassismus und Sexismus (und wie!). Neo-eugenische Überlegungen sind ihm in Theorie und Praxis nicht fremd.

Zweitens: Sexismus kann gar nicht unmittelbar aus dem Kapitalismus abgeleitet werden (und nur im kapitalistischen Kontext macht der Begriff »Faschismus« einen Sinn), sondern aus dem Patriarchat. Dieses aber ist synchron (Kapitalismus – Realer Sozialismus) und diachron (vorkapitalistische Gesellschaften – kapitalistische Gesellschaften) »systemübergreifend«. Zweifellos ist das Fortbestehen des Patriarchats und des Sexismus dem Kapitalismus höchst dienlich. Alle drei aber – Kapitalismus, Patriarchat, Sexismus – sind nicht notwendig faschistisch. Lieblicher werden sie dadurch natürlich nicht. Auch Neo-Eugenik ist, für sich genommen, nicht faschistisch; ihre philosophische Rechtfertigung bezieht sie, wie wir spätestens seit der Singer-Debatte wissen, aus dem Utilitarismus, der selbstverständlich vorzüglich in kapitalistisches Kalkül einfunktioniert werden kann (»Kostendämpfung«), dadurch aber keineswegs unbedingt faschistisch wird.

Kampf gegen Sexismus, Rassismus und Neo-Eugenik ist hier und heute nicht unmittelbar antifaschistisch, sondern er ist genauer unter zwei anderen Aspekten zu fassen:

Der erste ist »gesinnungsethisch« (ich kokettiere hier mit der Terminologie Max Webers und leide keinen Schaden dabei), wobei die Maximen dieser Ethik – so kann es zugehen in der Welt – sogar in der Nachfolge zugleich von Kant und Marx (aber eben von beiden, unverzichtbar im übrigen von letzterem) formuliert werden können. Kant: Es dürfe niemand zum Mittel eines außerhalb seiner selbst liegenden Zweckes gemacht werden. Marx/Engels: Dies sei nur möglich in einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden Menschen die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller ist (Kommunistisches Manifest).

Einen zweiten Aspekt nenne ich »widerspruchsethisch« (und sowas kommt bei Max Weber nicht vor). Damit bezeichne ich die moralische Qualifikation derer, die als Diskriminierte sich gegen Sexismus, Rassismus und gegen die Maximen der Neo-Eugenik wehren. Zweifellos handelt es sich dabei um Interessenvertretung, doch ist dieser Begriff für das, was hier gemeint ist, zu unspezifisch, da die »Widerspruchsethik« nur die Gegenwehr derer meinen kann, die unten sind. (Auch Unternehmerverbände sind Interessenvertretungen .)

II. Ein paar Modifikationen

Nachdem ich mich gegen den inflationären Gebrauch der Worte »Faschismus« und »Antifaschismus« gewandt habe, kann ich – ohne meine Kritik abzuschwächen – Mängel meiner Position einräumen.*

Ich gebe zu, daß ich bis hierhin arg ökonomistisch verfahren bin. Die positiven Postulate wie auch meine Kritik leiden an angebbaren Verengungen aus der marxistischen Tradition, welche aufgehoben werden können, ohne daß ich gleich zum revisionistischen Verräter werde. Bevor es jemand anderes merkt, gestehe ich mal lieber gleich selbst, daß ich in meinem Hinweis auf das Kommunistische Manifest ein Zitat gefälscht habe. Marx und Engels sprechen nämlich nicht von der freien Entwicklung eines jeden *Menschen,* sondern nur: *eines jeden,* verwenden also ausschließlich die männliche Form. In der Kritik an der pränatalen Diagnostik ist darauf hingewiesen worden, daß bei den Befürwortern der Neo-Eugenik eine Manipulation mit dem Begriff der Person vorgenommen wird. Meine positiven Bestimmungen sind also nicht ausreichend. Der Bezug auf das Kommunistische Manifest läßt etwas im Unklaren, was heute höchst umstritten ist. Wir sehen: Wenn wir – sei es unter Berufung auf Kant, sei es auf Marx – die Souveränität des Individuums als unabdingbar für linke Politik erklären, dann ist unser Projekt insofern noch nicht zu Ende definiert, als eben die Bestimmung des Individuums eine vorläufige ist.

(Ich füge hinzu: Sie wird vielleicht unter uns auch strittig sein. Diejenigen, welche Theresia Degeners oder Franz Christophs Positionen zur pränatalen Diagnostik übernehmen, dürften dies ja wohl nur dann, wenn sie damit nicht zu Heuchlern würden. Falls verbales Bekenntnis und tatsächliches Verhalten – und sei es in einem einzigen Fall – auseinandergehen, stimmt etwas nicht: Entweder taugt die Norm nichts oder die je individuelle Praxis.)

Ich räume auch ein, daß ich es mir zu leicht gemacht habe, wenn ich Sexismus, Rassismus und Neo-Eugenik der Bundesrepublik nur im Kontext der repressiven Toleranz erklärt habe, nicht aber in der Tradition des deutschen Faschismus. Um in einer flapsigen Analogie zu reden: Vielleicht sind Gesellschaften »geprägt« wie die Graugänse von Konrad Lorenz. Der US-amerikanische Sexismus kann nicht ausreichend erklärt werden ohne den Puritanismus der Pilgrim Fathers, der dortige Rassismus nicht ohne die Vorgeschichte der gewaltsamen Landnahme und der Sklaverei. Und die deutschen Varianten von Sexismus, Rassismus und Neo-Eugenik sind eben postfaschistisch – nicht in dem Sinne, daß der Faschismus etwa überwunden sei, sondern daß er nachwirkt.

Der Terminus »repressive Toleranz« trifft meiner Meinung nach zwar ein dominantes Merkmal der BRD, aber nicht ihre gesamte Wirklichkeit. Er wäre grundfalsch, wenn er dazu benutzt würde, das faschistische Erbe abzuwaschen. Die ständige Anstrengung von Genscher und Habermas, aus Deutschland ein nicht mehr durch den Faschismus geprägtes, sondern ein ganz normales kapitalistisches Land (als wenn es so etwas gäbe!) zu machen, wäre scheinbar – das heißt: nicht in der Realität, aber im Selbstbetrug und in der Außendarstellung – erfolgreich.

Allerdings ist der Faschismus nur eine Vor-Prägung unter anderen, wenn wir von aktueller deutscher Anti-Humanität und ihren Voraussetzungen sprechen. Eine andere ist die Tradition des Klerikalismus. (Es ist kein Zufall, daß die NSDAP sich zum »positiven Christentum« bekannte und mehrheitlich eine christliche Partei war.)

Die Folgen, auch die sexistischen, lassen sich leicht aufzählen. Andernorts hat der Islam diese Funktion. Zur extremsten Form des Anti-Humanismus, der Folter, hat nun gerade die eine oder andere Weltreligion immer wieder mal beigetragen – nicht indem sie die Folter erfand (sie ist älter als Christentum und Islam), sondern indem sie sie rechtfertigte und anwandte.

Dieses Beispiel hat vielleicht einen doppelten argumentativen Wert: es warnt – erstens – davor, fast jede Form moderner Anti-Humanität als »Faschismus« zu versimpeln, und – zweitens – : mein anfänglicher Ökonomismus greift hier nicht.

* Zur Einsicht bin ich nicht aus eigener Kraft gekommen, sondern nach heftigen Angriffen, die auf dem Kongreß der »Radikalen Linken« (1.-3. Juni 1990 in Köln) vor allem Theresia Degener, Ursel Döhmann, Jürgen aus Stuttgart, ein Anti-Klerikaler aus Köln und eine Diskutantin aus Hamburg gegen mich vorgetragen haben. Der Wert von Mammut-teach-ins wird häufig bestritten, zu unrecht. Es gibt nämlich eine Menschengruppe, welche allemal etwas davon hat: die Besatzung des Podiums.

Konkret 08/90, S. 20

Claudia Burgsmüller

Das Tabu der Rache

Den Skandal seit der Jahrhundertwende beharrlich zu demaskieren reicht offensichtlich nicht aus! Strafprozesse wegen sexueller Gewalt von Männern gegenüber Frauen geraten immer noch zu sadistisch-sexualisierten Veranstaltungen. Schon 1905 hatten die Radikalen der alten Frauenbewegung den Freispruch von vier jungen Männern von der Anklage der gemeinschaftlichen Notzucht »an« einem 15jährigen Dienstmädchen nachhaltig kritisiert als ein »...Urteil der herrschenden Klasse Mann gegen das rechtlose Weib«.

Wie widerständig patriarchale Herrschaftsstrukturen gegenüber der unablässigen Kritik sind, prägt sich öffentlichem Bewußtsein aber wohl weniger durch Untersuchungen über den alltäglichen Umgang der Strafjustiz mit vergewaltigten Frauen und mißbrauchten Mädchen ein, sondern durch den einen oder anderen »erlebten« spektakulären Fall. Mit brennendem Interesse der Medien können nach meinen Beobachtungen die Verfahren rechnen, in denen Täter wie Opfer derselben »besseren« Schicht angehören (Gynäkologenprozeß in Berlin 1984 und 1986). Der Voyeurismus steigt proportional mit dem Grad der Abweichung vom klassischen Vorurteil (Vergewaltiger sei der *FREMDE* auf Straßen und in Parks) bzw. von den herrschenden Selektionsmechanismen der Strafverfolgungsorgane (bevorzugte Verfolgung von Unterprivilegierten).

Öffentliche Aufmerksamkeit war deswegen bei dem Strafverfahren, das seit November 1989 vor der 7. Strafkammer des Gießener Landgerichts stattfand, garantiert.

Ende Mai 90 wurde Rechtsanwalt P., der im Wetteraukreis eine Kanzlei betreibt, vom Vorwurf der »sexuellen Nötigung« einer Mandantin freigesprochen. In über sechsmonatiger Prozeßdauer sind nicht etwa Macht- und Beherrschungsgelüste des Angeklagten unter Beweis gestellt und entlarvt worden. Dieser hat es auch nicht bei der sattsam bekannten Strategie des »siehabejadochgewollt« belassen, sondern er hat dem Gericht in extenso die intime Lebensgeschichte einer unglaubwürdigen Lügnerin/Betrügerin/Kriminellen und unkeuschen, unehrenhaften Frau ausgebreitet, deren Opfer *er* geworden sei. Die diffamierenden Äußerungen des Angeklagten über die Zeugin hier zu wiederholen, hieße, ihnen einen Wirklichkeitsgrad einzuräumen, der zu dem beitrüge, was der Angeklagte neben seinem (nicht rechtskräftigen!) Freispruch intendiert hat: die soziale Vernichtung einer Zeugin, die Abschreckung weiterer vergewaltigter Frauen vor dem Gang durch die Strafjustiz und nicht zuletzt die eigene Anerkennung im Männerbund für diesen stellvertretenden Akt der Sicherung der sexuellen Verfügbarkeit von Frauen.

Frauengruppen waren es denn auch, die gegen das Urteil demonstrierten. »Spätestens seit diesem Prozeß weiß jede Frau, was patriarchale Klassenjustiz ist«, schrieben sie in einem Flugblatt, das sowohl für eine öffentliche Veranstaltung zum Thema warb als auch in der Illustration ankündigte: »Wir geben Entscheidungshilfen«. Das zugehörige Foto zeigt eine selbstsichere, nachdenkliche Frau, die den Kopf in die Hand stützt, in der zweiten Hand ein größeres Messer am Griff hält, dessen Spitze in den Tisch vor ihr zeigt. Ein mehrdeutiges, vielschichtiges Foto, das zu nichts auffordert, aber doch an dem zu assoziierenden *Tabu der Rache* ritzt.

Hier soll nicht der Ort sein zu analysieren, weshalb es zu dem konkreten Freispruch kommen konnte, noch sollen strafprozessuale Verbesserungen für die Stellung der vergewaltigten Frauen (z.B. ein explizites Beweisverbot für Fragen nach den sexuellen Beziehungen der Frau zu anderen Männern als dem Angeklagten) wiederholt werden. Ich will aber benennen, wieso der Prozeß 1990 ablaufen konnte wie 1905:

1. weil das gültige *Hurenstigma* für die verletzte Zeugin wie für alle Frauen bereitgehalten wird, die eine Strafanzeige wegen einer sexuellen Gewalttat erstatten könnten,

2. wegen zu konstatierenden Mangels eines entsprechenden *Stigmas* und Privilegienverlustes für den beschuldigten Mann und für das von ihm in seiner Verteidigungsstrategie favorisierte Sexualitätskonzept,

3. aufgrund der lähmenden Wirkung des gewalttätigen Vorgehens im Gerichtssaal selbst auf die unterstützungsbereitesten Zuhörerinnen und

4. schließlich wegen des schon erwähnten *Tabus der Rache.*

»Der Begriff *Hure«* ist ein »Etikett, das jeder Frau angeheftet werden kann«; ein Etikett für »sexuell unangepaßtes Verhalten«. Gail Pheterson (Huren-Stigma, Hamburg 1990) betont in ihrer Analyse des Huren-Stigmas, daß es sich hierbei nicht nur um eine potentielle Strafe für Frauen handelt, »sondern außerdem um eine Aufforderung zu sexuell anmaßendem Verhalten von seiten der Männer.« Eine sexuell belästigte Frau konkretisiert die Double-Bind-Situation: »Das eigentliche Problem ist einfach, daß sie herumerzählen, du seist eine blöde Zicke, wenn du nicht mit einem deiner 'männlichen Mitarbeiter' schläfst, und wenn du es tust, dann nennen sie dich eine Hure. So oder so, du kannst nie gewinnen.«

Im Vergewaltigungsprozeß gilt, daß die Akzeptanz des *Huren-Stigmas* darüber entscheidet, inwieweit sich ein Angeklagter »erfolgreich« durchsetzen kann. Es wäre an der Zeit, nicht dem männlichen Blick zu folgen, der die generelle Verfügbarkeit von Frauen voraussetzt, sondern in Kenntnis der normativen Wirkungen des Huren-Stigmas den Blick zu wenden und Keuschheit zu unterstellen. Prägend ist die Brandmarkung für die Frau, die die »Schändung« erlebt hat und sich allein aus diesem Grund mit den Normen ihrer Entwertung konfrontiert sieht. Sie ist es aber auch für das Verhalten aller Frauen, die in klarem Rechtsbewußtsein die Potenzierung ihrer Entwertung antizipieren und auf eine Strafanzeige verzichten. Von der darauffolgenden *Lähmung* wissen die Streitbarsten zu berichten.

Angesichts der Riten patriarchaler Macht im Strafprozeß setzt dies voraus, den Ritus zu entlarven und: Dem Opfer das Stigma von Schande, Scham und Unwürdigkeit zu entziehen, hat nicht das Ziel, es des Strafrechtsschutzes für würdig erscheinen zu lassen, sondern muß einhergehen mit der Entwertung eines auf Gewalt gegen Frauen basierenden Sexualitätskonzeptes. Fällt es uns unterstützungsbereiten Frauen und Rechtsanwältinnen noch leichter, die »Aufwertung« der Frau zu initiieren, da Frauen wie Männern bekanntermaßen die Identifizierung mit dem Opfer eher gelingt, wird der Angriff auf die herrschenden Stigmata und Sexualitätskonzepte, derer sich der Vergewaltiger bedient, nur selten geprobt. Gelingt es allerdings einmal, herrschende Übereinkünfte zu attackieren, macht sich Erleichterung bei allen anwesenden Frauen breit. Freigesprochen wird der Angeklagte so oder so! Ich kenne nur eine filmische feministische Utopie (»Die Stille der Christine M.« von Marleen Gorris), in deren Schlußszene alle anwesenden Frauen in ein mitreißendes befreiendes Gelächter ausbrechen, das ausschließlich die weiblichen Zuschauer des Filmes anzustecken vermag. Es ist die rituell in Szene gesetzte Tötung eines beliebigen Mannes, zu der sich die angeklagten Frauen zufällig zusammenfanden. Die Tötung ist Symbol der *Rache* für ihre Unterdrückung, die sie als Frauen in ihrem sonst ganz unterschiedlich verlaufenen Leben erfahren mußten. Die anwesenden Männer versuchen sich dem Verstehen dadurch zu entziehen, daß sie den Täterinnen die Verantwortlichkeit für ihre Tat absprechen und darauf beharren, genauso gut hätte eine Frau ihr Opfer sein können. Das Sprechen über *Rache* ist noch ein *Tabu.*

Konkret 08/90, S. 22

Claudia von Braunmühl

»Dritte Welt« Ex und Hopp

Europa schließt sich unter deutscher Hegemonie zusammen – wird die »Dritte Welt« vergessen? Was angesichts der von Süd nach Ost umgeleiteten Entwicklungshilfe-Gelder plausibel erscheint, erweist sich, bezieht man die Welthandels-Daten mit ein, als Euphemismus. Die Ausplünderung wird intensiviert, »vergessen« wird nur, sie zu kaschieren

Vor dem November 1989 wurden in der entwicklungspolitischen Debatte der Bundesrepublik die mit Europa verbundenen Ängste mit dem Begriff »Festung Europa« beschrieben. Seit November 89 ist auch dort – euphemistisch – von dem »gemeinsamen europäischen Haus« die Rede. Gleichzeitig aber ist die bedrohliche Vorstellung einer möglichen 'Abkoppelung' aufgetaucht: Die Angst der »Dritten Welt«, in die »Festung Europa« nicht reingelassen zu werden, hat sich in die Befürchtung verwandelt, von einem selbstzufriedenen, mit sich selbst beschäftigten Gesamteuropa einfach vergessen zu werden.

Wer heute von der drohenden Abkoppelung der »Dritten Welt« redet, meint nicht mehr eine stolze und trotzige Abwendung der unterentwickelt gehaltenen Länder vom kapitalistischen Weltmarkt und den Aufbau binnenorientierter Wirtschafts- und Sozialstrukturen, nicht Revolution und Sozialismus oder reformistische Strategien der self-reliance und eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern ein Abgekoppelt-Werden, ein Vernachlässigt- und Vergessen-Werden, einen gänzlich passiven Vorgang also, der die so Behandelten zu verhandlungsschwachen Bittstellern macht.

In der BRD waren Auslöser dieser Debatte die insgesamt 55 Mio. DM, die – 10 Mio. DM als Soforthilfe, 45 Mio. DM als Verpflichtungsermächtigung ohne entsprechende Aufstockung des Gesamtetats – vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) für Polen und Ungarn bewilligt wurden, nicht lange, nachdem beide Staaten bei der OECD den Status eines Entwicklungslandes beantragt hatten. Zu Ernsthaftigkeit und Qualität der Abkoppelungs-Besorgtheit in der BRD lassen sich drei Dinge sagen:

1. Zum großen Teil sind die Schreier selbst die Macher; der Volksmund kennt das auch als Haltet-den-Dieb-Methode. Ein Gutteil der 10 Mio. DM fließt nämlich an entwicklungspolitische Organisationen, die Anpassungs- und Umschulungsmaßnahmen durchführen. Sie erhalten sie bei unverändertem Personalbestand als Mittel für ihre Programme. Die institutionelle Förderung wird noch nachziehen müssen, und damit sie das tut, werden Dritte-Welt-Interessen beschworen.

2. Statt in ihrer Süd-Zuwendung und -Bestimmung zu verharren, bieten fast alle Organisationen eifrig bis willfährig ihre Instrumente an, die, im Süden erprobt, auch im Osten taugen werden. Die gleichen Institutionen und z.T. die gleichen Leute füllen die entwicklungspolitische Presse mit ihrer tiefempfundenen Sorge über Abkoppelungstendenzen und äußern die Hoffnung, diese mögen sich nicht durchsetzen.

3. In seiner verbreitetsten Variante bezieht sich das Abkoppelungs-Argument auf die Entwicklungshilfe. Damit wird diese auf einmal völlig unberechtigterweise und unhistorisch glorifiziert. Was ist mit der These von der »Tödliche(n) Hilfe«, die ein ziemlich mittelmäßiges Buch auch noch in die letzte Entwicklungsverwaltungsstube getragen hat? Was ist mit der Krise der Entwicklungspolitik, mit der Kapitalkorrumpiertheit der finanziellen Zusammenarbeit mit den immer deutlicher werdenden Grenzen der Wirksamkeit der technischen Zusammenarbeit, mit der absurde Formen annehmenden Jagd auf »gute Projekte«? Kein Wort mehr darüber. Wir werden aufgefordert, um etwas zu zittern, das, weil bedroht, auf einmal umstandslos als erhaltenswertes Gut gilt.

Noch einmal zurück zum Ausgangspunkt, zu den tatsächlichen und absehbaren Kürzungen von Entwicklungshilfe-Zuwendungen. Die 55 Mio. DM wurden schon erwähnt. Gelder verschlingt auch der im BMZ eingerichtete Planungsstab Osteuropa und der deutsche Anteil an der westeuropäischen Osteuropahilfe. Für beides sind bislang entsprechende Aufstockungen im BMZ-Haushalt nicht ausgewiesen und insofern konkurrieren diese Posten unmittelbar mit z.B. den Lomé IV-Leistungen oder der Aufstockung des IDA-Fonds, den Leistungen also, die im Rahmen der Abkommen der EG mit ihren vormaligen Kolonialstaaten diesen besondere Handelsrechte und Zuwendungen sichern, bzw. der Aufstockung der für die ärmsten Länder (LLDC = Last and Least Developed Country) vorgesehenen Mittel der Weltbankunterorganisation International Development Agency.

Die EG hat verlauten lassen, sie plane, ihre auf die »Dritte Welt« bezogenen Exportgarantien zu kürzen und die frei werdenden Mittel nach Osteuropa zu verlagern. Die europäische Entwicklungsbank wurde aus dem Stand mit 20 Mrd. DM Startkapital ausgerüstet. Von Frankreich sind Unterstützungsvorschläge in Richtung Osten gemacht worden, die den auf die AKP-Länder – das sind eben jene in Afrika, der Karibik und dem Pazifik gelegenen ehemaligen Kolonien – entfallenden pro-Kopf-Anteil um ein Mehrfaches übertreffen. Darüber hat insbesondere Afrika – 45 von derzeit 68 AKP-Staaten sind afrikanisch – Befremden geäußert. In ähnlicher Weise haben fast alle westlichen Industrienationen für östliche Staaten bestimmte Mittel aus ihren Entwicklungshaushalten entnommen.

Derweil wird der alten, von der Sondertagung der UNO Ende April 1990 erneuerten Forderung, durch Abrüstung frei werdende Mittel in die Förderung von Entwicklungsprozessen zu stecken, entgegnet: Sozial verträgliche Abrüstung könne nur als Konversion erfolgen und die verschlinge Unsummen; da werde für Entwicklung nicht viel übrig bleiben.

Darüber hinaus ist die Entwicklungspolitik der osteuropäischen Staaten in den letzten Jahren faktisch stark zurückgegangen. Die meisten Pläne zur Aufrechterhaltung von Verbindlichkeiten sehen ein deutlich reduziertes Niveau und Umschichtung auf westliche Träger vor.

Ohne Zweifel ist also ein Rückgang an materieller Unterstützung für die klassischen »Entwicklungsländer« zu verzeichnen. Aber trifft es zu, daß hier eine gute oder zumindest leidlich funktionierende Beziehung durch das unvorhergesehene Auftauchen eines neuen, attraktiveren Partners gefährdet ist? Auf einmal und aus heiterem Himmel?

Schauen wir uns die Bereiche an, die sehr viel mehr als die Entwicklungshilfe die Entwicklung bestimmen: die eigentlich relevanten Bereiche von Handel und Produktion.

Der Welthandelsanteil der Industriestaaten mit den Entwicklungsländern lag 1950 bei ca. 1/3, einschließlich, was die Statistik verzerrt, der Erdöl exportierenden Staaten. 1980 war er auf knapp 26 Prozent gefallen, 1987 lag er schon bei unter 20 Prozent, und die Tendenz ist weiterhin fallend. Der Anteil Afrikas am Welthandel ist seit den 70er Jahren um ca. 50 Prozent gefallen. Der Handel zwischen den AKP-Staaten und der ihnen Handelspräferenzen einräumenden EG zeigt einen stark sinkenden Trend von 1975 7 Prozent, 1988 4,8 Prozent und 1989 nur mehr 3,8 Prozent. Einzig die Schwellenländer Südostasiens haben ihren Anteil halten können. Der Anteil des Handels der RGW-Staaten mit Entwicklungsländern liegt eh nur bei weitgehend konstanten 4 Prozent des Welthandels.

Die zunehmende Technologieintensität der industriellen Produktion, die mit Rohstoffsubstitution einhergeht, weist denjenigen, die nichts Vergleichbares zu bieten haben, immer weniger Bedeutung zu. Der alte Spruch von den Partnern von heute und den Märkten von morgen, der vitalen gegenseitigen Abhängigkeit ist nur noch abgedroschen. Das spiegelt sich auch im Niedergang des Nord-Süd-Dialogs und dem Bedeutungsverlust der UNCTAD wider.

Das – milde ausgedrückt – Desinteresse der Industriestaaten an weiten Teilen der Welt zeigt sich auch in den Investitionsdaten. Allein in den frühen 80er Jahren ist der Anteil der »Dritte Welt«-bezogenen Direktinvestitionen von 30 Prozent auf 23 Prozent gefallen. Das schließt wiederum die Öl produzierenden Staaten ein. Der Anteil der BRD lag schon 1970 bei nur knapp 24 Prozent und ist trotz massiver, auch mit Entwicklungshilfemitteln geleisteter Förderung, Ende der 80er Jahre auf unter 10 Prozent gefallen. Der Anteil Afrikas an den Weltauslandsinvestitionen ist in den letzten 20 Jahren von der, mit dem Rest der Entwicklungsländer zunächst vergleichbaren, Ausgangsposition von 30 Prozent auf unter 10 Prozent gefallen.

Ein kurzer Blick auf die bundesdeutsche Entwicklungshilfe, die in den 80er Jahren ja wieder recht unverblümt wirtschaftliche Interessen verfolgte, zeigt, daß seit 1982 ihr Anteil am Bruttosozialprodukt konstant zurückgeht; er liegt jetzt bei 0,33 Prozent. Und das trotz Mischfinanzierung, Militärhilfe und was sich sonst noch alles hinter Entwicklungshilfe verbirgt. Von den Mitteln der technischen Zusammenarbeit wurden 1970 noch 75 Prozent in der BRD verausgabt, heute sind es 85 Prozent. Bei der finanziellen Zusammenarbeit ist das noch drastischer. Da sind Ende der 70er Jahre noch 70 Prozent in die BRD zurückgeflossen, heute sind es 88 Prozent. Nur 4 Prozent der mit der finanziellen Zusammenarbeit verbundenen Lieferungen kommen bereits aus den Entwicklungsländern .

So wichtig und präsent im kapitalistisch dominierten Welthandels- und Weltproduktionsgeschehen waren die Entwicklungsländer, insbesondere die, denen die EG in besonderer Weise verbunden ist, also schon lange nicht mehr. Zwei zentrale Ursachen dafür liegen in der Entwicklung der Austauschbeziehungen auf den vermachteten Märkten und in der Schuldenmanagementpolitik der 80er Jahre. Beide waren Hauptgegenstand der schon erwähnten Sonderkonferenz der UN zu Weltwirtschaftsfragen, ohne daß die Entwicklungsländer sich auch nur in einem relevanten Punkt hätten durchsetzen können.

Der aus der kolonialen Abhängigkeit heraus in den 70er Jahren errungene relative Anstieg der terms of trade ist in den 80er Jahren wieder dahin gefallen, wo er vorher war. Real liegen die Preise für Primärprodukte so hoch – bzw. so tief – wie vor 50 Jahren. Allein die beiden heftigen Einbrüche von 1981/82 und 1986/87 haben Afrikas Warenpreisindex halbiert und 1/4 seines Exporteinkommens zunichte gemacht.

Wir alle haben gemerkt, und unsere Klamottenwahl zeigt es, wie billig Baumwolle und auch das frühere Luxusmaterial Seide geworden sind. Oder der Kaffee, der nach dem Erdöl zweitwichtigste Rohstoff im Welthandel, dessen zweitwichtigster Konsument die BRD ist. Seit der Nichterneuerung des Kaffeeabkommens Anfang letzten Jahres ist der Kaffeepreis um über 30 Prozent gefallen. Das bedeutet für die Menschen in Ländern wie z.B. Burundi, Uganda, Ruanda, deren Export zwischen 70 - 90 Prozent vom Kaffee getragen wird, eine katastrophale Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse. Und das, nachdem in den 80er Jahren die Subsistenzwirtschaft, und das heißt vor allem ernährungssichernde Produktion von überwiegend Frauen, zerstört wurde, um der in den Export fließenden cash-crop-

Produktion (Lebensmittelproduktion für den Export) zu dienen. Die 1993 harmonisierten Standard- und Qualitätsvorschriften der EG werden – Lomé hin oder her – in den 90er Jahren ein übriges tun.

Ein »verlorenes Jahrzehnt« nannte der Exekutivsekretär der UN-Wirtschaftskommission für Afrika die 80er Jahre. Dem ist zu widersprechen. Es waren Jahre unermeßlicher Zerstörung.

30 afrikanische Länder wurden in diesem Jahrzehnt von Internationalem Währungsfond und Weltbank mit einer »Strukturanpassung« überzogen. Ihr pro Kopf-Einkommen fiel in dieser Zeit um 20 Prozent. In den Subsahara-Staaten hat es den Stand der 60er Jahre erreicht. Die Produktionsstruktur ist marode, Investitionsquote und Investitionsertrag sinken ständig. Die soziale Infrastruktur, für die Masse der Bevölkerung alternativloser Lebens- und Zukunftsgarant, liegt darnieder. Allein in den letzten vier Jahren haben die 27 ärmsten Länder Afrikas ihre Ausgaben für das Gesundheitswesen um 25 Prozent kürzen müssen. Madagaskar gab 1988 20 Prozent der Summe von 1978 für Medikamente aus. 1987 brach dort eine Malaria-Epidemie aus, die an die hunderttausend Tote forderte, was unter Anleitung des örtlichen Weltbankbüros im Verein mit der damaligen, sich sozialistisch nennenden Regierung in der Öffentlichkeit nicht berichtet werden durfte. Jetzt erreichen uns von der Insel Meldungen vom Wiederauftauchen der jahrhundertelang ausgerottet gewähnten Pest.

Die Erziehungssysteme der meisten strukturangepaßten Länder sind durch Kürzungen zwischen 30 bis 50 Prozent und folglich zusätzlich enormem brain-drain weitgehend ruiniert. Die vitalsten Grundversorgungen, Gesundheit, Erziehung, Wasser, Transport wurden dem Profitprinzip unterworfen. Wer nicht zahlen kann, zählt nicht. Oder soll sich selber helfen. Die 80er Jahre sind auch das Jahrzehnt der Funktionalisierung der Selbsthilfe.

Diese Daten sind schlimm genug. Aber hinter ihnen verbergen sich strukturelle Zerstörungen weit größeren Ausmaßes. Das IWF-Weltbank-Konzept der angeblich für alle gleichermaßen vorteilhaften internationalen Arbeitsteilung schreibt die Entwicklungsländer auf Rohstoffproduktion und -lieferung fest, und in der Tat liegt der Anteil der Rohstoffe am Export der Entwicklungsländer genau da, wo er Mitte der 60er Jahre, nach der kolonialen Entlassung, lag, nämlich bei 94 Prozent. Dramatisch verfallen aber ist ihre Fähigkeit, sich selber zu ernähren, und das hat mit der programmatisch forcierten Zerstörung der Subsistenzwirtschaft zugunsten von cash crops zu tun, die dann am Markt um ihren Ertrag betrogen werden. Eine völlig ungleiche, weitere Abhängigkeit sichernde Produktionsstruktur geht also einher mit gleichermaßen Abhängigkeit sichernder Unfähigkeit, sich selber zu ernähren. Zugleich zeigt der 20 prozentige Rückgang des Pro Kopf-Einkommens ja nicht ein lineares Zurückstutzen an. Dahinter verbergen sich immense und immens vergrößerte Differenzen zwischen Reich und Arm und zwischen Männern und Frauen.

Den Lebensunterhalt zu bestreiten, die Familie gesund zu halten und den Kindern womöglich durch Schule und Ausbildung trotz allem eine Chance zu sichern, das alles liegt zunehmend auf den Schultern der Frauen. Sie sind, wie Christa Wichterich sie nennt, die Stoßdämpfer der ökonomischen und ökologischen Krise. Nicht nur die Armut, sondern, so zeigt die soziale und die geschlechtsspezifische Wirklichkeit im Süden, auch die Verantwortung wird zunehmend feminisiert.

Daß überhaupt Frauen bei der Zuteilung von Entwicklungshilfemitteln berücksichtigt werden, das hat wohl etwas, wenn nicht alles, mit den Kämpfen von Frauen in den Metropolen zu tun. Aber das verstärkte Einbeziehen von Frauen in den schieren Überlebenskampf ist so wenig mit Emanzipation zu verwechseln wie ihr Eingespannt-werden in die Hitlerische Kriegswirtschaft. Im Übrigen ist das, was getan wird, wenig genug und in erheblich geringerem Ausmaß professionalisiert, als die »normale« Projektförderung .

Der Schwerpunkt der Frauenförderung ist im sog. informellen Sektor angesiedelt, d.h. in der puren Überlebensökonomie, die bar jeden rechtlichen Schutzes ist. Das Zauberwort heißt »einkommenschaffende Aktivitäten«. Längst haben die Frauen des Südens nachgewiesen, daß da sehr viel mehr als nur Einkommen geschaffen wird. Das bißchen Geld, das mit viel, dem schon überlasteten Alltag noch hinzugefügten Arbeitsaufwand zusammengekratzt wird, reicht nicht zum Leben und ist eine instabile Größe, mit der sich schwer rechnen läßt.

Es gibt Rahmenbedingungen, die sind das Struktur gewordene rien ne va plus. Dagegen ist kein Ankommen: nichts geht mehr. Die orthodoxe Strukturanpassung zählt m.E. zu solchen Rahmenbedingungen.

Das Beunruhigende und Bestürzende ist: Dies alles ist bekannt. Die Grundannahmen der orthodoxen Strukturanpassung – durch radikale ökonomische Liberalisierung, Einsparen »unproduktiver« sozialer Kosten und Exportorientierung ließe sich ökonomisches Wachstum und durch Wachstum gesellschaftliche Entwicklung herstellen – diese Grundannahmen sind längst kritisiert und von der Realität drastisch widerlegt worden. Gleichwohl ist das unlängst verabschiedete Lomé IV-Abkommen der EG aufs strengste an die Umsetzung eben dieser Strukturanpassung gebunden. Das Abkommen enthält einige, wenngleich längst nicht die von den AKP-Staaten geforderten Verbesserungen, wie einen höheren Zuschußanteil des Stabex-Fonds – des Fonds zum Ausgleich weltmarktbedingter Schwankungen der Rohstoffpreise – und eine 20prozentige Erhöhung der Finanzmittel; es gibt auch ein Sonderprogramm für die Subsahara-Staaten. Das alles aber ist an die Einhaltung der IWF-Vorgaben gebunden und operiert nun seinerseits nicht mehr nur mit dem sektoralen Politikdialog, der schon in Lomé III enthalten war, sondern dem makroökonomischen Politikdialog, der genau wie IWF und Weltbank auf gesamtwirtschaftlicher Ebene EG-Mitspracherechte beansprucht. Die EG will zwar, sagt sie, mehr abfedern, mehr für

die Umwelt, mehr für die Frauen tun, aber dies alles im Rahmen der Strukturen, die erwiesenermaßen nicht sozial, umwelt- und frauenfreundlich sind, und mit Finanzmitteln, die weit unterhalb dessen liegen, was die Länder durch fallende terms of trade und durch den Schuldendienst verlieren.

MP bei weitem höchste Wachstumsrate in der »Dritten Welt« liegt heute bei Schulden und Schuldendienst. In Afrika ist sie dreimal so hoch wie die des Exports. Lag der Nettotransfer von Nord nach Süd 1980, als der Brandt-Bericht schon die Notwendigkeit »Das Überleben (zu) sichern« beschwor, bei 50 Mrd. DM, so liegt er heute, 10 Jahre später, in fast gleicher Höhe – von Süd nach Nord. Derweil leben in Afrika 85 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze.

Ist dieser Zustand mit dem Wort Abkoppelung richtig beschrieben? Ich meine nein. Zutreffender erscheint mir, von negativer Ankoppelung zu reden. Die Strukturanpassung hat die Adern wieder, von denen vor Jahren der lateinamerikanische Sozialwissenschaftler Edoardo Galeano in seinem Buch »Die offenen Adern Lateinamerikas« sprach. Wir haben es weiterhin mit einer Politik des Ex und Hopp zu tun. Rausholen, was rauszuholen ist, und sich diese Möglichkeit auch weiterhin auf jeden Fall offenhalten. Der ausgeblutete, erbärmliche Rest ist dann natürlich nicht mehr satisfaktionsfähig. Der Rückgang von Handel und Investitionen belegt es. Entwicklungshilfe kann in der Tat unter diesen Rahmenbedingungen sehr wenig ausrichten.

»Abkoppelung« droht aber tatsächlich unserer Aufmerksamkeit für die Versuche dieser Ausblutung. Die Diskussion um die Krise der Entwicklungspolitik erkannte noch die zunehmende Unfähigkeit des ohnehin begrenzten entwicklungspolitischen Instrumentariums an, unter diesen Rahmenbedingungen etwas zu verbessern. Sie enthielt insofern eine Chance für die Entfaltung von Kräften, die dem entgegenwirken.

Diese Diskussion weiterzuführen, die Verantwortlichkeiten weiterhin aufzuzeigen, ist daher von höchster Dringlichkeit. Dies umso mehr, als der überwältigende Anschein historischer Rechtfertigung der privatkapitalistischen Marktwirtschaft im Verein mit der frühkapitalistisch anmutenden Aufbruchstimmung insbesondere in der BRD und der enorme konsumbezogene Nachholbedarf in der DDR und in Osteuropa zu einer allenthalben spürbaren Roheit gegenüber sozial Schwächeren geführt haben. Die Ergebenheit, mit der z.B. hingenommen wird, daß Frauen – und wieder, wie bei den mit der Strukturanpassung verbundenen Verarmungsprozessen in der »Dritten Welt« wird gesagt, erstmal und vorübergehend – besonders betroffen sind, ist nur ein Indiz dafür. Die zunehmende Fremdenfeindlichkeit ist ein weiteres.

Nun wird von einigen . z.B. vom entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag, Pinger, tatsächlich argumentiert, der gemeinsame westeuropäische Markt von ca. 320 Mio. Menschen böte den Entwicklungsländern doch viele Chance und – langfristig – der große, um Ost- und Mitteleuropa angereicherte 700-800 Mio. Menschen-Markt noch viel mehr. Dagegen steht die Wirklichkeit: Ein sofortiger Rückgang von ca. 10 Prozent der Importe aus Entwicklungsländern wird erwartet, ein eher verstärkter Protektionismus – die Harmonisierung der ca. 1.000 einzelnen nationalen unterschiedlichen Importquoten steht noch aus und wird eher nach oben als nach unten korrigiert werden – und, das hat die EG-Kommission ganz freimütig angekündigt, eine Zunahme der »freiwilligen« Exportselbstbeschränkungen. Im übrigen werden die osteuropäischen Staaten auf eben diesem Markt die Mittel für die Rückzahlung von Krediten nicht zuletzt der gerade gegründeten Europäischen Entwicklungsbank erwirtschaften wollen und direkt mit den Entwicklungsländern konkurrieren.

Vor allem aber, das zeigt die Erfahrung mit den als exemplarisch gefeierten Lomé-Abkommen, ist ein Markt nur so viel wert, wie Nachfrage da ist und wie eine wettbewerbsfähige Produktionsstruktur hergibt. Damit, das ist ausgiebig belegt, steht es Anfang der 90er Jahre schlechter und am Weltmarkt aussichtsloser als je zuvor. Die Weltbank sieht die Ursachen dafür allerdings nicht in der ökonomischen Situation, sondern in der mangelhaften Verwaltung der Regierungsgeschäfte. »Good governance«, sagt die Weltbank, sei gefragt. Gutes Regieren bestehe aus dreierlei: 1. Marktwirtschaft – der Weg dahin führt über die orthodoxe Strukturanpassung, 2. Mehrparteiensystem und 3. freien Wahlen. Dieselben Regimes, die über Jahre die Strukturanpassung gegen z.T. blutigen Widerstand durchsetzten, sollen sich nun bei Strafe des Ausbleibens weiterer Entwicklungshilfemittel demokratisieren. Wie bei der wirtschaftlichen Strukturanpassung ist auch hier das richtige Modell, nur das des bürgerlichen Parlamentarismus, vorgegeben und infolgedessen verbindlich.

Europa teilt diese Sichtweise. Die EG kann dabei auf die in der Tat nur zu einem Bruchteil (18 Prozent) abgeholten Lomé-Gelder verweisen, die, so argumentiert sie, bei besser geordneten gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen durchaus hätten komplett abgefordert werden können. England weist neuerdings mißbilligend auf zu hohe Militärausgaben hin. Im französischen Einflußbereich ist von einer regelrechten »Paristroika« die Rede, von einem finanziell nachhaltig ermutigten, bzw. mit Rückzugsdrohungen versehenen Aufbruch in eine Vielparteienlandschaft. In der BRD wird mit Hinweis auf den Zusammenbruch des realen Sozialismus und der Übernahme liberal-kapitalistischer Formen dafür plädiert, die Mittel der Entwicklungshilfe nun verstärkt in derselben Richtung in der »Dritten Welt« einzusetzen und mit einer »Konditionalisierung politischer Art« zu versehen.

Der Druck kommt aber natürlich nicht nur von außen und oben. Die UN-Wirtschaftskommission für Afrika hat vor Jahresfrist ihrerseits ein Konzept vorgelegt, das sie »Strukturanpassung mit Transformation« betitelte. Dort wird die

Notwendigkeit struktureller Anpassung, einschließlich politischer Reformen, nicht bezweifelt, sondern im Gegenteil mit Nachdruck unterstrichen. Aber es wird von einer binnenwirtschaftlich orientierten Entwicklung ausgegangen, die, soll sie zukunftsträchtig sein, von den Menschen aktiv getragen sein muß. Deswegen, nicht aus Abfederungs- und Akzeptanzerwägungen, muß sie sozial sein und in demokratische Strukturen eingepaßt, wie immer diese im einzelnen gestaltet sein mögen.

Opposition ist auch längst in den einzelnen Gesellschaften entstanden. Viele der Einparteien-Systeme der »Dritt-Welt«-Staaten sind zu bürokratischen, oft diktatorischen Regimen entartet. Es gibt einen großen Bedarf an Rede-, Koalitions-, Vereinigungsfreiheit, an Möglichkeiten, die eigenen Interessen, nicht zuletzt auch die der Frauen, jenseits staatsparteilich gelenkter Äußerung und Ressourcenallokation formulieren und zur Geltung bringen zu können. Hier haben insbesondere, aber bei weitem nicht nur (Kenia, Tansania) im frankophonen Bereich komplexe und aufregende Prozesse begonnen. Es ist indes dem Generalsekretär der OAU, M. Salim, zuzustimmen, wenn er davor warnt, nun gleichermaßen stereotyp wie bei der orthodoxen Strukturanpassung und auch noch an sie gekoppelt, gleichförmige politische Reformen erzwingen zu wollen.

Dieser Text ist als Vortrag beim 14. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen »EG 92 und Dritte Welt« vom 14.-17.6.90 in Nürnberg gehalten worden. Er wurde für den Abdruck leicht gekürzt.

Claudia von Braunmühl arbeitet als Lehrbeauftragte und unabhängige Gutachterin in Westberlin

Konkret 08/90, S. 26

Albert Sterr

Auf zwei Beinen gehen

Die Befreiungsbewegung »Farabundo Marti« (FMLN), stark wie noch nie zuvor, verhandelt mit dem Regime des tropischen Junkers Cristiani. Im benachbarten Guatemala gewinnt die bewaffnet kämpfende URNG wieder erheblich an Einfluß – auch sie sucht den Dialog mit Militärs und Großgrundbesitzern. Die Sandinisten übergaben die Regierungsgeschäfte an die UNO, die politische Contra. Was ist los mit den Befreiungsbewegungen Mittelamerikas?

Die salvadorianische Guerilla startete am 11. November vergangenen Jahres die bedeutendste Offensive ihrer Geschichte. Das selbstgesteckte Ziel der militärischen Machtdemonstration: den Druck zu erhöhen, um »die Regierung Cristiani zu einer Verhandlungslösung des Konflikts zu bewegen«.

Die Befreiungsbewegung konnte in allen großen Städten des Landes Stadtviertel besetzen und mehrere Tage lang halten. Massive Bombardements der besetzten Wohngegenden, heftige Armeeangriffe gegen die schutzlose Zivilbevölkerung und der Einsatz von Elitetruppen führten zum taktischen Rückzug. Allein in San Salvador waren mehr als 1500 Kämpferinnen und Kämpfer im Einsatz. Militärisch gesehen war der Rebellenangriff sehr erfolgreich, obwohl die FMLN selbst 401 Gefallene zu beklagen hatte. Sie brachte der Armee 2455 Tote und Verletzte bei, zerstörte bzw. beschädigte 27 Hubschrauber und Flugzeuge und setzte 51 gepanzerte Fahrzeuge außer Gefecht. Noch entscheidender war, daß es ihr glückte, bis hinter die letzte Verteidigungslinie der Streitkräfte vorzudringen, die Hauptstadt San Salvador. Die Armee befand sich in der Defensive. Die städtische Bevölkerung gewährte der Befreiungsbewegung vielfältige Unterstützung. Der erhoffte Volksaufstand blieb jedoch aus.

Die salvadorianische Militärführung und die US-Berater, die von einer zunehmenden Schwächung der FMLN ausgegangen waren, hatten die Stärke der Befreiungsbewegung deutlich unterschätzt und die Kampfkraft der Regierungsarmee überbewertet. Die Wucht der Offensive und der weiter anhaltende militärische Druck sind eindeutige Beweise dafür, daß die militärische Veto-Macht der FMLN trotz der ca. 4 Mrd. US Dollar, welche die USA zum Zwecke der Counter-Insurgency in El Salvador im vergangenen Jahrzehnt investierten, nicht nur ungebrochen ist, sondern sogar noch weiter zugenommen hat. Aufstandsbekämpfungsstrategen, die seit zehn Jahren mit wechselnden Rezepten versuchen, die FMLN politisch zu isolieren, um sie dann militärisch zerschlagen zu können, beginnen einzusehen, daß dieses Ziel für sie mit militärischen Mitteln nicht erreichbar ist. Genausowenig vermögen es die guatemaltekischen Massenmörder in Uniform, die bewaffnet kämpfende URNG zu zerstören. General Maxwell R. Thurman, Chef des US-Südkommandos (US-SOUTHCOM) in Panama, betonte am 9. Februar vor einem Kongreßausschuß: »Die Regierung kann die marxistischen Rebellen nicht besiegen, die einzige Möglichkeit, die Feindseligkeiten zu beenden, liegt in Verhandlungen.«

Damit beginnen nun ihre erklärten Gegner die Tatsache anzuerkennen, daß es in El Salvador eine Zukunft gegen oder ohne die FMLN nicht gibt, sondern nur eine mit ihr. Der theoretisch denkbare Einsatz von Massenvernichtungswaffen beziehungsweise die konsequente Anwendung einer offen völkermörderischen Politik, wie von der Todesschwadronenfraktion innerhalb der ultrarechten ARENA gefordert, ist unter den gegebenen politischen Bedingungen nicht durchführbar.

Damit sind die US-Regierungen unter Carter, Reagan und Bush mit ihrer Strategie gescheitert, die Revolution in Mittelamerika militärisch zu zerschlagen und die Aufständischen physisch zu liquidieren. Hierin liegt eine wichtige Differenz zu den in diesem Sinne »erfolgreichen« Militärdiktaturen in Südamerika. In jenen Ländern überlebten nur sehr wenige Revolutionäre die Massaker der Militärs. Der Übergang zu formal-demokratischen Zuständen, den dort Anfang der achtziger Jahre die Machthaber eingeleitet hatten, fand somit vor dem Hintergrund einer nahezu totalen organisatorischen Schwäche der übriggebliebenen Linken statt.

Auf der anderen Seite fehlen auch der FMLN die Kräfte, um einen endgültigen militärischen Erfolg zu erringen. Der Sieg, das betonte Joaquin Villalobos (ERP), Mitglied der fünfköpfigen Generalkommandantur, in einem ausführlichen Grundsatzartikel, ist nur mit Hilfe eines erfolgreichen Volksaufstandes möglich. Die FMLN bereitet sich zwar seit geraumer Zeit in ihren strategischen Planungen auf eine mögliche »soziale Explosion« vor, aktuell zeichnet sich jedoch keine konkrete Möglichkeit einer Volkserhebung ab.

Die Massenbewegung

Die fünf politisch-militärischen Organisationen (ERP, FPL, RN, PCS und PRTC), die sich vor zehn Jahren (Oktober 1980) zur Befreiungsfront »Farabundo Marti« zusammenschlossen, sind nicht nur militärisch stark. Nach der blutigen Zerschlagung der mächtigen revolutionären Massenbewegung, die das politische Leben El Salvadors bis 1980 prägte, dem Aufbau der Guerillafronten auf dem Lande und der Friedhofsruhe in den Städten, gelang es ihnen ab 1983/84 wieder langsam Fuß in San Salvador zu fassen. Die Gründung des Gewerkschaftsdachverbandes UNTS (Februar 1986) markierte einen qualitativen Fortschritt beim Neuaufbau der legalen Massenbewegung. Die Mobilisierungs- und

Organisationskapazität der in der UNTS zusammengeschlossenen Gewerkschaften, Landarbeitervereinigungen, Flüchtlingsorganisationen, Menschenrechtsgruppen, Universitätsangehörigen etc. hat seither – trotz einiger selbstkritisch analysierter Rückschläge – erheblich zugenommen. Heute ist die legale Massenbewegung neben den bewaffnet kämpfenden Guerillaeinheiten das zweite Standbein der Revolution. Am 1. Mai dieses Jahres demonstrierten allein in San Salvador 100.000 Menschen. Nur fünf Monate nach dem vorübergehenden Rückzug infolge der Repressionswelle nach der November-Offensive, war dies eine der größten Kundgebungen seit 1980.

Die »neue Massenbewegung« entstand inmitten des gnadenlos geführten Krieges. Sie wurde seit jeher von der Armee beschuldigt, Tarnorganisation der Guerilla zu sein. Dieser Vorwurf sollte legitimieren, daß unliebsame Personen ohne gesetzliche Grundlagen Repressalien ausgesetzt werden. Die UNTS geht mit »reformistischen«, jeweils auf die spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Sektoren abgestimmten Forderungen auf die Straße. Facundo Guardado (FPL), der aus dem Untergrund heraus ihre Arbeit in San Salvador entscheidend mitbestimmt, erläuterte im Gespräch mit Martha Harnecker die dahinterstehende Konzeption: »Die Radikalität muß notwendigerweise mit der Breite und politischen Entwicklung des Kampfes verknüpft sein. Wir hatten manchmal eine Tendenz hin zur Radikalisierung, ohne daß diese eine breite Basis gehabt hätte. Aber wenn Du keine breite Basis hast, warum radikalisierst Du dann? Was ist es dann, was Du radikalisierst? Unter unseren Bedingungen müssen Radikalität und Breite verbunden werden. In dem Maße, wie sich die Massen für ihre unmittelbaren und konkreten wirtschaftlichen und politischen Forderungen (Löhne, Agrarreform, demokratische Öffnung, Kampf gegen die Repression und Freiheit der politischen Gefangenen) einsetzen, sie als ihre ureigensten Forderungen ansehen und mit dem Staat zusammenstoßen, der ihnen all das vorenthält, tun sie einen großen Schritt. Sie fangen an, die Notwendigkeit der revolutionären Veränderung zu begreifen und beteiligen sich selbst daran.«

Auf der Basis dieser Überlegungen entstanden in den letzten Jahren neue Organisationstypen, die ein »doppeltes Gesicht« (doble cara) haben. Die an Alltagsbedürfnissen anknüpfenden Vereinigungen arbeiten offen und zeigen Regierung und Armee ihr »legales Gesicht«. Ein Teil ihrer Mitglieder hat aber auch ein »revolutionäres Gesicht« und arbeitet im Geheimen mit der FMLN zusammen. Die FMLN-Symphatisanten arbeiten also gleichzeitig offen und verdeckt. Sie kämpfen zuallererst um Legalität, die Einhaltung von Menschenrechten und demokratischen Spielregeln. Die »doble-cara«-Organisationen bedürfen weder der direkten Anleitung noch des unmittelbaren Schutzes der Guerilla. Ihre Basisgruppen gibt es im ganzen Land. Dabei beteiligen sich auch Menschen, die der FMLN nicht nahestehen, denen jedoch der organisierte Kampf um die eigenen Interessen wichtig ist.

Diese Massen- und Bündnisarbeit war Voraussetzung für die schrittweise politische Isolierung Duartes, was zusammen mit verstärkten militärischen Aktivitäten das Scheitern der von ihm verkörperten christdemokratischen Variante der Aufstandsbekämpfung bewirkte. Nach der Regierungsübernahme durch die ultrarechte, eng mit den Todesschwadronen verflochtene ARENA geht die FMLN noch einen Schritt weiter. Sie öffnet ihr Bündnis noch weiter nach rechts. Im Kampf gegen Oligarchie und Armee, ihren historischen Klassenfeind, bezieht sie nunmehr sogar die Christdemokraten mit ein, die einen Teil der Mittelschichten repräsentieren. Ihr Motto: »Alle gegen ARENA«. Ihre unmittelbaren Ziele: Schwächung der neoliberalen Wirtschaftspolitik, Kampf gegen Repression und für Verhandlungen zur Beendigung des Krieges.

Die Dialogpolitik der FMLN

Seit 1984 veröffentlichte das Bündnis aus FMLN und FDR eine Vielzahl von Verhandlungsvorschlägen. Im Lande selbst dienten diese Initiativen als Ansatzpunkte für den Neuaufbau der Massenbewegung und die politische Isolierung der Christdemokratie. International waren sie wichtig, um die weitgehende politische und diplomatische Isolation der Jahre 1984-1988 zu durchbrechen. In der Regierungszeit Duartes – der sich zunächst weigerte, überhaupt mit der FMLN zu verhandeln – fanden 1984 und 1987 drei Gespräche zwischen Regierung und Guerilla statt. Duarte verlangte, die FMLN solle die Waffen niederlegen und sich in den »demokratischen Prozeß« integrieren. Er war lediglich dazu bereit, mit der Befreiungsbewegung darüber zu sprechen, wie deren Waffenübergabe abgewickelt werden könne.

Die FMLN wies Duartes Ansinnen zurück und präsentierte ihrerseits mehrstufige Verhandlungsvorschläge: Als ersten Schritt forderte sie, zwecks Wiedergewinnung der nationalen Souveränität, den Abzug der US-Berater, die Wiederherstellung der politischen Freiheiten und die Humanisierung des Konfliktes. Nach Erfüllung dieser Forderungen sollte über die Einstellung der Feindseligkeiten verhandelt werden, um schließlich eine »Regierung des nationalen Konsenses« zu bilden. Die Gespräche mit Duarte waren auf dessen Betreiben jeweils als unverbindlicher Meinungsaustausch angelegt. Wirkliche Verhandlungen um inhaltliche Fragen fanden nicht statt, weil sich die Regierungsseite weigerte, die Stellungnahmen der Aufständischen auch nur zu diskutieren. Sie sollten ihre Waffen niederlegen, Punktum.

Mit ihrem Angebot, die »Wahlen zu einem Beitrag für den Frieden« umzuwandeln (24. Januar 1989) steckte die FMLN ihre Positionen zurück. Sie stellte neue Verhandlungsgrundlagen vor, die im Grunde bis heute gültig sind. Sie bot erstmals die Anerkennung von Wahlen, die definitive Einstellung des bewaffneten Kampfes und ihre Reintegration in das politische Leben des Landes an. Sie rückte von der Forderung der Verschmelzung der Guerillastreitmacht mit der Armee ab und

erklärte sich zur Anerkennung einer auf 12.000 Soldaten reduzierten Regierungsstreitkraft bereit. Sie verzichtete auf die Beteiligung an einer Übergangsregierung und vertraute die Vorbereitung sauberer Wahlen der Regierung an. Die Befreiungsbewegung verlangte im Gegenzug die sofortige Einstellung der Repression, die Auflösung der existierenden Sicherheitskräfte (Nationalpolizei, Finanzpolizei und Nationalgarde), um sie in einer einzigen Sicherheitskraft unter ziviler Leitung zusammenzufassen, und bestand auf der Bestrafung von Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen. Die nachfolgenden Kommuniqués variieren bzw. konkretisieren lediglich die Punkte, die inhaltlich bereits im Wahlvorschlag vom Januar 1989 enthalten sind.

Seit Anfang April 1990 finden zwischen der FMLN und der ARENA-Regierung Gespräche unter Aufsicht und Vermittlung des UNO-Generalsekretärs Javier Pérez de Cuéllar statt. Nach zweitägigen, strikt geheimen Unterredungen in Genf unterzeichneten beide Seiten ein sieben Punkte umfassendes Dokument, in dem sie sich verpflichteten, »innerhalb der kürzest möglichen Frist das endgültige Ende des bewaffneten Kampfes zu erreichen, die Demokratisierung voranzutreiben und die vollständige Respektierung der Menschenrechte zu garantieren«. In Genf sagte die Regierung El Salvadors erstmals zu, den Krieg mittels politischer Übereinkommen unter UNO-Aufsicht zu beenden.

In Caracas konnten sich beide Seiten nach sechstägigen Geheimgesprächen (16.-21. Mai 1990) schließlich auf eine verbindliche Tagesordnung und auf einen groben Zeitplan für die nachfolgenden Gespräche einigen. Zunächst sollen Vereinbarungen bezüglich der umstrittenen Fragen (Streitkräfte, Menschenrechte, Justizwesen, Wahlsystem, Verfassungsreform, wirtschaftliche Probleme) erzielt werden. Ist dies erfolgreich abgeschlossen, will man die bewaffneten Auseinandersetzungen beenden, wobei sich die Streitkräfte verpflichten, die Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung einzustellen. Dann soll sich die FMLN ins zivile Leben reintegrieren. Die Unterredungen wurden vom 19.-26. Juni in Oaxtepec mit Punkt I der vereinbarten Agenda (»Streitkräfte«) fortgeführt. Obwohl der UNO-Vermittler Alvaro de Soto von »Fortschritten« sprach, konnte man sich nicht auf eine gemeinsame Abschlußerklärung einigen

Das zweite Beispiel: Guatemala

Im benachbarten Guatemala kämpft die »Revolutionäre Nationale Einheit Guatemalas« (URNG), eine der ältesten Guerillabewegungen Lateinamerikas. Ähnlich wie die FMLN El Salvadors erlebte sie

Ende der siebziger Jahre einen großen Aufschwung. Der Sieg schien in greifbarer Nähe. Die Militärs konnten jedoch die Aufständischen zurückdrängen, indem sie in den Jahren 1981-1984 das mehrheitlich von Indianern bewohnte Hochland mit beispiellosem Terror überzogen. 440 Dörfer wurden völlig ausradiert, 15.000 Menschen ermordet und eine Million Menschen in die Flucht getrieben. Die entwurzelte und durch den Terror traumatisierte Landbevölkerung pferchte die Armee in Wehrdörfern zusammen und ließ sie von Bürgerwehren (PAC) überwachen. Die Militärs liquidierten auch die städtische Massenbewegung. Die Guerilla, ihrer Massenbasis beraubt, mußte sich in abgelegene Gebirgs- und Urwaldregionen zurückziehen. 1986 übernahm der Christdemokrat Vinicio Cerezo die Präsidentschaft. Er sollte die nötigen Gelder für die von den Militärs konzipierte und beaufsichtigte Politik der »Sicherheit und Entwicklung« heranschaffen. Heute ist Cerezo am Ende, und die Christdemokratie hat abgewirtschaftet. Bei den im Herbst stattfindenden Wahlen wird auf jeden Fall ein Kandidat gewinnen, der rechts von der Christdemokratie steht.

Auch in Guatemala gelang es, ähnlich wie in El Salvador, die Massenbewegung neu aufzubauen. Das Anknüpfen an konkreten Bedürfnissen, Vermeiden von radikalen Parolen und breite Bündnispolitik ermöglichte 1988 die Gründung einer Aktionseinheit (UASP), die heute imstande ist, Zehntausende gegen das Regime zu mobilisieren. Die Guerilla konnte im vergangenen Jahr ihre Einkreisung durchbrechen, den Aktionsradius erheblich ausweiten und den Druck auf die Armee erhöhen. Der revolutionäre Prozeß in Guatemala hat Besonderheiten (hoher Anteil indianischer Bevölkerung, erfahrenes Militär in Sachen Konterrevolution, günstigere Geographie für die Guerilla etc.), die ihn von dem El Salvadors unterscheiden. Die URNG hat lediglich 3500 Kämpferinnen und Kämpfer, die Massenbewegung ist schwächer, und an einen Volksaufstand ist deshalb in einem absehbaren Zeitraum nicht zu denken. Aber das Wesen der politisch-militärischen Strategie beider Bewegungen ist ähnlich: die enge Verbindung von Guerillakampf, Massenaktionen und Verhandlungen.

Erst Ende März dieses Jahres durchbrach die URNG die Blockade der Regierung, die bis dahin nur mit den Aufständischen sprechen wollte, wenn diese die Waffen streckten. In Oslo unterzeichneten die URNG und die »Nationale Versöhnungskommission« (CNR), die ein Mandat von Regierung und Armee hatte, nach viertägiger Debatte eine Vereinbarung. Dort verpflichtete man sich, den »Frieden mit politischen Mitteln zu suchen«. Der UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar soll den weiteren Verhandlungsprozeß überwachen. Ende Mai fand in Madrid ein weiteres Gespräch statt, diesmal zwischen Guerilla und den politischen Parteien des Landes.

Internationale Rahmenbedingungen

Während sich die innenpolitische Kräftekonstellation aufgrund ihrer außerordentlich differenzierten Strategie deutlich zugunsten der Revolutionäre El Salvadors und Guatemalas verschoben hat, ist die internationale Lage für sie ungünstiger

denn je.

Der Niedergang des RgW bedeutet für die Länder der »3.Welt«, daß es bis auf weiteres keine reale wirtschaftliche Alternative zum kapitalistischen Weltmarkt mehr gibt. Die Ausrichtung des Außenhandels auf den RgW und das Aushandeln »politischer Preise« wird nicht mehr möglich sein. Dies konnten zwar auch bisher nur wenige Länder (u.a. Kuba) durchsetzen. Aber das sandinistische Nicaragua konnte, schwer angeschlagen, den US-Angriffen nur deswegen solange standhalten, weil es notwendige strategische Güter aus dem RgW bezog. Dies wird für jede theoretisch denkbare revolutionäre Regierung in Mittelamerika unmöglich sein. Auch Kuba muß sich künftig auf schwere Wirtschaftsprobleme einstellen, wenngleich es vor wenigen Wochen noch einmal günstige Verträge mit der Sowjetunion abschließen konnte. Die noch in der leeren Hülle RgW zusammengeschlossenen Länder, in zunehmenden Maße auch die UdSSR, verlangen jetzt Devisen für ihre Warenlieferungen. Devisensparende Kompensationsgeschäfte (Ware gegen Ware) entfallen.

Der wirtschaftliche Spielraum für die im Krieg zerstörten und vom Schuldenknebel erdrosselten Ökonomien Mittelamerikas ist mithin minimal und tendiert dahin, sich weiter zu verringern. Die Revolutionäre El Salvadors und Guatemalas, dasselbe gilt jetzt auch für die in der Opposition befindliche FSLN, sind also noch mehr als bereits die Sandinisten gezwungen, die Quadratur des Kreises zu bewerkstelligen. Sie müssen Wirtschaftsmodelle finden, die ihnen weder die totale US-Blockade noch den Boykott der nationalen Unternehmer bescheren. Dabei ist der politisch gewinnbare Verteilungsspielraum in El Salvador und Guatemala heute sogar noch geringer als für die Sandinisten im Jahre 1979. Für eine Agrarreform, das Herzstück einer massenorientierten Wirtschaftspolitik, muß das Land ultrareaktionären und gut organisierten Oligarchien abgerungen werden. Nach dem Zusammenbruch des »sozialistischen Weltsystems« und der Hinwendung der UdSSR zu kapitalistischen Handelsgepflogenheiten wird jede revolutionäre Regierung und Bewegung in der »3.Welt« in hohem Maße wirtschaftlich erpreßbar sein.

Infolge der Umbrüche in Osteuropa haben die Befreiungsbewegungen auch in politischer und militärischer Hinsicht wichtige »strategische Verbündete« verloren. Dies wirft für die Verteidigung jeder Revolution zusätzliche Probleme auf. Die von den Sandinisten bereits meisterhaft entfaltete Bündnispolitik dürfte das nachahmenswerte Vorbild für andere Befreiungsbewegungen werden. Die Länder der »3.Welt« und die Befreiungsbewegungen stehen den imperialistischen Staaten weitgehend auf sich allein gestellt gegenüber. Nach dem US-Einmarsch in Panama, der verstärkten Interventionspolitik unter dem Deckmantel der Drogenbekämpfung und nach der Wahlniederlage der Sandinisten hat der Druck auf die Befreiungsbewegungen Mittelamerikas weiter zugenommen. Dies verengt deren politische Spielräume und erhöht den Zwang zu Kompromissen. Das würde sogar dann gelten, wenn es der FMLN oder der URNG wider Erwarten gelingen sollte, einen erfolgreichen Volksaufstand zu initiieren.

Das revolutionäre Projekt in Mittelamerika »Es geht nicht darum, daß die Revolutionen Zugeständnisse machen, sondern um die Frage, ob ihnen die Realität erlaubt, ihre Programme zu realisieren«, schrieb Joaquin Villalobos im bereits zitierten Artikel. Villalobos weiter: »Die Flexibilität und Offenheit der Revolution ist keine auferlegte Konzession, sondern der klarste Ausdruck des demokratischen Charakters der revolutionären Veränderungen. Diese können und müssen durch solide verankerte Kräfte verteidigt werden. Darüberhinaus ist ein demokratisches Programm nötig, das flexibel ist und breite Bevölkerungsteile im Land selbst repräsentiert sowie außenpolitischen Realitäten Rechnung trägt.« Dieses revolutionäre Modell erkennt die Existenz von unterschiedlichen Interessen und deren Repräsentanz durch Parteien an. »In der offenen Debatte und politischen Konfrontation« müsse sich die Revolution immer wieder neu »nicht nur als gerechtfertigt, sondern auch als notwendig und möglich« erweisen. Ich zitiere Joaquin Villalobos, weil seine Vorstellungen gut ausformuliert und nachlesbar sind. Andere führende Persönlichkeiten der FMLN wie Leonel Gonzlez (FPL), der bereits genannte Facundo Guardado (FPL) oder auch Ana Guadelupe Martinez (ERP) vertreten in vielen Interviews inhaltlich nahezu identische Positionen. Eine »linke Kritik« dieser Politik innerhalb der FMLN ist mir nicht bekannt. Auch die Politik der Sandinisten basiert auf einer ähnlichen Logik, und die Vorschläge der URNG Guatemalas haben im Prinzip denselben Inhalt.

Die mittelamerikanischen Befreiungsbewegungen haben sich bisher durch ihre Fähigkeit ausgezeichnet, die Interessen der Bevölkerungsmehrheiten politisch-praktisch – und nicht nur dem Anspruch nach – zu bündeln. Diese enge Anbindung an die Unterdrückten und Ausgebeuteten ermöglichte ihnen, der brutalen militärischen Verfolgung zu trotzen und teils sogar gestärkt daraus hervorzugehen. Dazu kommt ihr hohes Maß an politischem Realismus.

In der gegenwärtigen, für die revolutionäre Linke sehr ungünstigen Gesamtlage haben sie keine andere Wahl als zu versuchen, das Unmögliche möglich zu machen. Weitgehend auf sich allein gestellt, kämpfen sie gegen Oligarchien, Armeen und deren imperialistische Verbündete für eine wirkliche Demokratie und die soziale Besserstellung der Bevölkerungsmehrheit.

Konkret 08/90, S. 31

Wolfgang Pohrt

Der Weg zur inneren Einheit IV

In Anlehnung an die Arbeit »The Authoritarian Personality«, in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge zwischen Charakterstrukturen und der Empfänglichkeit für faschistische untersucht hatten, erstellt Wolfgang Pohrt für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« eine Studie über den »autoritätsgebundenen Charakter BRD 1990«, die KONKRET als work in progress dokumentiert.(siehe KONKRET 5-7/90). Im Rahmen dieser Studie, deren Ziel es ist, die Chancen für einen neuen Faschismus als Gemütsbewegung in Deutschland zu sondieren, bat Pohrt auch Gespräche mit politisch aktiven Rechtsradikalen geführt, um zu ermitteln, »wohin das gängige Alltagsbewußtsein kraft eigener Immanenz fortschreiten kann«. KONKRET veröffentlicht diese Gespräche in diesem Heft und den beiden folgenden. Aussagen, die Rückschlüsse auf die Person der Interviewten ermöglichen, wurden von Pohrt anonymisiert

Gespräche mit den Herren ABC

Das Ziel der Studie war, die Chancen für einen neuen Faschismus als massenhafte Gemütsbewegung zu sondieren. Enthüllungsgeschichten über Parteiinterna sind daher nicht intendiert, und was ein REP nur dem anderen REP und sonst keinem sagen mag, soll weder erhoben werden, noch interessieren. Denn nicht als gegen den Rest der Bevölkerung abgeschottete und von ihm himmelweit verschiedene Geheimbündler, Verschwörer, Konspirateure stellen die Faschistoiden einen politischen Faktor dar, sondern ernst zu nehmen sind sie nur dann, wenn sie für ihre Parolen erfolgreich öffentlich werben können, weil diese Parolen zugespitzter formulieren, was längst ein etablierter Bestandteil der öffentlichen Meinung ist.

Natürlich wurde trotzdem mit Aktiven aus der rechten Szene gesprochen. Nicht freilich, um sie auszuhorchen, sondern sie sollten sagen dürfen, was sie sagen würden, wenn sie in der Talk-Show reden dürften. Mit Absicht wurden allerdings als Gesprächspartner Personen gewählt, die nicht zum Klischee vom Rechtsradikalen als dem abstiegsgefährdeten Unterschichtler passen, der über sich selber erzählt, was der Sozialarbeiter in der Zeitung über ihn geschrieben hat: Weil's ihm so dreckig geht – Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, etc. – mag er die Ausländer nicht und haßt außerdem die da Oben. Interviewt wurden vielmehr Personen, die sich auf die allerbilligste Weise nicht herausreden konnten und die deshalb auch eher verraten können, was tatsächlich in den Köpfen von Unterschichtlern vorgeht, wenn sie eine Besserung ihrer Lage von der faschistoiden Rechten erwarten.

Ermitteln sollte die Gesprächsrunde also welche Ideen und Ideenkombinationen in Köpfen politisch aktiver Rechter kursieren, und einige Ergebnisse lassen sich sogar festhalten:

1. Unter den Hauptfeinden Deutschlands spielt im Frühjahr 1990 Polen eine Favoritenrolle. Die Gespräche mit den Aktiven bestätigen eindrucksvoll, was man freilich schon der Zeitungslektüre entnehmen konnte: Kleinere und größere Berichte über polnische Schwarzhändler, Schmuggler und Schmutzfinken füllen seit der Berliner Polenmarkt-Affäre regelmäßig alle Blätter. Wenn Augstein im »Spiegel« auf polnischen Antisemitismus und Chauvinismus in der Vergangenheit verweist, ist das die etwas verkümmerte Variante einer Argumentationsfigur, wie man sie voll entwickelt bei den Rechtsradikalen findet.

2. Nichts liegt den Interviewten weniger am Herzen als die Wiedervereinigung, nach der sich angeblich alle so sehnten. Umso größer wird daher der Ärger sein, wenn das Ding, welches man eigentlich gar nicht haben wollte, am Ende auch noch gutes Geld kostet.

3. Überhaupt waren alle Versuche erfolglos, den Interviewten irgendeine Art nationaler Begeisterung zu entlocken. Fast schon Mitleid hätte man bekommen können mit einem Land, einer Sprache und einer Bevölkerung, die so absolut nicht gemocht werden.

4. Alle Interviewten waren Radikal-Ökologen in dem Sinne, daß sie die vermeintliche Übervölkerung der Welt als ihr größtes Problem und die vermeintlich menschenleeren Ostgebiete als große Chance betrachten.

Alle Gespräche werden – unter Auslassung oder Modifikation persönlicher Angaben selbstverständlich – weitgehend im Wortlaut dokumentiert, weil das Herausfischen der Highlights, besonders skandalöser Sätze also, die Gedankengänge unterschlagen würde, die dazu führten. Es handelt sich dabei meist um Gedankengänge, wie sie in der BRD heute üblich sind und weder anstößig noch kritisierenswert wirken würden, wenn man ihnen nur die Spitze abbräche. Bezweckt ist mit der Dokumentation der Gespräche also nicht, ein weiteres Mal die Faschistoiden als Uniken und Monster darzustellen, sondern gezeigt werden soll, wohin das gängige Alltagsbewußtsein kraft eigener Immanenz fortschreiten kann.

Zwei von fünf müssen sterben

Gespräch mit Herrn A.

Herr A. ist promovierter Naturwissenschaftler, er ist bei einer großen Firma beschäftigt, er wohnt in einer teuren Gegend, und er wurde ins Parlament einer Gebietskörperschaft gewählt. Er gehört offenbar zum in der BRD weit verbreiteten Typ, welcher sich verhält, als wäre er dauernd vor seinem Privatleben auf der Flucht. Kaum hat er den Brief mit dem Fragenbogen und der Bitte um ein Gespräch erhalten, da ruft er an einem Sonntagnachmittag auch schon an und schlägt vor, daß man sich doch am besten gleich in einem Café treffen solle.

Den Fragebogen habe er zwar nicht ausgefüllt, und er werde dies auch nicht tun, aber zu einem Gespräch sei er gern bereit. Der Fragebogen sei zu einseitig, und vermutlich werde er in einer Untersuchung verwendet, die wieder die Republikaner aufs Korn nehme, etwa Claus Leggewie, die Repse, Teil II. Der Ton dieser Bemerkungen, die Bescheidwissen signalisieren sollen, ist nicht etwa vorwurfsvoll oder bitter, sondern eher kumpelhaft-kokett, etwa so, wie ein Schlingel mit dem anderen spricht. Man verabredet sich für einen späteren Termin, Treffpunkt ist ein Café. Wie man sich denn erkennen würde? Herr A. sagt: »Ich bin **oben ohne,** Haare habe ich eher auf den Zähnen«, womit Herr A. auf seine Glatze anspielt. Die Stimme ist gewinnend, der Ton ist freundlich bis charmant, und immer gibt es diese anzüglichen kleinen Witzchen, wie man sie so gehäuft wohl nur in Deutschland findet.

Im Café wird Herr A. um die Erlaubnis gebeten, daß das Gespräch aufgezeichnet werden darf: Keine Probleme, sein Telefon werde vermutlich ohnehin abgehört. Es stellt sich im Verlauf des Gesprächs sogar her

aus, daß das mitlaufende Band und die beiden Mikrophone für Herrn A. ein Ansporn sind.

Welches waren die Gründe für Ihr politisches Engagement?

Im Grunde genommen eine Protesthaltung. Vielleicht kurz zum Lebenslauf: Ich bin in Polen geboren worden, kurz vor Kriegsausbruch, kam als kleines Kind 1945 nach Deutschland, ins zerstörte und zertrümmerte Deutschland, und lebte dort mit meinen Eltern, in der späteren DDR. Und nach der Schulzeit kam ich dann in den Westen, Mitte der 50er Jahre, und habe dann hier studiert, was ich drüben nicht konnte – die Sache mit der Meinungsfreiheit wurde damals ziemlich differenziert gesehen.

Hier im Westen war ich zunächst als Studierender parteilos, auch wenig interessiert, muß ich sagen. Als Jugendlicher, da schauen Sie den Mädchen nach, und dann hier die Neue Welt – das amerikanische Deutschland letzten Endes. Und wenn Sie dann eine Weile da sind, dann nehmen Sie an Wahlen teil, und zu Anfang habe ich CDU gewählt – der Gedanke der Partnerschaft mit Frankreich, Freundschaft mit Amerika, auch die Eindämmung der Sowjetunion in den 50er und den 60er Jahren.

Die Partnerschaft mit Frankreich, die Freundschaft mit Amerika – das hat Ihnen damals also imponiert, das hat Ihnen gefallen? Heute sehen die Republikaner das etwas anders.

Damals gefiel mir das. Aber wenn Sie eine Weile im Westen sind, dann sehen Sie nicht nur die Lichtseiten, die man von drüben her sieht. Praktisch ist das so: Man sitzt in einem Keller und schaut auf die besonnte Straße hinaus. Im Keller ist es dunkel, und die Straße ist beleuchtet von der Sonne, die Alleebäume werfen Schatten, und die ganze Straße sieht aus wie ein Paradies. Jetzt ist man eine Weile auf dieser Straße und sieht dann doch den Staub, und auch den Sonnenglast und den Dunst und die brütende Hitze. Wenn man drinne ist, sieht es also ein bißchen anders aus, immer noch besonnt, und das Kellerverlies sieht aus wie ein schwarzes Loch von außen, obwohl der Unterschied so kraß nicht ist Jedenfalls sehen Sie mit der Zeit Schattenseiten.

Was für mich Schattenseiten waren: Zunächst mal Sachen, wo man sich nur ans Hirn greifen würde als normaler Zeitungsleser, als Jugendlicher auch, z.B. Haustürgeschäfte – Haustürgeschäfte, wo man sich dann von einem zungenfertigen Vertriebsmann über den Tisch gezogen sieht und nachher im Besitz einer Encyklopedia Britannica ist, 22 Bände, Stückpreis pro Band 200 Mark, ohne daß man von der englischen Sprache mehr als die Grundlagen verstünde. Von der SPD-Opposition hieß es damals, der Staat müsse dem einfachen Bürger einen Schutz bieten, während von Regierungsseite gesagt wurde, das gehöre eben zur persönlichen Verantwortung. Das war eine Sache, die ich nicht einsehe, weil es den mündigen Bürger in dem Sinne nicht gibt. So wie man selber ist der Rest der Menschheit, und man ist eben nicht immer auf Zack, sonst gäbe es keinen Taschendiebstahl, keinen Betrug, Heiratsschwindel, Einbrüche – was man nehmen möchte.

Aber man könnte doch sagen, die Haustürgeschäfte gehörten nun mal zur Gewerbefreiheit. Und es hat Sie niemand gezwungen, also müßten Sie sich selber den Vorwurf machen.

Das war die Regierungsparole, ich konnte das auf den Tod nicht leiden. Nicht alle sind nämlich mündige Mitbürger, sondern im Gegenteil: Wir müssen ausgehen von einer geringen Aufmerksamkeit, und selber ist man ja auch in der Lage, daß man sich übers Ohr gehauen sieht. Und solche kleinen Dinge stießen mir damals doch erheblich auf – auch solche kleinen Dinge. Hinzu kam, daß dann die CDU zufällig damals nicht mehr solche Führungspersönlichkeiten hatte, wie Adenauer das von der DDR aus gesehen war. Es ging damals mit der CDU schrittweise bergab, da wurde nochmal der

Wirtschaftsminister Erhardt aus dem Verlies gezogen, dann der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Kiesinger.

Auf der Gegenseite aber war Willi Brandt, später Helmut Schmidt, vorher noch Erler – und da haben Sie einfach den Eindruck, da ist mehr Zack dahinter, das spricht junge Menschen mehr an. Und dann bin ich damals – immer noch als Parteiloser – SPD-Anhänger geworden. Als die SPD aber an der Macht war, zeigten sich sehr bald ihre Schwächen, vor allem die massive Einwanderungspolitik. Die Einwanderungspolitik hatte unter der CDU begonnen – angeblich würden wir so viele Arbeitskräfte brauchen, die bösen Deutschen wären zu faul, den Mülleimer wegzuschleppen, und man müsse in massivem Umfang Arbeitskräfte holen.

letzt waren sie also da, ein Millionenheer. Es kommt der Regierungswechsel, und was macht die SPD? Sie macht Familiennachzug. Und da wurden aus 1,5 Millionen Arbeitnehmern 5 Millionen mit Familie, mit einer gefährlichen Entwicklung für Deutschland. Nehmen wir ein Beispiel aus der Botanik: **Da haben wir ein Tulpenbeet – das deutsche Volk – , und da streuen wir dann Wildkräuter aus. Dann wird noch schön gedüngt, und nach einiger Zeit ist von den Tulpen nichts mehr zu sehen, da wächst dann eben Vogelmiere, alles was man sich wünschen kann – nur eben das ursprüngliche deutsche Volk ist untergepflügt.** Jetzt könnte man sagen: Ist doch egal, wer hier wohnt, Türken oder Deutsche, das habe ich mir zum Beispiel von der SPD in Ludwigsburg sagen lassen müssen. Es ist doch Wurst, was haben Sie gegen die Türken. Es ist eine Art, ja – und das ist schon subjektiv gesagt – eine Art **Allergie**, die man kriegen kann mit der Zeit. Und zwar gerade dann, wenn Sie festgestellt haben, daß man ein Gebiet, welches man als Heimat betrachtet, verlieren kann, zum Beispiel als Vertriebener.

Sie kommen doch aus Polen. Haben Sie dort noch Polnisch gesprochen?

Ich war noch zu klein gewesen, aber meine Eltern zum Beispiel waren durchaus zweisprachig, untereinander sprachen sie zwar Deutsch, aber mein Vater war Arzt, und als Arzt müssen Sie mit dem Patienten in seiner Sprache sprechen.

Man könnte doch sagen, daß Sie aus einem Gebiet kamen, wo die Deutschen in der gleichen Lage waren, in welcher heute die türkischen Einwanderer hier sind. Es gab doch dort zwei Volksgruppen...

...drei, drei Gruppen, die Semiten, Juden ...

Gut, dann drei. Also in einem Gebiet mit drei Volksgruppen haben Ihre Eltern gelebt, Sie kommen von dort, warum könnte das kein Beispiel für die Bundesrepublik sein?

Weil die Integration dort gescheitert ist. **Die Judenvernichtung hat nur klappen können durch den Antisemitismus der Polen.** Wer das nicht glaubt – Sebastian Haffner schreibt darüber, ich denke in seinem Buch 'Das Ende des Reiches'. Die Judenvernichtung konnte nur in Polen durchgeführt werden, einem traditionell antisemitischen Land. **Und ds das deutsche Reich zertrümmert war, hat man sich dann der Deutschen auch entledigt.** Das heißt: Eine Integration fand nicht statt. Im Gegenteil – die Völker, die wollen nicht in einem Mischbrei leben, die wollen ihre Identität behalten. Das erleben wir heute, in diesen Jahren, immer stärker, in ganz unterschiedlichen Ländern der Welt.

Aber wenn Sie an Amerika denken – das Land hat Sie früher fasziniert, wie Sie selber gesagt haben. Nun ist Amerika doch eine Nation, die daraus entstand, daß Menschen aus ganz verschiedenen Ländern zugewandert sind, und das Resultat war eine sehr erfolgreiche Nation, oder würden Sie das heute anders sehen?

Wenn wir Amerika heute betrachten, dann verliert es seine Vorbildfunktion. Wir sehen die Rassenprobleme, ich zumindest sehe sie. Wir sehen die Probleme der Südstaaten, wo die Weißen sich verwahren gegen immer mehr Neger auf ihrem Territorium. **Und wir erleben das explosionsartige Wachstum der nichtweißen Bevölkerung.** Amerika hat heute mehr Chinesen, Hongkong-Chinesen, Japaner und Koreaner als früher. Die ursprünglichen Bewohner Mittelafrikas, die Neger, die vermehren sich eben so, daß eine weiße Bevölkerung nach kurzer Zeit in die Minderheit gerät. Und es kann nicht unser Ziel sein, uns für Deutschland eine solche Zukunft vorzustellen.

Die Einwanderungspolitik war also der Grund, weshalb Sie von der SPD enttäuscht waren. Haben Sie dann gleich Anschluß an national eingestellte Gruppen gesucht?

Eigentlich nicht direkt, als einzelner Zeitgenosse im Westen sind Sie ja stark vereinzelt. Ich war eben ohne Kontakt zu anderen, die eine ausgeprägte politische Gesinnung gehabt hätten. In meiner Altersgruppe nämlich, um die 50, würden sehr viele sich als liberal bezeichnen. Ich sehe das im Kollegenkreis, ich sehe das im Bekanntenkreis, auch in der Familie, in der entfernteren Familie, auch wenn ich mit Menschen spreche. **Die laufen nicht mit Scheuklappen herum und mit der Parole 'national nach vorn', sondern sie sind, wie sie selbst es sehen, weltoffen. Wie ich sagen würde: Sie sehen die Gefahr nicht.**

Und das ist eigentlich ganz klar. **Nämlich wer merkt in einem Kino den Brand als erster? Derjenige, der schon einmal bei einem Brand fast zum Opfer wur**de. Der springt auf und schreit 'Feuer'. Zu einem Zeitpunkt, wo andere das leise Knistern, das bißchen Rauch noch gar nicht registrieren, ist er mit allen Sinneshaaren darauf eingestellt, wie wenn Sie auf den richtigen Knopf drücken.

Sie wollen damit sagen, daß Sie besonders empfindlich geworden sind. Wodurch?

Zum Teil durch den Verlust des Heimatgebietes.

Aber Sie sagen selbst, daß Sie zu klein waren, um dort, wo Sie herkamen, noch Polnisch lernen zu können. Sie sind also schon sehr früh in die DDR gekommen. Würden Sie trotzdem Ihren Geburtsort in Polen als Ihre Heimat bezeichnen?

Eigentlich nicht. **Ich habe letzten Endes keine Heimat. Und das bißchen Deutschland, was wir hier im Westen haben, genau das wird uns auch noch streitig gemacht.** Polen hat nach dem Krieg große Gebiete traditionell deutschen Landes gekriegt, mit Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung, also Schlesien und dergleichen. Und jetzt hören wir von Polen nicht nur: Alle Grenzen in Europa sollen fallen, bis auf eine, die Westgrenze Polens nämlich, die soll turmhoch werden. Zum zweiten werden Reparationsforderungen erhoben, möglichst natürlich Schuldenerlaß. Und außerdem erleben wir, daß Bürger aus Polen in rauhen Mengen in die Bundesrepublik kommen. D.h. die Polen wollen uns den Rest unseres Gebiets auch noch streitig machen. **Auf dem Tulpenbeet ist aber nur für eine bestimmte Menge Pflanzen Platz.**

Aber bei den Aussiedlern aus Polen handelt es sich doch um Personen, die heute in der gleichen Lage sind, in der Ihre Eltern damals waren.

Ich dachte im Moment an Asylbewerber. Wenn es den Rahmen des Interviews nicht sprengt: Als Polen 1939 besetzt wurde, gab es die sogenannte Volksliste, d.h. jeder Bürger mußte einen neuen Ausweis annehmen. Es gab die Möglichkeit für Deutsche, die dem Volkstum nach Deutsche waren, sich in die blaue Volksliste eintragen zu lassen – als Kinder von Einwanderern oder sogar als Enkel von Einwanderern, **aber von vier deutschen Einwanderern, nicht etwa, daß die Großmutter einen deutschen Ziegenbock gehabt oder mit einem deutschen Schäferhund geschäkert hatte**. Diese blaue Volksliste war für Deutsche, die sich dem Deutschtum zugehörig fühlten, ohne Deutsche werden zu wollen. Man konnte als Deutschstämmiger allerdings auch den polnischen Ausweis annehmen, und dann gab es noch die rote Reichsliste für Personen, die sich nicht nur dem deutschen Volk, sondern auch dem NS-Staat verbunden fühlten.

Die Besitzer der blauen Volksliste haben 1945 alle Polen verlassen. Im Lokalblatt las man neulich: Es ist möglich, ohne einen Tropfen Blutes deutscher Einwanderer in sich zu haben, Deutscher zu werden. Das geht so: Eine Polin hat einen Deutschen geheiratet. Dadurch wird sie deutsch, ihre Kinder aus erster Ehe werden auch deutsch. Jetzt läßt sie sich wieder scheiden, oder der Mann ist gestorben. Dann lernt sie einen Polen kennen, der heiratet sie, wird dadurch auch deutsch, **und so geht das dann rum wie eine Aids-Infektion**.

Sie würden also sagen, daß die Zugehörigkeit zum deutschen Volk wesentlich durch Abstammung bestimmt ist. Es gibt andere Vorstellungen, in Frankreich zum Beispiel würde man sagen, daß ein Franzose derjenige ist, welcher in der französischen Kultur aufwuchs, die französische Sprache spricht und die französische Staatsbürgerschaft besitzt. Sie würden diese Auffassung nicht teilen?

Vom Gefühl her nicht, obwohl das die Auffassung des Grundgesetzes ist. Wenn eine Schwalbe im Löwenkäfig ein Nest baut, sind ihre Kinder doch keine Löwen.

Sie sprechen von verschiedenen Tiergattungen oder Arten, während man die Menschheit normalerweise als eine Gattung oder Art betrachtet. Aber das ist eigentlich nur wieder das Bild vom Tulpenfeld, wo keine anderen Pflanzen wachsen sollen. Das hat Sie also dazu gebracht, sich zu engagieren. Wurden Sie dann bei den Republikanern aktiv?

Nein, schon vorher. Zuerst habe ich Leserbriefe geschrieben und zwar zu allgemeinen Themen. Wissen Sie: eben Protest. Wie heißt es doch bei Heinrich Heine: Und es rissen mir die Knöpfe an der Hose der Geduld. Wem das Herz voll ist, dem geht der Mund über, und dann greifen Sie zur Feder oder zur Schreibmaschine. Und die Briefe wurden auch damals relativ breit abgedruckt.

Auf welche Themen bezogen sich Ihre Leserbriefe meistens?

Zum Teil auch auf Überfremdung, das muß ich ehrlich sagen, zum Teil auch Verkehrsberuhigung, zum Teil Flughafenausbau. Also sowohl kommunale Themen wie Themen, die mich selber betreffen. Zum Teil auch Themen, die gerade in der öffentlichen Diskussion waren, z.B. der Vietnamkrieg, nach der Devise 'Bürger runter vom Balkon, unterstützt den Vietkong'.

Fanden Sie den Protest gegen den Vietnamkrieg richtig?

Ich fand ihn als Protest richtig in dem Sinne, daß das vietnamesische Volk über sich selbst bestimmen soll: Invasoren raus. Die Amerikaner haben angeblich in Vietnam unsere Freiheit verteidigt, aber darüber hat sogar mein Vater, der damals noch lebte, gelacht. Und im Grunde genommen hat ja diese Feindhaltung zur Sowjetunion Deutschland nicht weitergebracht. Im Gegenteil, wir können froh sein, daß sich das so entwickelt hat mit Gorbatschow, es hätte auch in eine ganze andere Richtung gehen können.

Nehmen Sie Rußland mal als Bär, dann stehen deutsche Politiker wie kleine Jungs vor dem Käfig, haben ein Stöckchen mit einer Spitze und sticheln. Und was macht der Bär? Er nimmt auch mal seine Tatze und haut zu. Ja, sagen sie dann, aber wir

haben ihn doch nur gestichelt. Was ich damit sagen will: Es hätte schief gehen können. Zum Glück haben wir heute die Raketenrüstung nicht mehr, diese Kurzstreckenraketen, diese Mittelstreckenraketen, die damals für teures Geld aufgestellt wurden, aber das ist ein Zufall, es hätte ganz anders ausgehen könne.

Also mit den Zielen der Friedensbewegung haben Sie sympathisiert?

Mit der Abrüstung auf jeden Fall. Wir wollen doch nicht mit einer Siegermacht des zweiten Weltkrieges auf einem anderen Fuß stehen als auf dem allerbesten. Das ist auch eine patriotische Haltung. Nämlich der Schutz des eigenen Volkes muß nicht nur den Bürgerkrieg abwenden, sondern auch den thermonuklearen Raketenbeschuß. Und wenn Amerika seine **Giftgaslager** auf deutschem Boden hat und seine thermonuklearen Waffen hier stationiert sind, und wenn es dann mal probehalber rüberschießen könnte, ohne daß es vom amerikanischen Festland ausgeht ist das eine schlimme Sache. Meine Haltung wäre also keine CDU-Haltung gewesen, vielleicht auch nicht ganz die Haltung der Friedensbewegung, die zu sehr auf einseitiger Abrüstung bestanden hat.

Damals wurde ich angeschrieben von einer kleineren Gruppe von Leuten. Die hatten so eine Bürgerinitiative gegen Überfremdung gegründet gehabt – BUZ, 'Bürgerinitiative Unsere Zukunft'.

Gegen Überfremdung ganz allgemein, oder gab es ein bestimmtes Ziel, etwa das Ziel, eine Asylantenunterkunft zu verhindern?

Allgemein, auch gegen Türken. **Im Grunde genommen ist, je fremdländischer jemand aussieht, desto stärker die Chance, daß im anderen Menschen sich eine Abwehrhaltung aufbaut**. Nämlich letzten Endes der Ausländer, der aussieht wie wir, der verschwimmt, den können Sie gar nicht als Ausländer identifizieren. Man hat dann gar nicht die Allergie, die sich sonst ausbildet. Allergie richtet sich gegen Fremdstoffe. Sie kennen vielleicht den Ausdruck Soziobiologie – da wird versucht, die Verhaltensweisen, die in vielen Lebewesen, nicht nur im Menschen, angelegt sind, auf Menschen zu übertragen und auch Grenzen zu erkennen, die Beißhemmung und sowas, verschiedene Sachen.

Aber die Deutschen sind doch eine sehr inhomogene Bevölkerung, im Unterschied beispielsweise zu den Iren oder den Schweden. Wer aus Südbaden kommt, spricht meist nicht nur ganz anders wie einer aus Ostfriesland, sondern er sieht auch anders aus – Sie können den Körperbau oder die Haarfarbe nehmen. Gibt es da also keine Probleme, sich auf Grund äußerlich feststellbarer Gleichartigkeit als ein Volk fühlen zu wollen? Ist das nicht gerade bei den Deutschen ein bißchen schwierig?

Ganz klar, wir sind einer Meinung. Das hat mir zum Beispiel auch eine Kollegin erzählt – ich arbeite in einer größeren elektrotechnischen Firma. Diese Kollegin war promovierte Physikerin und kam aus Madagaskar – eine hellhäutige Negerin. Die meinte auch, im Grunde genommen seien die Deutschen ein solches Mischvolk, wie es nur im Buche steht. Bei ihr zu Hause sieht der Stamm eben aus wie ein Stamm, und der Nachbarstamm sieht wie der Nachbarstamm aus, die Bergbewohner mehr hellhäutig, und bei denen, die in den Sümpfen leben, dann mehr finstere Gestalten. Und das Gleiche beobachten wir in Indien oder in Japan. Wir können sagen: Das ist ein Japaner, aber wir können in Deutschland nicht direkt sagen: Das ist ein Deutscher.

Die richtige Haltung dazu wäre: die rutschende Ladung noch festzuhalten.

Also Sie meinen: Gerade deshalb, weil die Deutschen sowieso schon ein so inhomogenes Volk sind, müßte man zusätzliche Inhomogenität verhindern?

Das wäre mein Empfinden. Die andere Haltung wäre natürlich: Na ja, laß rutschen dahin, bringt uns keinen Gewinn, wir machen so eine Allerweltsmischung – und verlieren dabei unseren Rest an Identität. Sie schauen in den Spiegel – und er bleibt leer.

Gut, jetzt kann man sagen, wir gehen auf in dem Bevölkerungsbrei, aber es bringt uns keinen Segen. Da habe ich letztens ein Buch gelesen mit dem Titel 'Ethnisches Amerika', 'Ethnic America'. Im Amerikahaus liegt es aus, es handelt von den einzelnen Gruppen, nach ihrer Volkszugehörigkeit sortiert – Semiten, Italiener, Neger, Hongkong-Chinesen, wo sie herstammen und wie sie sind – und geschrieben wurde das Buch von einem Neger. Er schreibt auch über die deutschen Einwanderer, und zwar mit Mitgefühl. **Zunächst, als ich das las, dieses Kapitel über Deutschland und Deutsche, da war ich eher entrüstet: Also was heißt hier Mitgefühl, wo bleibt da die Selbstachtung, sind wir soweit, daß ein Neger mit uns Mitgefühl haben muß?**

Er sagt, letzten Endes habe es sich für die Deutschen nicht gelohnt. Obwohl ihr Beitrag zum kulturellen Amerika, und zwar zur amerikanischen Zivilisation, so groß ist, daß Amerika ohne sie, ohne den deutschen Beitrag, nicht mit den heute existierenden USA zu vergleichen wäre hinsichtlich seiner Machtentfaltung und seiner Größe, hat es sich für die Deutschen nicht rentiert. In der **Einkommensstatistik** liegen die Deutschen genau in der Mitte zwischen den Semiten auf der einen Seite und den Exilkubanern auf der anderen Seite – trotz ihres Beitrags. Und wenn wir amerikanische Filme sehen...

Warum beziehen Sie sich beim Einkommensvergleich auf Semiten? Die hinsichtlich Einkommen führende Schicht sind doch die WASPs (white anglo-saxon) von der Ostküste.

Der Autor hat über den semitischen Bevölkerungsanteil geschrieben: **They earn like WASPs, they vote – bei Wahlen und Abstimmungen – like Puertoricans**. Er hat auch begründet, warum das bei denen so ist, hauptsächlich wegen der Berufe – Rechtsanwälte z.B., wissen Sie, da bleibt dann immer so einiges Geld hängen, und dann auch Film und Fernsehen, Metro Goldwyn, verschiedene Sachen, Zeitungsmagnaten, und das schlägt dann auf die Bevölkerung scheinbar durch.

Bei der deutschen Bevölkerung ist das nicht der Fall. Ich sehe das manchmal in normalen amerikanischen Spielfilmen, und ich könnte mir vorstellen, daß mancher Bundesbürger das gar nicht mitkriegt: Der fette, schmerbäuchige Hausmeister, blond wie 'n Schweinchen, sieht aus wie Gert Fröbe und kriegt 'nen Bauchschuß vom nächstbesten italienischen Gangster verpaßt und windet sich und versteht die Welt nicht mehr und läuft nur in Pantoffeln herum und strampelt mit den Füßen. Er wird überfahren, er ist manchmal auch der Bulle, der Feiste mit seinem achteckigen Käppi im Auto, und der wird vom zungenfertigen, schlagfertigen und drahtigen, gutaussehenden Hecht italienisch-spanischer Abstammung einfach an die Wand gedrückt.

Woraus schließen Sie, daß die unsympathischen Figuren im amerikanischen Film immer deutscher Herkunft sind?

Ich empfinde es so. Die anderen sind zum Beispiel eindeutiger, beispielsweise magere Typen mit asketischem Gesicht und dunkler Hautfarbe – das wären italienische oder spanische Einwanderer. Die sehen dann eben nicht wie Gert Fröbe aus, aschblondes Haar und Schmerbauch, von der Sonne gerötetes Gesicht, aufgedunsen.

Aber in den USA leben doch Leute sehr verschiedener Herkunft, und wenn sie aus Polen oder der Sowjetunion kommen, neigen sie vielleicht auch zu Leibesfülle und sind blond.

Aber die Deutschen haben finanziell keinen Erfolg gehabt, die Auswanderung in die USA hat ihnen keinen Segen gebracht. Im Gegenteil, sie wurden verheizt auf den Schlachtfeldern der Welt.

Doch nicht mehr als andere Amerikaner oder?

Gute Frage. Ich nehme es an, aber ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß Japaner im zweiten Weltkrieg interniert wurden, d.h. sie kamen nicht auf den europäischen Kriegsschauplatz. Denen wurde eben unterstellt, sich würden sich, wenn überhaupt, dann doch für ihre Heimat einsetzen und wären deshalb für die US-Armee unsichere Kantonisten.

Die Amerikaner deutscher Herkunft wurden demgegenüber doch als normale Amerikaner betrachtet, die Herkunft hat später gar nicht mehr interessiert.

Ja, die Bomberbesatzungen für Dresden, das waren dann zum Beispiel Deutsche, nicht nur, aber auch.

Bei den Republikanern hat man als Außenstehender den Eindruck, daß es ein starkes Niveaugefälle gibt zwischen der Führung und den gewöhnlichen Mitgliedern oder Anhängern. Die einen sind relativ weltläufig und gebildet, beiden anderen ist das eher nicht so. Sehen Sie darin ein Problem?

Wissen Sie, das Schöne an solchen Interviews ist, daß man dabei manchmal den blinden Fleck im eigenen Auge entdeckt. Das stimmt teilweise, **und das heißt auch, daß unsere Anhängerschaft politisch eher harmlos ist. Sie jubeln jemandem zu, der es mal versteht, die Dinge ein bißchen auf den Punkt zu bringen, wie Franz Schönhuber zum Beispiel, sie freuen sich, wenn der politische Gegner stinkig und madig gemacht wird, es ist mehr diese Volksfestatmosphäre** – möglichst Blaskapelle und auf den Putz gehauen, Franz Joseph Strauß selig läßt grüßen.

Im Grunde genommen sind viele unserer Anhänger nicht verbiestert, sondern die haben einfach Spaß an der Sache, und sie sind politisch an Einzelfragen gar nicht so sehr interessiert. Sie meinen eher: Die Regierung macht mit uns sowieso, was sie will, der sollte man mal einen Denkzettel geben. Und diese Wähler leben dann in Erwartung einer Wahl bereits in der Vorfreude, und deshalb auch manchmal der starke Unterschied zwischen Meinungsumfragen und Ergebnissen. Was werden Sie wählen? Ja, vielleicht Grüne diesmal, oder FDP, sagt der, und im Hinterkopf sagt der gleiche Mann: Hahaha, wenn der wüßte. Der weiß, welche Partei auf der Speisekarte diejenige ist, welche die da Oben am meisten ärgert, und über welches Ergebnis sich Presse, Funk und Fernsehen am meisten aufregen würden. Er wählt also REP, nicht weil er in der Wolle braungefärbt ist, oder weil er von einem Groß-Israel nichts hält, sondern mehr von einem Groß-Deutschland. Sondern er wählt seiner diffusen Protesthaltung wegen, die sich letzten Endes gegen die da Oben richtet. Und zu denen da Oben gehört für solche Menschen eben auch das Establishment, also Presse, Funk und Fernsehen.

Politik lebt von Gegensätzen, man kann ruhig auch von Feindschaften sprechen, Kapitalisten gegen Kommunisten etc. Ganz offen gefragt: Wer ist Ihr Feind

Der Grundfeind? Ich würde meinen, das objektive Problem wären die vielen Ausländer. Das heißt also, daß eine menschliche Rückführung das Hauptproblem wäre. Das wäre aber **nicht der Ausländer als Feind, sondern als Problemfeld**, welches wir angehen müßten. Und jetzt stellt sich die Frage: Wer wäre bei diesem Weg eventuell Bundesgenosse? Und da müssen wir sagen: zunächst keiner. Die CDU schwärmt von der Multikultur, die SPD ist internationalistisch bis auf die Knochen, der FDP ist sowieso alles egal, die Grünen sind von der Menschlichkeit bis zum

Gehtnichtmehr angegrünt. Wer wäre auf unserer Seite? Keiner. Die Gewerkschaften – die schwärmen von den Ausländern. Die Kirchen – die reden von der Menschenliebe. **Es gibt kaum Freunde für uns. Das ist das Grundproblem.**

Und wenn ich sagen sollte, wer der Hauptgegner der Republikaner ist: Das ist schwer auszumachen. Wir können nicht sagen: Die böse CDU. Die CDU hat zwar den Geißler, aber der Geißler ist ja entmachtet. Ich kann noch nicht einmal sagen: Die SPD. Zwar hat Lafontaine gesagt, er wäre beliebig koalitionsfähig, nur mit REPs nicht. Aber was sollte er denn auch sonst jetzt sagen? Sollte er sagen: Selbstverständlich mit den Republikanern? Warum sollte er? Die FDP wiederum hat ihren Schwerpunkt in der Wirtschaftspolitik, wozu mein Standpunkt allerdings ist: **Das ganze Hirn ist nichts, wenn das Herz fehlt.**

Die Lage ist heute ganz anders als in den zwanziger Jahren, als mit Prügelkommandos die Machtfrage auf der Straße **angedacht** und gestellt wurde. Wir haben heute allgemein nicht den Haß zwischen den Parteiungen in diesem Maße, auch bei den Republikanern nicht. Ich zum Beispiel habe, wenn ich so die Grünen sehe, immer den Eindruck, daß die größere Berührungsängste haben als man selber. Ich will denen nicht auf den Wecker fallen und halte mich deshalb zurück, und das gleiche würde für die Sozialdemokraten gelten.

Wenn es schwer zu bestimmen ist, wer der Gegner ist...

...Alle, oder keiner..

... dann fragen wir doch mal umgekehrt: Wie sähe Ihre Wunschvorstellung für Deutschland im Jahr 2050 aus. Also nicht: wogegen, sondern: wofür?

Also praktisch: Herr Ober, was wünschen wir jetzt? Ein gebratenes, knuspriges Schweinchen, aber nicht zu klein.

Es **sollte außer Deutschen durchaus andere Völker geben in der Welt.** Diese Völker sollten, jedes für sich, in ihrem Land leben und mit Deutschland freundschaftlich verbunden sein. **Das deutsche Volk könnte in seiner Stückzahl durchaus heruntergegangen sein.** Wir haben heute 60 Millionen Bewohner der Bundesrepublik, die sich hier auf den Füßen herumtrampeln, davon vielleicht 50 Millionen Deutsche oder 55 Millionen, je nach Zählung...

Sie finden also, daß die Bundesrepublik zu eng besiedelt ist?

Es ist eng besiedelt, und letzten Endes: Das Boot ist voll. Da sind wir mit Lafontaine einer Meinung. Nur daß er diese Parole entdeckt, wenn es um deutsche Übersiedler geht, während wir sagen, daß die Drehtür erfunden werden muß: Da kommen dann zur einen Seite Deutsche rein, und zur anderen müssen Ausländer raus. Dann kann man das so herausschrauben. Wissen Sie, es darf auf keinen Fall eine Erhöhung der Einwohnerzahl sein. Wenn es keine Ausländer auf deutschem Boden geben sollte, was ja nicht zu machen ist – man hat ja manchmal ein Ziel, eine Marschrichtung, eine Wunschvorstellung – wenn man sie auf ein Drittel verringern könnte, das wäre schon ein ganz toller Erfolg – dann könnte man sich überlegen, daß das deutsche Volk nicht wie jetzt 50 Millionen auf dem Territorium der Bundesrepublik. . .

. . . Sie rechnen also noch ohne DDR, weil nach der Wiedervereinigung wären es ja 75 Millionen.

65 Millionen...

BRD 60 Millionen, DDR 16 Millionen, also 76 Millionen.. .

...sagen wir mal 70 Millionen...

... und die DDR ist deutlich dünner besiedelt als die BRD. Wäre Ihr Problem also mit der Wiedervereinigung nicht gelöst?

Ja, die Wiedervereinigung ist bestimmt eine schöne Vision, aber noch ist sie nicht ganz da. Aber nehmen wir doch mal nur das Territorium der Bundesrepublik. **Angenommen, wir hätten im Jahr 2050 statt 55 Millionen Deutschen nur 30 Millionen – das wäre nicht schlecht.**

Also auf eine möglichst zahlreiche Bevölkerung würden Sie gar keinen Wert legen?

Im Gegenteil. Nämlich Lebensqualität hängt auch ab von Lebensraum für jedermann. Und ich muß sagen, als Jugendlicher habe ich drüben in der DDR Bücher gelesen, die im Dritten Reich gedruckt worden waren, Restbestände in Bürgerhäusern und dergleichen. Da war dann auch die Frage diskutiert worden **'Volk ohne Raum',** und da wurde gesagt, Deutschland sei zu eng besiedelt, und es bräuchte weiteres Gelände, möglichst Richtung Ukraine. Hitler hat es selber geschrieben, in 'Mein Kampf', wenn ich mich recht erinnere, und eine Verringerung der Zahl des deutschen Volkes ginge natürlich nicht.

Da sagen wir vom heutigen Standpunkt aus: Wieso nicht? **Im Gegenteil, es wäre eine sehr schöne Lösung.** Aber es geht nicht in einer Welt, wo der Schwächere zugleich derjenige ist, der angefallen wird von allen anderen. Und das ist natürlich ein Problem unserer Welt im Moment: **die explodierende Bevölkerung in allen Nationen der Welt.**

Nehmen wir also mal an, wir wären hier die Insel der Glückseligen mit Stahlmauern um das Territorium herum – was wir nicht sind – , dann wäre die Senkung der Bevölkerungszahl prima.

Ist es dagegen so, daß der Kampf zwischen Süd und Nord losgeht in den Jahren, so ist man für jeden Soldaten dankbar.

Und das ist ein ganz schwieriges Problem heute, daß diese beiden Zielrichtungen einander widersprechen. Was sollen wir machen?

Kurz mal weg von der Politik. Was lesen, hören, sehen Sie gerne, beispielsweise im Fernsehen. ..

Miami Vice...

Also keine Bedenken, wie sie manchmal von den Republikanern geäußert werden, Bedenken wegen der Überfremdung hiesiger Kultur durch amerikanische Serien?

Doch, aber an anderer Stelle. Wenn ich zum Beispiel im Auto ein bißchen Musik hören will, habe ich die Wahl zwischen Werbereklame, dem Wetter von ganz Europa mit Wasserstandsmeldungen kombiniert, oder Musik in englischer Sprache, von Negern vorgetragen. Und ich muß sagen, das widerstrebt mir. Ich muß das entrüstet jedes Mal wieder ausschalten, und zwar ganz egal, welche Sender ich antaste. Auf keinem kriege ich ein Programm, welches mir halbwegs gefallen würde. Das wäre zum Beispiel ein Musikprogramm ohne Werbung.

Stört es Sie eigentlich nicht, daß in Miami Vice einer der beiden Helden ebenfalls ein Schwarzer ist?

Ach nein, nicht solange er in Amerika lebt.

Und welche Musik mögen Sie?

Allgemeine Unterhaltungsmusik. Wissen Sie, wenn die Leute älter werden, dann mögen sie immer noch die Musik, die sie in der Phase gehört haben, von der sie geprägt wurden: allgemeine Tanzmusik eben, auch Operetten, beliebige Instrumentalmusik, und komischerweise muß ich sagen: Im Werbefunk, da kommt sie, nur im normalen Programm nicht.

Ich kaue zufällig keinen Kaugummi, aber Cola trinke ich ganz gern. Und hier, der Kaffee, er wird ja in Brasilien hergestellt, das ist eine der ganz tollen Sachen, die wir hier in der Zivilisation haben, daß es Kaffee gibt aus fremden Ländern.

Vorbilder, Idole, Ideale – gibt es sowas?

Eines wäre Bismarck – dessen Werke habe ich übrigens auch gelesen. Es hat mir als Jugendlicher imponiert, und auch jetzt im fortgeschrittenen Alter, daß ein Mann es schaffte, auf eigene Faust im Alleingang so etwas zu machen, was der Wunsch des deutschen Volkes gewesen war, und wofür soviele ihr Herzblut gegeben hatten, ohne es zu schaffen, dieses gewaltige Deutschland.

Aber Bismarck wird von manchen doch vorgeworfen, daß er nur die kleindeutsche Lösung herbeigeführt habe.

Klar, aber man muß mit der Realität leben. **Im Grunde genommen aber müßte es die Möglichkeit geben, daß alle Menschen einer Sprache sich vereinen können zu einem großen, föderalistischen Staat.** Dieser Staat muß nicht nur beschränkt sein auf die Menschen einer Sprache, es könnte auch die gleiche Ausrichtung sein, zum Beispiel die Nordländer. Aber die Sprache ist doch ein einigendes Band, oder, wie wir von früher her wissen: das Volk als Schicksalsgemeinschaft.

Aber wenn es die Sprache ist, welche die Einheit des Volkes bewirkt, dann dürfte ihnen die Einwanderung heute nicht so viel Sorgen machen. Die Eltern sprechen zwar meist miserables Deutsch, aber schon die Kinder, die hier aufwachsen und die Schule besuchen, sind perfekt.

Ja, es sind ja auch in früheren Jahren Menschen zum deutschen Volk gestoßen. Wir sehen zum Beispiel im süddeutschen Raum häufiger Leute, **die haben nicht wie Sie blaue Augen**, sondern braune Augen, die haben einen dunklen Teint und eher schwarze Haare. Und wenn wir dann mal nachfragen, dann ist das eine schwäbische Familie, wo der Vater in Stalingrad geblieben und der Großvater in der Somme-Schlacht verblutet ist. Wissen Sie, es waren Einwanderer, vielleicht aus Italien um 1870, aber **die haben ihren Eintrittspreis in Blut und Knochen gezahlt, und zwar in Kilogramm Lebendfleisch. Wo bleibt der Preis, wenn eine türkische Familie hierher kommt? Keiner! Nulltarif! Und das ist ein solches Unrecht und eine solche Ungerechtigkeit, die zum Himmel schreit!**

Wenn man so argumentiert, dann müßte man doch sagen, es blieb diesen türkischen Einwanderern heute die Gelegenheit...

Herr A.:... verwehrt

... oder erspart, den Preis zahlen zu können, weil es noch keinen Krieg gab. Und die italienischen Einwanderer um 1870 sind wohl nur der unbedeutendste Teil, ganze Gebiete wie das Ruhrgebiet oder wie Berlin sind doch von Einwanderern, hauptsächlich aus Polen, besiedelt worden, wie man das heute noch an den Namen erkennt. Ihrer Ansicht nach sind die nun Deutsche dadurch geworden, daß sie diesen Eintrittspreis zahlten...

... Jawoll, zwei von fünf müssen umkommen, für Deutschland! Was meinen Sie, was die Neger dazu sagen würden?

Jedenfalls müssen Sie doch konzedieren, daß die Einwanderer nicht aus Gründen eines altruistischen Humanismus eingeladen worden sind, sondern zu dem Zweck, das Sozialprodukt zu mehren.

Ja, das war die Begründung gewesen.

Und sie meinen, daß es in Wahrheit andere Gründe gab?

Japan zum Beispiel war in der gleichen Lage, mehr Produktionsaufträge als Arbeitskräfte zu haben, und Japan hat keine Einwanderung zugelassen, obwohl man dort auch Koreaner hätte nehmen können. Die Japaner haben einerseits Industrieexport gemacht, also Taiwan, Hongkong und sowas, und zum anderen Rationalisierung und Automation. Die Japaner brüsten sich heute noch damit, daß ein Teil des japanischen Fortschrittes nur dem zu verdanken sei, daß Japan als Nation unverfälscht geblieben ist – kein Melting Pot, zum Ärger der USA, es gab da letzthin Auseinandersetzungen zwischen der japanischen und der amerikanischen Regierung.

Als Deutschland also vor demselben Problem wie Japan stand, **wurde hier in einem Akt vorauseilenden Gehorsams die Melting-Pot-Strategie praktiziert** – kommet alle her zu mir, die ihr beladen seid, ich will euch erquicken...

Mit vorauseilendem Gehorsam ist solcher gemeint, der sich den USA unterwirft?

Ja. Denn das war ja auch das erklärte Kriegsziel Amerikas gewesen, von Roosewelt selber proklamiert. Roosewelt hat gesagt, daß dann, wenn nach dem Krieg wieder ein Deutschland existieren würde, man es daran messen müßte, inwieweit dann Leute – er hatte da Semiten im Auge gehabt – sich hier frei auf den Straßen bewegen könnten, ohne irgendwie schief angeguckt zu werden. Deswegen dann auch gleich solche Strukturen im Grundgesetz und dergleichen.

Sie sprachen gerade von Semiten, und das ist doch in anderen Kategorien als denen der Staatsbürgerschaf t gedacht. Deutsche Semiten gäbe es ebenso, wie es deutsche Alemannen gibt, deutsche Schwaben, Nordfriesen etc.

Ich möchte es genau sagen und überlege, wie ich einen Ansatz machen kann. Es ist ja nun ein Volksstamm und zugleich eine Religion, und zwar eine Nationalreligion, wie der Katholizismus in Polen.

Ein anderes Beispiel, ein Gegenbeispiel wären die Hugenotten, die als Einwanderer aus Frankreich nach Deutschland kamen. Bernt Engelmann bemeckert es in seinem Buch 'Deutschland ohne Juden' wieso man eigentlich in ganz Deutschland zu keiner Zeit etwas gegen Hugenotten gehabt hätte. Und das ist eine ganz interessante Frage. Die Frage ist nämlich toller, als Bernt Engelmann meint.

Inwiefern?

Weil nämlich die Hugenotten in Deutschland bis zum heutigen Tag den besten Eindruck gemacht haben. Wir haben aus dem ersten Weltkrieg Jagdflieger – Galant zum Beispiel – , die Hugenotten waren. Die waren im allgemeinen auf einer sehr patriotischen Grundschiene, während das von der Mehrzahl des jüdischen Volkes nicht gesagt werden konnte, im Gegenteil, dort sah man mehr die Stammeszugehörigkeit.

Wir haben das ja sonst auch in der Bevölkerung. Eine Studentenverbindung zum Beispiel, heißt es, lohne sich, weil die Alten Herren leitende Stellungen in den Firmen haben, und weil sie einen aus der gleichen Verbindung nachziehen würden. Das ist natürlich prima für die Verbindung, aber böse für die Gesamtheit. Die Seilschaften, die sich da ausbilden, wo einer den anderen nachzieht, das macht natürlich in Völkern böses Blut. Und wenn dann beispielweise noch ein bestimmter Satz von kriminellen Neigungen hinzukommt...

Und das würden Sie nun auch den Juden vorwerfen, daß sie eben Seilschaften bilden?

Ja, oder gebildet haben. Wenn ich zum Beispiel bei Bernt Engelmann lese, daß 80 Prozent derer, die überhaupt in der Großstadt Glanz und Namen hatten, Semiten gewesen waren, dann gibt einem das zu denken. Die Semiten stellten ja nicht 80 Prozent der Bevölkerung. Wir wissen aus dem Amerika der 70er Jahre: Reichtum sind die Ersparnisse Vieler in den Taschen Weniger. Und daß das böses Blut macht, das ist eigentlich nachvollziehbar.

Obwohl man sagen könnte, die Existenz von Arm und Reich oder die ökonomische Ungleichheit sei das Funktionsprinzip aller bisherigen Gesellschaften.

Böses Blut macht es, wenn der Reichtum mit einer identifizierbaren Gruppe zusammenfällt. Ein anderes Beispiel dazu: Als die Negerstaaten in Ostafrika selbständig wurden, da haben die gesagt: Inder raus. Nun könnte man fragen: Was haben die gegen Inder, und da war die Antwort: Die Inder hatten auch den Handel in der Hand, und da hat eben der Vetter und der Schwager ebenfalls den Handel in der Hand gehabt. Die Inder bildeten praktisch das Establishment. **Und dann kommt der Klassenkampf als Rassenkampf.**

Erstaunlicherweise werden diese einfachen Sachverhalte in der deutschen Publizistik ignoriert. Da wird beispielsweise beklagt, wie den Juden im Dritten Reich übel mitgespielt worden wäre, und auch Judenhaß wird eventuell noch beklagt, aber schon mehr durch die Blume, aber was dazu führt, das wird eigentlich gar nicht **hinterfragt.** Da wird eigentlich

unterstellt, das sei schon früher so gewesen, und das wäre doch dann eigentlich umso schlimmer. Und wenn wir von kriminellen Neigungen sprechen: Da genügt ja ein kleiner Prozentsatz dieser identifizierbaren Gruppe. Wir wissen aus einer Vielzahl von Späßen: Die Schotten sind geizig. Im Grunde genommen besagt das über den einzelnen Schotten noch gar nichts, der lebt vielleicht in Saus und Braus. Aber wenn eine Gruppe so ein Etikett gekriegt hat, ist es gefährlich, wenn sie sich von dem Etikett nicht ganz befreien kann.

Hinzu kam in den 20er Jahren noch eine andere Sache – ich fürchte, ich bin da zu ausschweifend bei dem Thema, aber vielleicht ist es interessant, allgemein objektiv interessant. Nehmen Sie die Welt der Literatur, **einen Autor wie Tucholsky, den ich ganz gut leiden kann, Sie wahrscheinlich auch.** Er hat eine flotte Schreibe und ist unterhaltsam zu lesen. Er schreibt: Irgendjemand sagt was gegen den Waffenruhm des deutschen Soldaten, und halb Deutschland sitzt auf der Couch und ist beleidigt. Eben. Er nicht. **Er empfindet die Beleidigung auch gar nicht – es ist nicht sein Volk.** Wissen Sie, es fehlt die Identifizierung, und deshalb ist er nicht beleidigt, im Gegenteil, er sieht es wertfrei. Und da kommt dann eines zum anderen. Oder nehmen wir Sigmund Freud, diesen Pionier der Psychoanalyse. Neulich stand im Lokalblatt, er habe sich da irgendwelche Gelder geben lassen wollen, aber wissen Sie, kein Mensch ist frei von Schatten. Aber damals die Ödipustheorie, die dann im nachhinein, in der heutigen Psychoanalyse, eigentlich zurückgenommen wird – da wird unterstellt, der kleine Junge sei auf seinen Vater eifersüchtig, und er möchte selber mit der Mutter schlafen, und das sei eben die Grundlage für den Vaterhaß, und der sei in allen Familien vorhanden. Die einzelnen Bürgerfamilien in Deutschland, durch den ersten Weltkrieg gebeutelt, durch die Arbeitslosigkeit gebeutelt, durch die Inflation gebeutelt, **und das bißchen, was sie noch haben, das Familienglück – der Teppich wird ihnen noch unter den Füßen weggezogen.** Im nachhinein stellt sich raus: Es stimmt gar nicht. (Unverständliches Glucksen, Herr A. imitiert die Imitation des jüdischen Tonfalls.) Und wenn so einer wiederum einer Gruppe angehört, die identifizierbar ist, summiert sich das Ganze nachher.

Warum sind nur die Juden eine identifizierbare Gruppe? Warum spricht man nicht von Bayern, Schwaben, etc. ?

Wegen der Religion und dem stärkeren Zusammengehörigkeitsgefühl. Wenn neue jüdische Einwanderer kamen, fanden die zunächst beim Rabbiner Unterschlupf. Und dann sieht der einzelne Bürger, der vielleicht arbeitslos ist: Der Taschendieb ist Jude, und später liest er in der Zeitung: Der, der mit unterschlagenem Geld ins Ausland verduftet ist, ist auch ein Jude. Und dann sagt er sich: Aha, jetzt sehe ich aber eine Karriere.

Sie argumentieren jetzt etwas zweigleisig. Sie nennen Gründe für die Entstehung von Vorurteilen, und man weiß nicht, ob Sie das Vorurteil kritisieren oder legitimieren wollen. Sie sagen: Nur deshalb, weil der Reichtum zufälligerweise mit einer Gruppe identifizierbar ist, ruft er Ressentiments hervor, während man sich sonst mit der Ungleichheit von Arm und Reich abfindet.

Die Frage also, ob ich das Vorurteil kritisiere oder ob ich es teile, eigentlich als Urteil akzeptiere. Also man findet sich mit der Ungleichheit nur in der Erwartung ab, daß wir selber als Privatpersonen Zugang zur statistischen Gruppe finden könnten. Wenn die Gruppe hingegen stark untereinander gluckt, ist der Zugang schwer. Das ist eine Teilfrage zum Thema, warum nie Hugenotten angefeindet wurden, eben deshalb nicht, weil sie Deutschland ganz anders sahen. Und es ist ein Hinweis auf die Schwierigkeit des Ausländerproblems heute. **Das waren damals ja winzige Gruppen, ich habe mal gelesen, in Deutschland lebten damals 100.000 oder 150.000 Juden, nicht mehr. Und heute haben wir 5 oder 10 Millionen Ausländer auf deutschem Boden.**

Das rappelt sich zu Problemen zusammen, und zwar zu unlösbaren Problemen. Wir haben in der Bundesrepublik heute einen überhohen Lebensstandard, eine überhitzte Wirtschaft, eine Konjunktur, die ihresgleichen sucht. Nehmen wir mal an, das ist eines Tages nicht mehr der Fall. Die Konjunktur läuft nicht mehr, die bundesdeutschen Firmen würden gern weiterhin exportieren, aber die Staaten der Dritten Welt können nicht bezahlen. D.h. der Export stagniert oder bricht zusammen. Um die verbleibenden Weltmärkte, beispielsweise ölexportierende Länder – wir verbrauchen stark Öl – entbrennt ein **furchtbarer Kampf.** Dann wird es eine furchtbare Lage, und dann sind weiterhin die ausländischen Bevölkerungsgruppen auf deutschem Boden.

Und Sie befürchten dann bürgerkriegsähnliche Unruhen?

Ja, in der Linie Arbeitslosigkeit, sinkender Lebensstandard, Sündenböcke – da kommt dann eins zum anderen.

Sie sprechen von Sündenböcken. Ein Sündenbock ist einer, den ich zu meiner Entlastung verantwortlich mache, obwohl er nicht schuld ist. Also müßte man doch eigentlich die Bevölkerung darüber aufklären, daß an der Wirtschaftskrise nicht die Ausländer schuld sind.

Die sind aber schuld. Wären sie nicht auf deutschem Boden, dann wäre mehr da für jedermann. Deutschland kann zum Beispiel mit seiner landwirtschaftlichen Produktion sich nicht selber ernähren. Zwar stammen 90 Prozent des in Deutschland verzehrten Schweinefleisches aus deutscher Produktion, aber die Futtermittel – Sojabohnen – müssen importiert werden. In **der verstädterten Welt, wo wollen wir unsere Weizenfelder anlegen, wenn jetzt die letzten freien**

Flächen im Raum Baden-Württemberg zubetoniert werden?

*****

Gemeinsam verläßt man das Café, Herr A. kommt auf die Wahlniederlagen zu sprechen, welche die Republikaner gerade hatten hinnehmen müssen. Traurig ist er darüber nicht, ganz im Gegenteil: Alles, was in den Zeiten der großen Erfolge an Morschem hinzugekommen sei zur Partei, würde nun wieder von ihr abfallen, besonders würden die Karrieristen sich wieder zurückziehen, die drauf und dran waren, »uns unterzubuttern«.

Zu dieser Haltung paßt es, daß Herr A. aus eigener Initiative die Wiedervereinigung (Ende März 1990) nichteinmal erwähnt und sie, als er darauf angesprochen wird, mit der Formel 'eine schöne Vision' auch schon wieder wegschiebt. Sein Wunsch ist eigentlich nicht das riesige Volk in einem riesigen, starken Reich, sondern die restlos entvölkerte Erde. Die 30 Millionen auf dem Territorium der BRD mit einem Stacheldrahtzaun drumherum können nur eine Übergangslösung sein.

Konkret 08/90, S. 40

Gruppe »Johannisthal«

Gespenstische Szene

Die Atmosphäre eines Panoptikums. Die Figuren sind typisiert, Porträt-Ähnlichkeit ist nicht angestrebt. (Die Namen stehen hier nur als Verständigungsmittel.)

Ein riesiger Saal; Wände, Decke, Boden aus Spiegelglas. Ein langer Sitzungstisch, an ihm hocken die Gewaltigen auf erhöhten Stühlen. An der Stirnseite, besonders erhöht, der Allgewaltige.

Während der Sitzung eilen ständig Referenten, Notärzte und Servierpersonal hin und her, Papiere, Pillen, Schnäpse werden ausgefolgt. Vor jedem Gewaltigen liegen Mappen, die Blätter werden von Referenten gewendet, ganz egal ob sie gelesen wurden. Der Tagesordnung folgen allein diese Referenten. Mark Schalkowski (von Insidern 'D-Mark' genannt) wird hereinzitiert. Sein Erscheinen wirkt wie das eines weiteren Unglücksboten. Nach all den schlechten Nachrichten erwartet man nur noch schlechte Nachrichten. Schalkowski aber ist entschlossen, frech zu lügen. Also gibt er optimistisch Bericht über das praktisch perfekte, nur noch der höchsten Genehmigung bedürfende Geschäft mit dem Ölprinzen. Man glaubt ihm nicht. Erfolgreiche Geschäfte gab es schon lange nicht mehr, sogar der LKW-Export nach Iran/Irak stockt, seit der Krieg dort im Sande verläuft. Die Stimmung ist schlecht. Die Stagnation als Depression. Sie rührt aus der dumpfen Ahnung, daß es in der Welt doch nicht so zugeht, wie es hier beschlossen wird.

Unbekümmert kümmert man sich derweil ums Eigentliche: den Nießbrauch der Macht. Krenz, Schabowski, Lorenz und Herger schieben einander unter dem Tisch Zettel zu, auf denen sie den Sturz Honeckers verabreden. Tisch und Müller putzen ihre Jagdflinten; Tisch ruft giftig, wo Sindermann eigentlich wieder stecke. Keiner weiß es, nur Mielke grient hämisch. Die Damen Müller und Lange sind nur in Gestalt zweier gut frisierter Kleiderpuppen anwesend, deren Referenten sich das jedoch nicht anmerken lassen. Stoph verlangt eine Bluttransfusion, aber es sind nur noch inländische Blutkonserven da, die nimmt er nicht. Mittag verurteilt dieses Mißtrauen gegen einheimische Erzeugnisse. Devot will der Notarzt mit dem Tropf wieder abschieben, aber Mittag nimmt die Transfusion, obwohl er sie nicht braucht. Kleiber und Dohlus zeigen Stoph ihre LUI-Magazine, das hilft für den Augenblick.

Herrmann verpetzt Dohlus und Kleiber bei Honecker. Honecker droht empört mit Rücktritt, wenn selbst hier schon sozialistische Ethik und Moral mit den syphilitischen Füßen der Pornografie getreten werde. Sofort spricht Krenz sich gegen einen Rücktritt Honeckers aus. Wütend fragt Schabowski, wieso Krenz dagegen sei. Lächelnd belehrt ihn Krenz, daß man einen zurückgetretenen Generalsekretär schließlich nicht mehr stürzen könne. Schabowski sieht das ein und versichert Honecker seiner Loyalität.

Hager und Axen streiten sich wegen des Ursprungs des Satzes »I' etat c'est moi!« Honecker fragt, was das bedeute. Axen übersetzt herablassend: »Der Staat bin ich!« Honecker denkt darüber nach. Mielke fragt scharf, wer das gesagt habe. Hager behauptet grinsend: Ludwig XIV. am 13. April 1655. Mielke notiert das und schickt seinen Referenten mit dem Zettel ans Telefon.

Axen widerspricht Hager, weil das französische Parlamentsprotokoll diesen Satz überhaupt nicht enthalte, hingegen habe laut »Revue Britannique« vom Mai 1851 Elisabeth I. von England diesen Satz geprägt. Mielke notiert auch diesen Namen und schickt seinen Referenten mit dem Zettel ans Telefon. Mittag sagt neidisch, daß die Intellektuellen es gut hätten, mit einem Satz gingen sie gleich in die Geschichte ein. In der Wirtschaft aber müsse man sich mit Spitzenleistungen in der Null-Fehler-Produktion den Arsch aufreißen, ohne daß die Geschichte oder sonst ein Schwein davon Notiz nehme. Selbstquälerisch widerspricht Hager ihm. Er habe schon so viele Sätze gesagt, aber er zweifle manchmal, ob er mit einem davon in die Geschichte eingehen werde. Dies wiederum bezweifelt Axen selbstquälerisch. Unterdessen amüsieren sich die anderen über das Gezänk der Intellektuellen.

Wieder ruft Tisch beim Flintenputzen, wo eigentlich Sindermann stecke, aber keiner weiß es, nur Mielke grinst und schweigt. Stoph verlangt erneut nach einer Bluttransfusion, jetzt nähme er sogar eine aus einheimischer Produktion. Aber die einheimischen Konserven sind auch alle, er kriegt den Rest von Mittag, der vergebens protestiert. Die »Putschisten« schieben einander weiter ihre Zettel zu.

Honecker ereifert sich über den Satz »Der Staat bin ich!«, der eine typisch feudalabsolutistischmonarchistischerzreaktionäre Aktionslosung eines zum Untergang verurteilten, historisch perspektivlosen Systems sei. Alle hier, vor allem er selbst, dienten einzig dem Volk. Folglich habe er vor, mit dem Satz »Das Volk bin ich!« in die Geschichte einzugehen. Alle notieren den Satz und geben ihn an ihre Referenten weiter, nur Mielke nicht. Axen spricht sich für diesen Satz aus, bezweifelt jedoch zaghaft, ob man damit in die Geschichte eingehen könne, denn es sei nicht Französisch, er biete sich aber als Übersetzer an. Herrmann widerspricht Axen grob und schlägt vor, diesen Satz als Kopfzeile über das »Neue Deutschland« zu setzen, anstelle von »Proletarier aller Länder, vereinigt

euch!«, was angesichts der revisionistischen Politik des großrussischen Grünschnabels in Moskau ohnehin nicht mehr die richtige Sprachregelung sei. Mielke fragt scharf, von wem diese Parole stamme. Hager und Axen wissen es, aber sie sagen es nicht. Herrmann würde es sagen, aber er weiß es nicht.

Unverdrossen tauschen indes die »Putschisten« ihre konspirativen Botschaften aus. Mielke schreibt alle auf. Tisch fragt erneut, wo Sindermann eigentlich stecke. Mielke schreibt auch Tisch auf. Tisch petzt bei Honecker, daß Mielke alle aufschreibe. Honecker schreibt das auf und schiebt den Zettel unter den Tisch.

Unter dem Tisch sieht man die Beine der Gewaltigen baumeln: Die Stühle sind zu groß für sie. Sindermann kriecht unter dem Tisch herum und verteilt die Zettel, nachdem er sie gelesen hat, nach Gutdünken. Am Ende landen sie alle bei Mielke. Schalkowski gelingt es endlich, Honecker um eine Entscheidung zu bitten. Immer verlangen alle Entscheidungen, jammert Honecker. Es gehe aber um eine beträchtliche Summe, sagt Schalkowski. Wieviel, fragt Honecker. Achthundert, sagt Schalkowski. Das sei aber happig für eine einzige Gehaltserhöhung, sagt Honecker. Achthundert Millionen DM, sagt Schalkowski. – Augenblicklich wird es still im Saal. – An wen müssen wir die zahlen?, fragt Mittag bleich. Stoph kichert anämisch. An niemanden, sagt Schalkowski, wir kriegen sie.

Grabesstille. Sogar Sindermann kommt unter dem Tisch hervor. Wofür?, fragt Honecker ungläubig. Für die Oper, sagt Schalkowski geduldig. Mein Gott, stöhnt Mittag. Ist es die Berliner Oper?, fragt Honecker tonlos. Nein, die Semper-Oper, sagt Schalkowski. Honecker läßt sich die Erleichterung nicht anmerken. Er muß darüber nachdenken und schließt die Augen. Während er einschlummert, entspinnt sich eine wütende geflüsterte Diskussion darüber, wer wieviel wofür abkriegen solle.

Schalkowski verspricht allen alles. Die »Putschisten« bieten ihm den Posten Mittags an, wenn er mitmache. Vielleicht dürfe er dann sogar Honeckers geliebtes Schauspielhaus in die Wüste verhökern. Krenz behauptet, er würde sogar die sozialistische Revolution exportieren, aber aus ideologischen Gründen ließen das die alten Dogmatiker um Honecker nicht zu. Als erfahrener Außenhändler bezweifelt Schalkowski, daß sich für die sozialistische Revolution auf dem Weltmarkt noch eine müde Mark erlösen lasse.

Mielke verrät die neuesten Ausreisezahlen und fordert, daß man die Landeskinder wie einst die Häftlinge nur gegen harte Währung ziehen lassen dürfe. Er hat schon ausrechnen lassen, wieviel das mache, aber selbst seine Computer hätten diese Zahl nicht fassen können. Unsere Menschen sind unser ganzer Reichtum, sagt er.

Honecker erwacht weinend aus einem Alptraum und behauptet, er weine keinem eine Träne nach. (Herrmann schreibt das auf und schickt seine Referenten mit dem Zettel ans Telefon.) Das Volk sei schließlich er, und er stehe fest an seiner Seite. Dank der ertragreichen Tätigkeit Schalkowskis könne von Stagnation keine Rede mehr sein. Ob ein Schiff schwimme oder sinke, die Hauptsache sei, es bleibe auf Kurs. Und unser Kurs ist richtig: Alles für das Wohl des Volkes und den Frieden. Basta.

Bei dieser Rede stellen sogar die »Putschisten« ihre konspirative Tätigkeit ein. Die Einheit und Geschlossenheit der Führung wird herausgestellt. Die Gesichter hellen auf, die Haltung wird stramm. Honecker beauftragt Schalkowski, das Geschäft mit dem Ölprinzen abzuschließen. Die Entscheidung ist gefallen. Alle jubeln Honecker zu, singen ausgelassen: Du bist das Volk. Honecker steigt auf den Tisch, steppt und singt: Ich bin das Volk!

»Sing, Playboy, sing« heißt der Arbeitstitel eines satirischen Musicals, an dem die Gruppe »Johannisthal« im DEFA-Studio für Spielfilme in Potsdam-Babelsberg arbeitet. Held des Films ist »Mark Schalkowski«, der zwecks Devisenbeschaffung die Dresdner Semper-Oper an ein arabisches Ölscheichtum verhökern will. Die Story spielt im Herbst 1989. Regisseur wird Erwin Stranka sein, die Komponisten sind Ernst Sasse und Tamas Kahane, der Dramaturg ist Andreas Scheinert, die Texte schreibt Diethardt Schneider, der über die Schwierigkeiten beim Schreiben schrieb: »Beim Ausdenken im Februar fehlte mir schon was. die politische Zensur. Es ist einfach öde, wenn man weiß, daß einem kein Schwein mehr was verbieten wird Die neue Zensur des Geldes wird man nicht einfach austricksen können. Die alte Zensur war dumm, faul und fettärschig. Die neue wird nur fettärschig sein.« Und so weiß man nicht, ob die »Gespenstische Szene« je in die Kinos kommt und ob der Vorabdruck in KONKRET nur ein Vorabdruck ist.

Konkret 08/90, S. 42

Bernd Siegler

Buch des Monats: Volkstümlich

Detlev J. K. Peukert, Frank Bojahr: Rechtsradikalismus in Deutschland □ zwei historische Beiträge, Ergebnisse Verlag Hamburg, 14,8O Mark

»Wenn Ihr irgendwo einen Lümmel erwischt, vollzieht die Strafe auf der Stelle und gebt ihm eine Tracht Prügel.« Was Bundeskanzler Adenauer Anfang 1960 noch aus Angst um das internationale Renomee der Bundesrepublik anläßlich einer Welle antisemitischer Schmierereien zu einer Fernsehansprache an das deutsche Volk bewog, wird heute als »Normalisierung« hingenommen, und Adenauer bekäme herbe Kritik zu hören. »Das muß eine Demokratie aushalten können«, würde die grüne Antje Vollmer dem Kanzler mutig entgegenschleudern und ihm vorwerfen, gegen 'Verführte' zur Gewalt aufzurufen. Sozialdemokrat Peter Glotz würde ihr sofort beistehen und es 'absurd' finden, solche Leute derart zu beschimpfen. Der Gießener Politologe Claus Leggewie würde Adenauer 'autoritäre Kammerjägerphantasien' vorhalten und der Bielefelder Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer setzte nach: »Den Rechtsextremisten wird damit nur Angst eingejagt, davon haben die aber schon genug.«

Als 1989 die Republikaner den Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus geschafft hatten und im Juni über zwei Millionen Wähler bei den Europawahlen begeistern konnten, überschwemmten sog. Analysen des Phänomens »Rechtsradikalismus« und Ratschläge, wie dagegen anzugehen sei, den Büchermarkt. Meist war ihnen gemeinsam, sich auf die Suche nach den aktuellen Motivationen der Wählerschaft zu begeben, dabei aber den organisierten Rechtsextremismus und Neofaschismus, dessen Programmatik und Ideologie weit aus den Augen zu verlieren. Wohnungsnot, Ehescheidungsraten und vermeintlicher Wertezerfall mußten dafür herhalten, den Aufstieg der REPs zu erklären. Keiner machte sich die Mühe, den wählerwirksam gewordenen Aufschwung der Rechtsradikalen historisch zu untersuchen, aus Angst davor, es könnte dabei herauskommen, was man zuvor in der biologistischen Sprache der Verhaltensforscher als 'blinder Reflex' bzw. 'Impuls' der 'altlinken Antifa' denunziert hatte: die Kontinuität nazistischer Ideologie.

Mut haben nun die beiden Historiker Detlev J. K. Peukert und Frank Bajohr bewiesen, könnte man meinen. Denn sie wollen mit ihrem 80-seitigen Buch »Rechtsradikalismus in Deutschland« einen Kontrapunkt zur bislang »bemerkenswert ahistorischen, fast ausschließlich unter politideologisch-sozialwissenschaftlichen Gesichtspunkten« geführten Debatte setzen. Durch Vergleiche und Längsschnittanalysen wollen sie Grundcharakteristika, Kontinuität und Wandel der radikalen Rechten nachzeichnen, um so zur »realistischen Einschätzung des Rechtsradikalismus jenseits von Verharmlosung und Dramatisierung« beizutragen.

Das Bändchen besteht aus zwei Vorträgen, beide gehalten vor sozialdemokratischem Publikum (das hätte eine Warnung sein müssen). Während Bojahr sich mit der »Geschichte des Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945« auseinandersetzt, versucht Peukert auf 29 Seiten den »Rechtsradikalismus in historischer Perspektive« abzuhandeln. Im geschichtlichen Rückblick will Peukert zeigen, daß die Attraktivität und Stärke des Rechtsradikalismus in einer »uneigentlichen, symbolischen Politik« liegt. Darunter versteht er, daß »soziale Fragen wie z.B. die Wohnungsnot nationalistisch umdefiniert werden« als Konflikt zwischen einheimischen und auswärtigen Bewohnern. Über die Formel »Ich bin stolz ein Deutscher zu sein« wird dabei der Frust der Wohnungssuche abgewendet und in Stärke umgedeutet. Notwendig für diesen Transferprozeß ist demnach die Bereitschaft der Betroffenen, die »unmittelbaren Anlässe ihrer Ressentiments auf eine uneigentliche, politische Ebene zu übertragen«.

Rechtsextreme Bewegungen beziehen sich in ihrer Ideologie also auf im Alltag verbreitete Ressentiments. Sie bieten keine Realpolitik, sondern erlangen ihre Faszination über die Umdeutung konkreter Probleme in überhöhte, symbolische Politik. Das war bei der NSDAP so und das ist bei den REPs der Fall. Beide haben es, so Peukert weiter, geschafft, heterogene Schichten durch Umdeutung der verschiedenen sozialen Fragen und Bündelung in nationalistische Parolen zusammenzuführen. NSDAP und REP zeichnen sich daher durch ein inkonsistentes Programm aus mit vielen Einzelforderungen für vieles und jedes, beide sind »Volksparteien der Negation«. Sie beruhen nicht auf der »Basis ausbalancierter Koalitionen verschiedener Strömungen und Interessen«, sondern auf der Leugnung unterschiedlicher Interessen unter dem Dach der harmonischen Volksgemeinschaft. Obwohl Peukert eine Reihe von Übereinstimmungen bezüglich der Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus in Weimar und des Aufschwungs der REPs entdeckt, kommt er unvermittelt zu dem Schluß, Bonn sei nicht Weimar, die REPs keine Nazis.

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, sind die REPs plötzlich »vernachlässigte Kinder des Booms, nicht die Massenbewegung aus der Krise«. Ohne daß es dafür eines Arguments bedürfte, werden sie zur »Protestbewegung gegen die Zweidrittelgesellschaft« herabgestuft. Zudem vertraut Peukert auf den demokratischen Grundkonsens der BRD-Gesellschaft und kann eine »prinzipielle Republikfeindlichkeit der heutigen Eliten« im Gegensatz zur Weimarer Republik nicht erkennen. Den REPs wehen seiner Meinung nach »die herrschenden ökonomischen und politischen Trends ins Gesicht«: »Im Zeichen des BRD-Export-Booms ist Nationalismus wirklich anachronistisch.«

Kein Wunder, daß Peukert und Bajohr zu derartigen Aussagen kommen, entledigen sie sich doch wie Leggewie und andere einer Analyse des Programms der REPs mit der flapsigen Bemerkung, dies werde sowieso nicht von den Wählern gelesen. Eine historische Analyse, die den Programmvergleich scheut, muß Stückwerk bleiben, die Motivation der Anhängerschaft ist nur ein Teilaspekt in der Bewertung der REPs. Vergleiche des REP-Programms mit dem der NSDAP von 1920 würden dagegen, was den völkischen Nationalismus als konstituierendes Ideologie-Element angeht, frappierende Übereinstimmungen ergeben. Aus Programm und Agitation der REPs geht klar hervor, daß Nationalismus und Internationalisierung von wirtschaftlichen Beziehungen durchaus kein Gegensatz sein müssen. Das Konzept der sog. Neuen Rechten und der REPs – ein ethnopluralistisches »Europa der Vaterländer« vom Atlantik bis zum Ural mit Großdeutschland im Mittelpunkt – deckt sich mit der faschistischen Politik der Eroberung des Großraums Europa als Basis für Deutschlands Weltmachtstellung. Das NS-Propagandaschlagwort der »völkischen Neuordnung Europas« findet seine Entsprechung in rassistischen Konzepten der Neuen Rechten mit dem »Europiden« als überlegener Rasse, die durch Rassenmischung und egalitäre Ideologie, wie Liberalismus und Marxismus, gefährdet ist.

Bei ihrer nur an der Motivation interessierten Betrachtung buchstabieren Peukert und Bajohr die hinlänglich bekannte Defizittheorie von Leggewie, Heitmeyer und anderen Politologen, Sozialpsychologen und -pädagogen einfach nach. Peukert muß dabei wohl etwas unwohl gewesen sein, schreibt er doch später, daß »es ein Fehler wäre, zu glauben, ein überzeugter Rechtsradikaler ließe sich durch soziale Reformen gleichsam materiell zurückholen«. Dies verkenne die »Eigenarten rechtsradikalen Fundamentalprotests«. Hat Peukert da etwa registriert, daß REP-Sympathisanten und -Sympathisantinnen einkommensmäßig über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegen und sowohl mit ihrer derzeitigen wirtschaftlichen Lage zufriedener als auch in ihrer Perspektive optimistischer sind als die Wähler und Wählerinnen von SPD oder Grünen?

Peukert und Bajohr beklagen jedoch nicht nur Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Der Zerfall alter Werte wie Familie und Ehe, die »Pluralisierung von Lebensstilen«, die zunehmende »Individualisierung« und die fehlende Antwort auf die »Sinnfrage«, sorgen ihrer Meinung nach für »wachsende Orientierungsprobleme und sozio-kulturelle Heimatlosigkeit als Massenphänomen«, die im Rechtsradikalismus aufgefangen werden. Wie erklärt das den historischen Faschismus – damals waren die sozialen Milieus angeblich noch intakt? Gab es diese intakten Milieus überhaupt oder entspringen sie eher der romantizistischen Vorstellung der Autoren, die damit letztendlich die Emanzipation von autoritären Strukturen als Ursache für Faschismus denunzieren?

Der einzig taugliche Erklärungssatz für Rechtsradikalismus taucht bei Peukert und Bajohr nur am Anfang auf und wird später von sozialpsychologischen und -pädagogischen Scheinerklärungen überdeckt: die im Alltag verbreiteten Mentalitäten, Verhaltensweisen und Ressentiments. Bajohr bietet interessantes Material für die Kontinuität faschistischer Einstellungen. 57 Prozent fanden 1948 den Nationalsozialismus eine »gute, aber schlecht ausgeführte Idee«, 1950 hatten 24 Prozent eine gute Meinung über Hitler und 1956 hätten 12 Prozent eine Machtübernahme einer neuen nationalsozialistischen Partei begrüßt, weiteren 21 Prozent war das egal gewesen und weitere 27 Prozent wollten nichts besonders dagegen tun. Daß derartige Einstellungsmuster tagtäglich von den großen und kleinen Volksparteien dieser Republik konserviert und mit praktischer Politik reproduziert werden, interessiert die Autoren nicht. Denn auf die großen Volksparteien setzt Bajohr große Hoffnungen – damals und heute. So sieht er im Scheitern der Entnazifizierung eine positive Wirkung. Nur so habe »die für die Stabilität der Demokratie bedeutende Integrationsleistung von CDU und SPD, die erhebliche Teile der NS-Mitläuferschaft auf ihre Seite gezogen hatte«, gelingen können.

»Gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte wird die Zukunft des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik zu einem Testfall für historisch-politische Lernfähigkeit.« Richtig – doch dazu bedarf es einer genauen Analyse der Inhalte und Entstehungsbedingungen des Nationalsozialismus und des Rechtsradikalismus heute. Das einzige Verdienst des schmalen Bändchens besteht darin, durch seine Unzulänglichkeit dieses Defizit in Erinnerung gerufen zu haben.

Bernd Siegler schrieb in KONKRET 4/90 über einen neonazistischen »Einzeltäter«

Konkret 08/90, S. 44

Werner Röhr

Zur Rationalität der NS-Ideologie

Rassenwahn oder ökonomisches Programm – welche Motive bestimmten die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten? In seinem Beitrag zur Debatte um die »Ökonomie der 'Endlösung'« kritisiert der DDR-Historiker Werner Röhr die schroffe Entgegensetzung von Irrationalismus und rationalem Kalkül als einander ausschließende Legitimationsformen des Völkermords und betont die Abhängigkeit seiner Durchführung von den Umständen, die der Expansionskrieg der Nazis schuf

Unter den Kritikern der Thesen von Susanne Heim und Götz Aly nimmt der amerikanische Historiker Browning durch Nüchternheit für sich ein. Er betont ihre Bedeutung, bevor er sie einer kritischen Überprüfung unterzieht, deren Fazit so lautet: »Heim und Aly haben sowohl durch ihre sorgfältige Erforschung der unbekannten und bislang ignorierten unteren Ränge der sozial und ökonomisch planenden Bürokratie der deutschen Besetzung Osteuropas eine wichtige Arbeit geleistet als auch durch ihre herausfordernden Thesen, die Anlaß geben, bedeutsame Themenbereiche erneut zu untersuchen. Das schließlich ist Sinn und Zweck historischer Forschung. Ihren Schlußfolgerungen kann ich jedoch nicht zustimmen« (KONKRET 12/89).

Demgegenüber ist seit 1986 – auch in der KONKRET-Diskussion – die Tonart der Argumentation mancher Kritiker eher schrill. »Sie haben das Morden theoretisch eingeebnet« – lautet etwa das Verdikt von Köhler (KONKRET 2/90). Der Eindruck, hier gehe es um die Brandmarkung eines Sakrilegs, wird um so fataler, wenn es sich um Punkte handelt, wo die Kritiker in der Sache gegenüber den Autoren recht haben.

Nun ist mir zwar die Tonart solcher Vorwürfe psychologisch und politisch verständlich, bedenkt man, gegen welche Tabus Heim und Aly zu Felde ziehen. Aber der wissenschaftlichen Überprüfung und Kritik ist sie unangemessen, und so nehme man solche Stellungnahmen auch als das, was sie sind, und frage nach dem Interesse und der politisch-psychologischen Funktion.

Ich möchte mich an dieser Stelle auf wenige polemische Thesen beschränken. Da ich den Ansatz von Heim/Aly selbst dort, wo ihre bisherigen Hypothesen nicht ausreichend verifiziert sind, für eine große, mutige und produktive Leistung halte, sei zunächst benannt, was ich als ihr Hauptverdienst ansehe.' Zu einigen Streitfragen eines möglichen Zusammenhangs von Expansionsplanung, Naziideologie und Völkermordpraxis möchte ich anschließend vornehmlich anhand Polens Stellung nehmen, da mir dieser Gegenstand zur Zeit am nächsten liegt. 2

Der »Holocaust« – Kein mystisches Ereignis außerhalb menschlichen Begriffsvermögens

Mit ihren Hypothesen zum Zusammenhang von Sozial/Bevölkerungsplanung und systematischer Menschenvernichtung treten Heim und Aly zwangsläufig allen Mystifikationen des Genozids an den Juden entgegen. Nicht nur in der Publizistik, sondern auch unter Fachhistorikern ist es üblich geworden, den nazistischen Völkermord als unerklärbar auszugeben. Auch im sog. Historikerstreit haben sich manche der liberalen Kritiker Noltes auf die Behauptung einer »Singularität« zurückgezogen. Die Unzulänglichkeit und Hilflosigkeit dieser Position gegenüber den konservativen Versuchen einer Relativierung der Naziverbrechen hat der Streit erwiesen. Sie wurde bislang allerdings wenig analysiert.

Heim und Aly fragen nach dem Zusammenhang von Expansionsplanungen und Bevölkerungspolitik, nach Interessen und Bedingungen, nach Gründen und Funktionen des Völkermordes. Welche Repliken sie damit provozieren, zeigt exemplarisch der Beitrag Ernst Köhlers: »Ich behaupte, daß diese Geschichte der nationalsozialistischen Gesellschaftsplanung die konkrete Entscheidung für Mord, für den Massenmord und für den Völkermord in einer epochalen Kontinuität eugenischer, rassenhygienischer, neuropsychiatrischer und bevölkerungspolitischer Programme verschwinden läßt – so, als gäbe es da eine 'Logik' . . . Ich sehe hier einmal ganz davon ab, daß die Modernisierungsthese, zumindest in ihrer neuesten Präsentation, die Kriterien, nach denen damals Menschen ermordet worden sind, gewaltsam vereinheitlicht und auf ein einziges Kriterium reduziert: das der ökonomischen Unbrauchbarkeit oder Überflüssigkeit.. . Viel wichtiger ist, daß alle diese Modernisierungs- und Sanierungstheorien das Morden nicht erklären können. Und daß ihnen das nicht einmal mehr bewußt zu sein scheint. Sie haben das Morden *theoretisch eingeebnet.«*

Nun muß natürlich solch ein Vorwurf jede Analyse von Zusammenhängen treffen, ganz egal, ob sie die Erklärungskriterien »gewaltsam vereinheitlicht und auf ein einziges ... reduziert« hat oder nicht. Wogegen argumentiert Köhler eigentlich? Nach welcher Art von Erklärung wird hier gefragt, wenn die Antwort theoretisch nichts »einebnen« soll? Natürlich ist es unumgänglich, juristisch und auch historisch klar zwischen Mord, Massenmord und Völkermord zu unterscheiden 3, auch wenn die Völkermörder vermeinten, nur »Ungeziefer« zu vernichten. Aber so wenig die spezifische Qualität des Völkermordes rechtlich und historisch durch eine Analyse seiner Zusammenhänge ausgelöscht wird, so sehr schließt der Verzicht auf eben diese Analyse das Begreifen des Mordens aus.

Ganz offenkundig vertragen sich die Annahmen von Heim/Aly schlecht mit der grundsätzlichen Leugnung einer Handlungsrationalität der Völkermörder und mit der Interpretation des Völkermordes als einem genuinen Ziel an sich.

Browning faßte ihre »bemerkenswerte These« so zusammen: »...daß die ökonomischen und sozialpolitischen Planer der deutschen Besetzung Osteuropas im Massenmord an den osteuropäischen Juden ein Mittel gesehen hätten, ein Überbevölkerungsproblem zu lösen, das in ihren Augen den Weg zur wirtschaftlichen Modernisierung verstellte.«

Tatsächlich kann nach den Quellen kein Zweifel daran bestehen, daß nazistische Planungsgremien dies taten. Und unabhängig davon, ob diese Planer mit ihren Überlegungen nun initiativen, bestimmenden oder geringen Einfluß auf die tatsächlichen Entscheidungen hatten - so widerspricht das hier zu unterstellende Kalkül konsequent allen Vorstellungen, die der Massenvernichtung als absolut radikaler Tat des Regimes nicht nur prinzipielle Gegenrationalität, sondern per se Unbegreifbarkeit unterstellen, wie dies etwa Dan Diner in seinem Beitrag (KONKRET 1/90) getan hat.

Bevölkerungsplaner als intellektuelle Mittäter

Es ist nicht verwunderlich, daß angesichts der offenen Absurdität zahlreicher Elemente der Naziideologie, angesichts der Intelligenz- und Wissenschaftsfeindlichkeit der faschistischen Massenbewegung Forschungsergebnisse über die wichtige Rolle von Intellektuellen bei der Planung, Entscheidungsvorbereitung und -durchsetzung von Teil- oder »End«-lösungen der Expansion auf Skepsis stoßen. Und zweifellos muß der von Heim und Aly geführte Nachweis der verhängnisvollen Rolle von Teilen der deutschen Intelligenz von solchen ihrer Vertreter, die diese Rolle bisher verschwiegen oder vertuschten, als Tabuverletzung empfunden werden. Aber auch die Kritik an der notwendigen Beschränktheit des täterbiographischen Ansatzes der Autoren kann nicht verdecken, daß angesichts der Aktenlage wie ihrer bisherigen Interpretation und eingedenk der Einseitigkeit justizieller Verfolgung des Völkermordes gerade dieser Ansatz es möglich gemacht hat, neue Quellen zu erschließen und Einsichten zu gewinnen.

Heim und Aly haben vor allem Institutionen wie das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, das Kieler Weltwirtschaftsinstitut, das Institut für Deutsche Ostarbeit im besetzten Krakow und verschiedene Hamburger Wirtschaftsbehörden untersucht. Sie sind dabei zu dem Schluß gekommen, daß die in verschiedenen Planungsstäben, Kuratorien und Instituten tätigen Ökonomen, Sozialplaner, Bevölkerungsplaner, Geographen etc. nicht nur die jüngste und flexibelste Elite Deutschlands an Schaltstellen gesellschaftlicher Entscheidung waren. Vielmehr hatten sie ab 1938 auch einzigartige Wirkungschancen. »Der Nationalsozialismus bot Sozialwissenschaftlern und Wirtschaftsplanern ungewöhnliche Chancen, ihre gesellschaftssanitären Utopien in kurzer Zeit zur rücksichtslosen, durch keinen Kompromiß gebrochenen Praxis werden zu lassen. Und umgekehrt boten diese modernen Wissenschaften dem Nationalsozialismus die Chance, seine 'irrationale' Ideologie zu rationalisieren« (Heim/Aly).

Mit jedem Expansionsschritt wurden neue Entscheidungsalternativen eröffnet, für die »endgültige« oder »restlose« Lösungen erdacht, programmiert und in Angriff genommen werden sollten. Unabhängig davon, ob Heim und Aly die Begründungen dieser Planer kritisch genug sezieren und ob diese Planungsvorschläge tatsächlich die jeweiligen Entscheidungen bestimmten, unbezweifelbar bleibt der Nachweis der Autoren, daß solch »planende Intelligenz« »zur wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung das Mittel 'Endlösung' vorschlug«. Es reicht darum nicht aus, Heim/Alys Beitrag zur Erforschung der Beteiligung deutscher Akademiker am nazistischen Völkermord anzuerkennen. Vielmehr ist bei allem Streit über die Tragfähigkeit und Verifizierung ihrer Hypothesen der geführte Nachweis dieser Planungen nicht mehr zu bezweifeln und nunmehr zur Voraussetzung weiterer Forschungen und Interpretationen geworden: »Entsprechend den von uns aufgefundenen Dokumenten haben die verschiedenen Planungsinstitutionen, in denen Soziologen, Bevölkerungswissenschaftler und Ökonomen interdisziplinär zusammenarbeiteten, jeweils eigene, sich potenzierende wissenschaftliche Begründungen geliefert, warum die Ermordung eines Teils der europäischen Bevölkerung sinnvoll und notwendig sei. Dabei spielten interessenpolitische Interventionen z.B. seitens deutscher Handelshäuser und Konzerne sehr wohl eine Rolle.«

Zum Zusammenhang des Völkermords an den europäischen Juden mit dem Überfall auf die UdSSR

Wenn Heim/Aly davon sprechen, daß die erwähnten Planungsgruppen seit 1939 »die Endlösung ersonnen« und sie »mit der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion« durchgesetzt hätten, so geht der unterschiedliche historische Inhalt des Konzepts »Endlösung der Judenfrage« verloren. Denn der Terminus wurde bereits gebraucht, als er noch nicht den Völkermord bezeichnete. Mit dem Überfall auf Polen und dessen Okkupation veränderte sich seine Bedeutung, blieb aber ungeachtet aller Massaker und »natürlicher« Vernichtung entscheidend auf Vertreibung gerichtet. Seit dem 1. September 1939 verging kein Tag, an dem Wehrmacht, SS oder Polizei nicht polnische Staatsbürger jüdischer Nationalität erschossen, erschlugen, erstachen oder lebendig verbrannten – von Drangsalierungen und Ausplünderung ganz zu schweigen.

Obwohl das Vorgehen gegen die jüdische Bevölkerung Polens integraler Bestandteil der NS-Okkupationspolitik war, folgten weder sein Charakter noch seine Determinanten aus ihr allein. Im okkupierten Polen setzte die faschistische Judenverfolgung sofort mit größerer Brutalität und Rücksichtslosigkeit als in Deutschland und in den kampflos okkupierten

Ländern ein: Massaker, Deportation und Ghettoisierung bestimmten sie. Der bis 1939 in Deutschland erreichte Grad der Verfolgung wurde in Polen sehr schnell übertroffen.

Von den rund 3,3 Mill. jüdischen Staatsbürgern Polens geriet der größte Teil unter die Herrschaft der faschistischen Okkupanten. Galt diesen jüdisches Leben sowieso als »unwert«, so stuften sie die »Ostjuden« als besonders minderwertige »Untermenschen« auf die unterste Stufe »rassenmäßiger« Wertigkeit der Völker zurück. Damit entfielen Hemmungen in der antijüdischen Politik. Rücksichten auf die Reaktionen der ansässigen polnischen Bevölkerung schienen überflüssig. Schließlich war die große Masse der polnischen luden arm. Bisherige Erfahrungen bei der Vertreibung – etwa in Wien – hatten aber gezeigt, daß armen Juden eine Emigration kaum möglich war. Nun machte der Krieg eine Massenvertreibung der Juden aus dem faschistischen Herrschaftsbereich unmöglich.

Zweifellos war dem Terror gegen die polnischen Juden bereits vor dem Übergang zu einer Strategie des systematischen Völkermordes eine genozidale Komponente eigen. Doch blieb bis zum Überfall auf die UdSSR der Hauptinhalt der »Endlösung« die Vertreibung und nicht der Genozid4. Massenvertreibung wie Ghettoisierung standen durchaus in einem direkten Zusammenhang mit der Bevölkerungsplanung der Okkupanten. Aber diese konzentrierte sich auf die annektierten Gebiete. Und hier ging es um den Aufbau einer »geordneten« Sozialstruktur der deutschen Bevölkerung, keineswegs um die Schaffung eines kollaborationswilligen polnischen Mittelstandes. Und solange das Generalgouvernement (GG) die Funktion hatte, alle aus Deutschland, dem annektierten Polen oder Österreich vertriebenen Juden und Polen aufzunehmen, konnten weder die Bedenken und Widerstände Franks, noch die Planungen von GG-Behörden für eine durchrationalisierte Wirtschaft, noch die fraktionellen Streitigkeiten unter den Okkupanten, noch die Gutachten über die Wirtschaftlichkeit oder Kosten der Ghettos Entscheidendes an jener Strategie ändern.

Die Konzentration jüdischer Menschen im GG brachte Massenarbeitslosigkeit und Massenverelendung mit sich. Eine umfassende Nutzung der Arbeitskraftressourcen war im ökonomischen Blitzkriegskonzept auch keineswegs vorgesehen. Die Einrichtung der Ghettos erfolgte spontan und dezentralisiert. In jener Phase wurden mit ihrer Enteignung und Zwangskonzentration für die polnischen Juden Existenzbedingungen geschaffen, die ihre Lebensmöglichkeit systematisch reduzierten, die dann aber unter den Aspekten der Hygiene und Seuchenbekämpfung, der Kriminalität und des Schmuggels den Planern Legitimationsgründe lieferten, »radikale Lösungen« zu fordern.

Wer wie Ulrich Herbert grundsätzlich unterscheidet zwischen Völkermord an den Juden als genuinem Ziel der Nazis und dem Massenmord an den Russen als »ein(em) rassistisch legitimierbaren Mittel zur Durchsetzung kontinentalimperialistischer Ziele«, der unterschätzt m.E. den Zusammenhang des Krieges gegen die Sowjetunion mit dem Übergang zur systematischen Ermordung der Juden.

Mir erscheint es wichtig, zwei Sachverhalte zu betonen: Die Initiierung und Durchführung des Völkermords hängt zum einen mit der Expansionsplanung gegenüber der UdSSR zusammen. Er kann darum nicht von solchen Planungen, wie sie etwa der »Generalplan Ost« (GPO) artikuliert, getrennt werden. Bei den Überlegungen, wie der »riesige Kuchen« zerlegt und verteilt werden sollte, traten naturgemäß Interessenkonflikte auf. Ob für diese, wie für die Differenzen zwischen den Okkupantengruppen innerhalb des GG, die Einigung auf die »Endlösung der Judenfrage« als jener Minimalkonsens fungierte, der Planungsgremien Handlungsfreiheit eröffnete, bleibt zweifelhaft. Die von Eichholtz in seiner Analyse des GPO benannten Differenzen zwischen unterschiedlichen Ausbeutungsinteressen einerseits, wirklichen oder vermeintlichen Sicherheitsinteressen andererseits, legen Gegenteiliges nahe5.

Zweitens: Der Holocaust kann nicht nur nach dem Muster »Auschwitz« gedacht werden. Vielmehr trifft Hilbergs Feststellung zu, daß die beiden unterschiedlichen Vorgänge, durch die der neue historische Inhalt der »Endlösung der Judenfrage« schließlich exekutiert wurde, auch gesondert akzentuiert werden müssen:6

- Im Gefolge der Wehrmacht rückten mobile Einsatzkommandos in die besetzten Gebiete der UdSSR vor und töteten die Juden auf der Stelle. Obwohl sie Hunderttausende umbrachten, hatten sie damit erst einen Bruchteil der im polnisch-sowjetischen Grenzgebiet lebenden Juden erreicht. So wurden nach dem Abebben der ersten Mordwelle auch hier Ghetos und Arbeitslager errichtet. Ihre Funktion bestand hauptsächlich darin, eine territoriale Streuung der Opfer zu verhindern. Im Frühjahr und Frühsommer 1942 folgte eine zweite Mordwelle. Sie zielte auf die restlose Vernichtung der sowjetischen Juden.
- Im Unterschied zur Mordoffensive mobiler Kommandos wurden die im okkupierten Polen 1941/42 errichteten Stätten der Massenvernichtung stationär betrieben. Aufbau und Betrieb dieser Massenvernichtungseinrichtungen erforderten einen umfangreichen Apparat. Das Reichssicherheitshauptamt als koordinierende Zentrale mußte sich mit einer Vielzahl militärischer wie ziviler, zentraler wie lokaler, deutscher wie ausländischer Dienststellen abstimmen.

Zweifellos setzte der Übergang der Nationalsozialisten zum Völkermord an den Juden, aber auch an Roma und Sinti, und ihre Planungen zur Vernichtung weiterer Völker die Erfahrungen aus Polen voraus. Die im GPO konzipierte Ausrottung

ganzer Völker im Interesse künftiger Siedlungs- und Bevölkerungsplanung jedoch betraf Dutzende von Millionen, die im nazistischen Verständnis zwar »arisch«, dennoch aber minderwertig waren. Das Krepierenlassen von Millionen sowjetischer Kriegsgefangener 1941, das intendierte Verhungern der bisher aus der Ukraine versorgten Teile der russischen Bevölkerung, die »Aussiedlung« der Polen und anderer Völker folgten der Rang- und Reihenfolge der nazistischen Rassenhierarchie. Insofern ist das bevölkerungsplanerische Kalkül als Teil des Expansionsprogramms nicht nur insgesamt, sondern auch im Detail unlösbar mit der Naziideologie *als Ideologie* verbunden.

Naziideologie und Expansionsplanung

Der These, daß der Nazirassismus für sich genommen, d.h. ohne imperialistische Sozialplanung, »zu mehr als zu Pogromen, Plünderungen und Massenerschießungen nicht ausgereicht« hätte (Heim/Aly), muß widersprochen werden. Denn sie verkennt die Funktion der Naziideologie bei der Zielbestimmung und Programmierung der Expansionen des deutschen Imperialismus. Zweifellos ist der sozialdarwinistische Rassenmystizismus der integrative Kern dieser Ideologie. Und natürlich kann weder die Behauptung eines »wissenschaftlichen Antisemitismus« noch die sekundäre Inanspruchnahme der Resultate einiger Einzelwissenschaften, noch gar der Konformismus deutscher Wissenschaftler die Falschheit, Unwissenschaftlichkeit und Absurdität der Naziidologeme auch nur mildern7. Trotz ihrer Absurdität aber hat sie bei der Expansion des deutschen Imperialismus erfolgreich als Ideologie fungieren können. Damit sind hier nicht nur die handlungsleitenden Folgen bei der Mobilisierung und Formierung faschistischer Gefolgschaften gemeint. Noch wichtiger erscheint mir, daß der Rassismus 'Argumente' lieferte, mit denen sowohl die kurz als auch die längerfristigen Eroberungsziele und -schritte Hitlerdeutschlands begründet werden konnten. Insofern ist es zu einfach zu sagen, der Rassismus sei kein Täuschungsmanöver gewesen, kein Mythos, hinter dem sich reale wirtschaftliche Interessen verbargen. Sie brauchten sich nicht zu verbergen, denn er stellte Rahmen und Instrumente bereit, mit denen sie artikuliert und kalkuliert werden konnten. Deshalb ist auch eine schroffe Entgegensetzung von einerseits prinzipiellem Irrationalismus und andererseits rationalem Kalkül der Bevölkerungsplanung als einander ausschließende Legitimationsformen der Vernichtungspolitik eine Verzeichnung des Sachverhalts. Vielmehr verschränkten sich Irrationalität und Rationalität in der Naziideologie und -politik mehrfach.

Wenn man mit Herbert glaubt, daß der Rassismus »mit dem Anspruch auftritt, die Entwicklungen, Widersprüche und Probleme der Welt insgesamt schlüssig zu erklären«8, dann muß dieser als Ideologie, die kollektive Handlungsziele setzt, in der Lage sein, wirtschaftliche und sozialstrukturelle Programme für den von Deutschland beanspruchten Großraum zu begründen. D.h. eine insgesamt irrationale »Weltanschauung« ist hier in bezug auf Expansionsziele und -interessen für vielerlei rationale Kalküle offen. Die konkreten Einzelprogramme aber sind nicht bloß Ausfüllung eines ansonsten leeren Rahmens. Alle von Heim/Aly herangezogenen Konzepte veranschaulichen, wie Wirtschafts- und Sozialplanungen keineswegs nur als nachträgliche Rechtfertigung unabhängig von ihnen durchgeführter, ausschließlich »ideologisch« bestimmter Expansionsprogramme erarbeitet und praktiziert wurden. In der Erschließung jener durch militärische Eroberungen eröffneten Expansionsmöglichkeiten bei der Lösung vorgefundener wie durch die Okkupation geschaffener oder potenzierter Probleme spielte die Naziideologie für die planende Intelligenz gleich mehrfach eine Rolle: als äußere Vorgabe von Zielen und Entscheidungsalternativen, als Prämisse eigenen Erwägens, als Angebot eines Instrumentariums.

Deshalb erscheint es mir falsch, wenn Herbert ein »Drängen zur Lösung... seit 1938« unterstellt, das sich »innerhalb von drei Jahren beschleunigte, radikalisierte und schließlich zur Vernichtung der europäischen Juden führte«, als ob die Vernichtungspolitik quasi automatisch aus dem Antisemitismus der Nazis erwuchs. »Staatlich gelenkte Maßnahmen zur Beseitigung der Juden aus dem eigenen Lebenszusammenhang« hatten zwar die Überzeugung, »daß die Juden der genetisch codierte Nukleus der Fehlentwicklungen in der modernen Gesellschaft« seien9, zur notwendigen, aber eben nicht zur hinreichenden Voraussetzung. Herbert tendiert dazu, beides nicht mehr zu trennen, obwohl doch bei jedem Expansionsschritt der Nazis zur notwendigen weitere Voraussetzungen der Massenmorde hinzutraten.

Wenn Browning daher schlußfolgert: »Wo sie ein ökonomisches Kalkül für die ausschlaggebende Voraussetzung der 'Endlösung' halten, begreife ich die 'Endlösung' als eine Politik, die trotz ihrer ökonomischen Irrationalität durchgeführt wurde« – muß gefragt werden, welche Vorstellungen von ökonomischer Rationalität dem zugrundeliegt und wie sie historisch zu spezifizieren sei. Die historische Differenzierung auch der Funktionalität oder Dysfunktionalität von Planungen und Praktiken kann doch nur auf die der jeweiligen Kriegsphase gesetzten Zielkataloge der Okkupanten bezogen werden. Alle zuvor bereits angefallenen Arisierungsgewinne etwa, selbst die fürchterlichen Bilanzen Globocniks darüber, was den Ermordeten an letzter Habe noch abgenommen wurde, zeigen: diese Vernichtung war kein lohnendes Geschäft. In dieser letzten Ausplünderung läßt sich eine 'Ökonomie der Endlösung' nicht ausmachen. Auch bezogen auf den unmittelbaren Arbeitskräftebedarf Deutschlands oder der Rüstungsindustrie im okkupierten Polen nach dem Scheitern des Blitzkrieges war die systematische Menschenvernichtung dysfunktional10 und – hier muß Heim/Aly widersprochen werden – zwischen Kriegswirtschaft und Massenvernichtung bestand nicht nur ein scheinbarer, sondern ein wirklicher Widerspruch. Wären nicht auch Teile der jüdischen Wirtschaft für eine Rationalisierung der Produktion im GG gut geeignet

gewesen? Und haben die Judentransporte nach Auschwitz und Treblinka nicht militärisch dringend benötigte Waggons beansprucht?

So dysfunktional in bezug auf die eigene Kriegsführung und deren ökonomische Absicherung, so rational kalkuliert ist der Riesenbetrieb der Vernichtungsmaschinerie. Mit der Behauptung, ihr Betrieb habe seinen Zweck in sich gehabt, bleibt der Zusammenhang gerade des Krieges mit dem Völkermord unbegriffen. Tatsache ist, daß sich der Weltherrschaftsanspruch im Kontext nazistischer Ideologie als sozialdarwinistischer Rassenmystizismus darstellt. Alle Wahnmomente dieser Ideologie schließen jedoch weder ihre Funktionalität hinsichtlich der von ihr artikulierten Ziele noch die Möglichkeit rationalen Kalkulierens in ihrem Rahmen aus. Der nazistische Diskurs artikuliert den Anspruch auf Weltvorherrschaft als »natürliches« Recht einer höheren »Rasse«. Deren höherer Wert wird zwar als Tatsache unterstellt, doch muß er sich beweisen. Das tut er durch kriegerische Unterwerfung Minderwertiger. Reinheit und Herrschaft der höheren Rasse erfordern Auslese und Ausmerze. Ihr Kriterium kann praktisch nur die Leistungsfähigkeit für die eigenen Herrschafts- und Expansionsziele sein. Was also untüchtig, »lebensunwert« etc. ist, wird jeweils funktional bestimmt und ist damit auf unterschiedliche Menschengruppen übertragbar. Insofern ist zu Recht von der Euthanasie zum Völkermord eine Linie zu ziehen. Und sie wurde 1942 sehr drastisch gezogen, als das Personal der T 4 Aktion unter Wirth in die Lager der »Aktion Reinhard« unter Globocnik versetzt wurde.

Weil Expansionsdrang und Weltherrschaftsanspruch des deutschen Kapitals im Rassismus der Nationalsozialisten einen ideologischen, einen handlungsbestimmenden Ausdruck fanden, nahm es Widersprüche zwischen dieser Ausdrucksform und anderen, je besonderen Expansionsinteressen in Kauf. Es wäre jedenfalls kurzschlüssig, die integrativen Potenzen der Naziideologie, ihre Fähigkeit, unterschiedlichsten Zielen dienen zu können, zu unterschätzen. Sie reduzierte sich nicht auf Rassismus als Ausdruck von Haß und Gemeinheit und ist ebensowenig mit irrationalen oder pathologischen Persönlichkeitszügen einiger Naziführer zu erklären. Ihre Annahmen müssen auf ihre Funktionen für die tatsächlich verfolgten Ziele bezogen werden, nur so kann funktional-historisch und rational der praktische Zweck und Nutzen auch der irrationalen Dogmen nachgewiesen werden. Das realpolitische Programm für Expansion und Krieg ist nicht neben, sondern entscheidend in und durch die Naziideologie ausgedrückt worden und darf daher in ihr nicht verkannt werden.

Die Tatsache, daß die Vernichtungspolitik mit geopolitischen, ökonomischen, medizinischen, sicherheitspolitischen, vor allem sozialplanerischen Argumenten begründet werden konnte, spricht für die Aufnahmefähigkeit des nazistischen Rassismus als Expansionsideologie, aber auch dafür, daß Vernichtung, Aussiedlung, Assimilation oder Siedlungsplanung von vornherein als Momente von Herrschaft und Herrschaftserweiterung konzipiert und praktiziert wurden.

Sozialplanung, Rationalisierung und Völkermord

Heim und Aly behandeln Polen mehr oder weniger als Schlüssel für die nazistischen Europapläne: ein Land mit einer Bevölkerungsstruktur, die den Expansionsstrategen viele Probleme aufgab. An der Schwelle zur Industrialisierung stehend unterhielt Polen eine große agrarische Überbevölkerung und machte eine schwere soziale Krise durch. So notwendig es nun ist, zwischen jenen sozialen Problemen, die die Okkupanten in Polen vorfanden, und jenen zu unterscheiden, die durch Krieg und Okkupationspolitik erst geschaffen bzw. potenziert wurden, so demagogisch erscheint mir etwa Ulrich Heberts Vorwurf, in der Analyse faschistischer Sozialplanungen hätten Heim/Aly die erstgenannten Sachverhalte durch solche der zweiten Kategorie ersetzt. Es ist doch nicht zu bestreiten, daß die nazistischen Analytiker es mit einer Situation zu tun hatten, die Produkt sowohl der Vorkriegsverhältnisse als auch der durch Krieg und Okkupationspolitik erst hervorgebrachten war. Und so sehr dieses Amalgam für die Okkupanten auch Handlungszwänge setzte, so standen sie doch stets unter dem Diktat ihrer Okkupationsziele. Schließlich waren ja die Aggressoren nicht aufgebrochen, um Polen von seiner überkommenen Sozialstruktur und Produktionsweise zu befreien und ihm zu einer modernen, durchrationalisierten kapitalistischen Produktionsweise zu verhelfen. Das Ziel, die »polnische Wirtschaft« auf den Stand höchstmöglicher Arbeitsproduktivität im europäischen Großraum zu bringen, mag mancher Planungsgruppe zwar vorgeschwebt haben, maßgebend für die Okkupationspolitik wurde sie keineswegs. Mir scheint der gegen Heim und Aly erhobene Vorwurf, sie würden ihre eigene Argumentation nicht nur auf die Zustandsanalysen, sondern auch auf die Begründungen mancher dieser Planer oder ihrer Vordenker stützen, unberechtigt, aber doch des Nachdenkens wert zu sein. Denn was die Vorkriegsanalysen der Sozialstruktur etwa Polens angeht, so vermag ich nicht einzusehen, daß ihre Resultate deshalb falsch sein müssen, weil sie entweder bereits mit dem Ziel der Sondierung der künftigen Beute verfaßt oder weil sie in den Dienst der Okkupationspolitik gestellt wurden und werden konnten. Schwerwiegender erscheint mir Herberts Einwand mangelnder kritischer Distanz dort, wo es um die Behauptungen Momberts und seiner Nachfolger (z.B. Meinhold) geht, daß Massenarbeitslosigkeit mit Kapitalverschleiß gleichzusetzen sei und folglich allein die Menschenvernichtung einer Kapitalvernichtung vorbeuge, zumindest solange Kapitalinvestitionen zur Rationalisierung nicht möglich seien. Hier liegt tatsächlich ein Versäumnis der Autoren, die den Meinholdschen Argumentationsgang von der eigenen Erörterung des Sachverhalts nicht klar genug abgegrenzt haben.

Was nun das GG betrifft, auf das die Meinholdsche Interpretation der Überbevölkerung als Kapitalverschleiß gerichtet ist, so muß gerade hier nach den Zielen der Okkupanten gefragt werden, und danach, welches Ziel in welcher Kriegsphase welche Dringlichkeit besaß.

Der entscheidende Schub einer Rationalisierung von Produktions- und Infrastruktur im GG erfolgte 1943 und bezog sich auf die Rüstungsgüterfertigung10. Dieses Rationalisierungsprogramm ist von Konzepten zu unterscheiden, die das GG noch als relativ selbständiges Wirtschaftsgebiet voraussetzten. Nach dem Scheitern ihres Blitzkrieges bemühten sich die Nationalsozialisten, die Produktionspotenz des GG für die deutsche Kriegswirtschaft maximal zu nutzen – was den ursprünglichen Okkupationszielen widersprach. Denn die Entscheidung für den Völkermord an den Juden war zu dieser Zeit längst gefallen. Aber der Rationalisierungsschub 1943 setzte noch mehr voraus: Bei ihm ging es nicht mehr um eine Umstrukturierung im Sinne der Durchsetzung moderner kapitalistischer Produktionsweise, Infra- und Bevölkerungsstruktur. Im Gegenteil, die Konzentration auf eine Ausnutzung der gegebenen Produktionsmöglichkeiten implizierte nicht nur den Verzicht auf wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch die rigorose Schließung zahlreicher Betriebe. In Rechnung gestellt werden muß 1943 auch die 1942 erfolgte Übernahme der Wirtschaftsführung im GG durch zentrale Regulierungsinstanzen im Deutschen Reich. Wenn es also um Rationalisierungskonzepte im okkupierten Polen geht, deren Konsequenzen für die Bevölkerungsentwicklung in Rede stehen, so muß jeweils bestimmt werden, für welche Phase und im Rahmen welcher Zielvorgaben sie erarbeitet und ob sie umgesetzt worden sind.

Es scheint mir ein generelles Problem der weiteren Ausführungen des Ansatzes von Heim/Aly zu sein, herauszufinden, welchen wirklichen Stellenwert die von ihnen untersuchten Gutachten, Analysen, Vorschläge im Prozeß der Entscheidung und ihrer Realisierung hatten. So sprechen sie bspw. dem Staatssekretärsgremium der Vierjahresplanung eine initiative Rolle auch für die antijüdische Politik zu und nennen u.a. die Beauftragung Heydrichs durch Göring. Ließ sich aber nicht vielmehr umgekehrt Heydrich von Göring formell beauftragen? Wie skeptisch man ebenfalls den so überaus instruktiven Dokumenten des Instituts für Deutsche Ostarbeit (IDO) in bezug auf ihren Stellenwert für die tatsächliche Entscheidungs-Eindung nicht Franks, sondern zentraler Reichsinstanzen gegenübertreten muß, erhellt die Tatsache, daß nach den ersten Siegen der Wehrmacht in der UdSSR gerade nicht die vom IDO favorisierte Variante einer territorialen Veränderung des GG durchgesetzt wurde, sondern jene, die das IDO mit Hinweis auf die Bevölkerungsstruktur abgelehnt hatte.

Zusammenfassung: Heim und Aly ist zuzustimmen, wenn sie den Völkermord an den Juden als Bestandteil eines umfassenden Versuchs begreifen, die Probleme der europäischen Expansion des deutschen Imperialismus mit bevölkerungspolitischen Mitteln zu lösen. Daß Naziplaner bevölkerungsökonomische und sozialpolitische Überlegungen zu einer »Endlösung der sozialen Frage in Europa« ins Zentrum der Politik rückten, kann nicht deutlich genug unterstrichen und gründlich genug erforscht werden. Daß sie dabei Osteuropa als Brachland ansahen und die Lebenschancen ganzer Völker entsprechend kalkulierter sozialer – formell »rassischer« und »völkischer« – Hierarchisierungen bis hin zum technisierten Völkermord berechnen und steuern wollten, steht außer Frage.

Die »Volkstumspolitik« der Nazis hatte – auch darin haben Heim/Aly recht – mehrere Funktionen, darunter die Neuverteilung der Arbeitskräfte im Großraum, darunter die Herstellung »geordneter« Sozialstrukturen. In Polen sollte die soziale Frage kolonialistisch dadurch »gelöst« werden, daß der gegebenen Klassenstruktur eine Schicht minderwertiger Arbeitskräfte unterlegt wurde.

Mit »Ökonomie der Endlösung« meinen Heim/Aly nicht die letzte Ausplünderung der Opfer des Völkermordes nach ihrer längst erfolgten ökonomischen Vernichtung. Vielmehr wird der Völkermord als eine infrastrukturelle bevölkerungspolitische Voraussetzung jener Expansion gefaßt, die nicht nur eine neue Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsökonomie, sondern die faschistische »Neuordnung« im beherrschten »Großraum« durchsetzen sollte. Inwieweit dabei die Bevölkerungsplanung tatsächlich im politischen Entscheidungszentrum stand und ob und in welchem Maße Herrschaftslogik und Herrschaftsrationalität hier ihren Fokus fanden, bleibt der Verifizierung wie der genaueren Analyse offen.

Anmerkungen:

1) Ich stütze mich auf folgende Beiträge der Autoren:

- Susanne Heim/Götz Aly: Ein Berater der Macht. Helmut Meinhold oder der Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Judenvernichtung, Hamburg-Berlin 1986.

- Dies.: Die Ökonomie der »Endlösung«. Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 5: Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der Endlösung?, Berlin 1987, S. Il ff.

- Dies.: Sozialplanung und Völkermord. Thesen zur Herrschaftsrationalität der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, in: KONKRET, 1989, Heft 10, S. 82 ff.

2) Vgl. Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition, Band: Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939-1945). Dokumentenauswahl und Einleitung von Werner Röhr unter Mitarbeit von Elke Heckert, Bernd Gottberg, Jutta Wenzel und Heide-Marie Grünthal, Berlin 1989.

3) Vgl. Werner Röhr: Terror und Politik. Über einige Funktionen des Terrors für die Okkupationsherrschaft der Hitlerfaschisten in Polen, in: Jahrbuch für die Geschichte der sozialistischen Länder Europas, in Druck, (1990).

4) Anders Kurt Pätzold: Von der Vertreibung zum Genozid. Zu den Ursachen, Triebkräften und Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus, in: Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik, hg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, Berlin 1980, S. 204 f.

5) Dietrich Eichholtz: Der »Generalplan Ost«. Über eine Ausgeburt imperialistischer Denkart und Politik (mit Dokumenten), in: Jahrbuch für Geschichte, Band 26, Berlin 1982, S. 217 ff.

Vgl. auch ders.: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Band Il: 1941-1943, Berlin 1985, S. 430 ff. (Exkurs: Politische und Ökonomische Hintergründe des »Generalplans Ost«)

6) Paul Hilberg: Die Vernichtung da europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982, S. 287.

7) Daß die nazistische Weltsicht nicht als »irrational« verstanden werden dürfe, weil sie »sich ja gerade als moderne naturwissenschaftlich begründete und empirisch abgesicherte Theorie« verstanden habe, vertritt tatsächlich Herbert. Dabei kann auch die Tatsache, daß solcher Rassismus bereits in den 20er Jahren »weit verbreitetes Gemeingut vor allem der akademischen Mittelschichten« war, wohl kaum als Indiz auch nur für ein Gran Wissenschaftlichkeit gelten.

8) Dagegen betont auch Diner: »War da Antisemitismus für die Judenvernichtung nötig, so geht letztere nicht notwendig aus dem Antisemitismus hervor« – und benennt das Euthanasie-Programm der Nazis als Zwischenschritt.

9) Vgl U. Herbert: Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der »Weltanschauung« im Nationalsozialismus, in: Dan Diner (Hg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt am Main 1987, S. 198 ff.

10) In bezug auf die Arisierung für 1940 im GG von einem »gewaltigen Rationalisierungsschub« (Heim/Aly) zu sprechen, dürfte übertrieben sein. Vgl. zur Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung im okkupierten Polen: Czeslaw Luczak: Polityka ludnosciowa i ekonomiczna hitlerowskich Niemiec w okupowanej Polsce, Poznan 1979, bes. S. 278ff.

Werner Röhr ist Historiker und lebt in Berlin/DDR

Konkret 08/90, S. 49

Otto K□ hler

Der Tag des Herrn

□ ber die Wiederauferstehung der Deutschen Bank in der DDR

An jenem Sonntag war der Tag des Herrn. Die Deutsche Mark regiert seit dem 1. Juli das einig Vaterland. Unser kenntnisreicher Bundeswirtschaftsminister Dr. Helmut Haussmann hatte sich schon am Freitag darauf vorbereitet. Ganzseitige Anzeigen, zur Hälfte bedeckt mit seinem schönen Kopf, zierten die großen Zeitungen. Er hatte einen kleinen Text dazu verfaßt: »Jetzt können wir«, sprach er zu uns, »die Chancen der Sozialen Marktwirtschaft gemeinsam nutzen...Nach der politischen Freiheit wird jetzt auch die wirtschaftliche Freiheit in der DDR verwirklicht.«

Wie sieht diese Freiheit aus? Und wo wohnt sie in der DDR, der ehemaligen? In denselben Zeitungen stand es – ebenfalls als ganzseitige Anzeige: »Von Anfang an eine gute Adresse – Die Deutsche Bank in der DDR.« Ja, da ist sie wieder – nach fünfundvierzigjähriger Unterbrechung, die Deutsche Bank in über hundert Filialen mit guten, ach was, mit allerbesten Adressen.

In Bernau sitzt sie in der Ernst-Thälmann-Straße. In Bernburg auf dem Marx-Engels-Platz. In Bitterfeld in der Karl-Marx-Straße. In Bützow in der Wilhelm-Pieck-Straße. In Cottbus in der Karl-Liebknecht-Straße. In Dresden in der Otto-Buchwitz-Straße. In Gotha auf dem Leninplatz. In Ilmenau in der August-Bebel-Straße. In Plauen auf dem Otto-Grotewohl-Platz. Am Ostberliner Prenzlauer Berg in der Willi-Bredel-Straße. In Spremberg in der Klara-Zetkin-Straße.

Ja darf denn das heute noch sein? Kommunisten über Kommunisten. Ernst Thälmann, der von Hitler liquidierte deutsche Kommunistenführer, gibt der Deutschen Bank nicht nur in Bernau mit seinem Namen ihre gute Adresse, sondern auch in Borna, in Eisenberg, in Genthin, in Greiz, in Grevesmühlen, in Ludwigslust, in Rudolstadt und in Wittstock.

Darf man denn wirklich dieser vornehmen großen Bank solch eine Adresse antun? Muß denn die Deutsche Bank selbst in Chemnitz, das seinen ehrlichen Namen wieder hat, ausgerechnet in der Fritz-Heckert-Straße residieren? Kann man in Eisenberg und anderswo nicht wenigstens Ernst-Thälmann-Platz als E.T.-Platz abkürzen – so wie es Eisenach mit dem Platz der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft machte, der jetzt einfach Platz der DSF heißt.

Und all die anderen unangenehmen Namen: Platz der Solidarität – der ist auch abgekürzt völlig unzumutbar; muß die Deutsche Bank in Stralsund ausgerechnet da residieren? Und schlimmer noch in Crimmitschau – da ist die Deutsche Bank gezwungen, in der Straße der Befreiung zu sitzen. Weiß denn keiner, wie taktlos das ist? Was Kommunisten und ähnliche Leute 1945 als Befreiung empfanden – für die Deutsche Bank war das doch die Katastrophe. In der DDR wurde sie enteignet, und im Westen wäre ihr das beinahe auch passiert. Es gab die Empfehlung der US-Militärregierung, daß

1. die Deutsche Bank liquidiert wird;

2. die verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Bank angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden;

3. die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme wichtiger und oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden.

Es blieb bei der Empfehlung – der Kalte Krieg kam dazwischen. Die Deutsche Bank wurde wieder die mächtigste und größte der Bundesrepublik und jetzt, da sie wieder ganz Deutschland übernimmt, sollte man die Straße der Befreiung zweckmäßigerweise umbenennen in Hermann-Josef-Abs-Allee oder schöner noch in Emil-Georg-von-Stauß-Straße, nach jenem Vorstandsmitglied, das schon vor 1933 dafür sorgte, daß Hitler, Göring und Goebbels immer mit guter Reichsmark versorgt waren.

Damals kam es zu jener großen Erkenntnis, die schon einmal das einig Vaterland herzustellen half: »Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß ein Teil des Volkes sich zum Privateigentum bekennt, während ein anderer Teil das Privateigentum ableugnet. Solch ein Kampf zerreißt das Volk.« In solchen Kämpfen, das sahen schon damals die führenden Männer Deutschlands ein, verzehrt sich »die Kraft eines Volkes vollkommen nach innen, und kann infolgedessen auch nicht nach außen wirken.« Es war unser Führer, der damals so sprach, vor den Spitzen der Industrie, am 20. Februar 1933, als es schien, daß seine Einsicht auf immer gesiegt habe. Doch 1945 zerriß der Kampf unser Volk aufs neue, der eine Teil ließ sich sein Privateigentum an den Produktionsmitteln nehmen.

Das hat ein Ende, am l. Juli 1990 hat die Geschichte dem Führer recht gegeben.

An diesem Sonntag, wir wissen es, war der Tag des Herrn. Die Deutsche Bank eröffnete um Mitternacht, um 00.00 Uhr – die bekannte Stunde Null – ihren neuen Tempel auf dem Alexanderplatz. Die Gläubigen harrten schon seit vielen Stunden, es gab große unvergeßliche Szenen religiöser Ekstase, manche fielen auch sichtbar in Ohnmacht und wurden weggetragen. Dann war es soweit, der Gottesdiener teilte an den ersten Eingeborenen unseres neuen Schutzgebietes das Sakrament der Heiligen Deutschen Mark aus. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, das zuständige Missionsorgan, meldete: »Andacht in den Wechselstuben der Währungsunion: Am Tag der Geldumstellung standen die Deutschen in der DDR schon kurz nach

Mitternacht in langen Schlangen vor den Filialen der Deutschen Bank, um das alte Geld einzutauschen.«

Konkret 08/90, S. 52

Christel Dormagen

Wie nackt ist eine schwarze Frau?

»Das Sehen bat eine Geschichte, Bilder haben eine andere. Im Auge sitzt die Moral, nicht im Erblicken«

Jüngst stand in einer lobenden Jazzkonzert-Besprechung eines Ostberliner Blattes auch dieser Satz: »Und dann sprangen vier dicke Neger auf die Bühne.« So etwas geht natürlich nicht! Und wir Rassismusbewußtseins-Inhaber merzen selbstverständlich »dicke Neger« immer aus und ersetzen sie durch entsprechende Gleichberechtigungsvokabeln. In derlei Zensur sind wir von hoher Menschenachtung; solche Ausrutscher passieren uns eigentlich nicht mehr. Wir wachen über die öffentlichen Begriffe, und »Negersätze« sind, unter uns Aufgeklärten, in eine Art uneigentlichen mündlichen Ironie- oder Zitierjargon abgewandert, in dem der Tonfall jeweils das Nicht-buchstäblich-Gemeintsein signalisiert.

So weit, so fortschrittlich. Und dann lesen wir. in einer sehr lobenden Besprechung des neuen amerikanischen Bürgerkriegsfilms »Glory«, der vom Einsatz eines der ersten schwarzen Regimenter handelt, in der »FAZ« folgenden Schlußabsatz: »'Glory' gehört zu den Filmen, die nicht durch formale Brillanz bestechen, sondern durch ihre innere Wahrhaftigkeit. Es ist ein Film mit einer Botschaft. Sie lautet: Die Gleichberechtigung bleibt eine leere Floskel, wenn nicht die Schwarzen sich ihrer würdig erweisen.« Mit dieser Formulierung wohlwollender Kolonialistenarroganz erweist sich der Autor nachträglich einer Teilhabe an der Berliner Afrikakonferenz würdig, auf der Anfang unseres Jahrhunderts der Kontinent aufgeteilt wurde.

Am 21. März wurde Namibia, die letzte Kolonie in Afrika, unabhängig; gleichzeitig wurde weltweit der UNO-Antirassismustag begangen. Und jetzt hat das Berliner 'Haus der Kulturen der Welt' eine umfassende Ausstellung ethnographischer Fotografie gezeigt: von der Erfindung der Fotografie bis zum Zweiten Weltkrieg. Entstanden ist sie in Zusammenarbeit des Münchner Stadtmuseums mit dem Haus der Kulturen der Welt in Berlin und war um die Jahreswende bereits in München zu sehen. Haben wir nun eine solche Ausstellung noch nötig? Oder rennt sie offene Kopftüren ein?

Eine heftige Ja-aber-Antwort gibt ein Zusammenschluß von Berliner Ausländer- und Ausländerinnengruppen. Unter der Überschrift »keine rassistische und sexistische Ausstellung« verteilte die Gruppe ein Flugblatt zur Eröffnung, in dem unter anderem zu lesen stand: »Die Ausrottung, Versklavung und Kolonialisierung der Völker Afrikas, Asiens und Amerikas ist trotz Verschüttung und Verleugnung der Geschichte allgemein bekannt. Die Verharmlosung und Verniedlichung dieser Greueltaten hat eine lange Tradition in Europa, an deren Folgen heute noch schwarze Menschen leiden. Die Ausstellung ... folgt genau dieser Tradition, vermarktet und pornographisiert die Körper der kolonialisierten und versklavten Völker. Schwarze Frauen werden für diese Zwecke besonders mißbraucht. Wir wissen genau, von Erzählungen unserer Mütter und Großmütter, unter welchen menschenunwürdigen Bedingungen solche Bilder entstanden sind. Wir wissen auch über die anschließende Vergewaltigung der Mädchen und Frauen, die mit Gewalt zum Fotografieren weggezerrt wurden... Für den Werbeprospekt muß eine schwarze Frau ihre nackten Brüste herzeigen. Soll das etwa eine antirassistische Werbung sein?«

Den Unterzeichnern und Unterzeichnerinnen des Aufrufes geht es also ums schuldige Schauen: Indem wir die ausgestellten Bilddokumente wiedersehen, beleben wir deren Entstehungsumstände und erklären uns – schon qua Sehen gewissermaßen – mit ihnen einverstanden. In der Tat ist es so, daß der, der die Kamera hält, immer schon die Macht hat. Da muß er oder sie gar kein sich pseudowissenschaftlich gerierender Herrenmensch sein, und das im Bild festgehaltene, »gestellte« Objekt muß nicht noch dazu eine schwarze nackte Frau des vom Kamerahaltervolk gewaltsam in Besitz genommenen Landes sein. Das strukturelle Macht-Ohnmacht-Verhältnis wird nicht erst zu einem solchen durch die realen Vergewaltigungen, von denen das Flugblatt weiß.

Es geht also ums Sehen. Um das Sehen mit der Kamera und um das Ansehen der Bilder im doppelten Sinne. Dazu möchte ich von einer Bildergeschichte berichten.

Es sind in der Ausstellung auch Fotografien des Wiener Fotografen, Völkerkundlers und Weltreisenden Hugo Bernatzik zu sehen gewesen, die er 1932/33 auf einer seiner Forschungsreisen zu den Südseeinseln der Salomonen aufnahm. Die Tochter des Forschers, Doris Byer, war als Kind, so schreibt sie in einem Beitrag für den Katalog, stark beunruhigt und ebenso angezogen von den Fotografien ihres Vaters. Sie schienen ihr unnahbar, unbegreiflich und verlockend. Ihr Vater stirbt, als sie noch ein Kind ist; so kann sie mit ihm nicht über jene unheimlichen Heiligtümer, auf denen so häufig dunkle halb bekleidete fremde Menschen zu sehen sind, reden. Über einen großen Umweg versucht sie später dann doch noch dieses Gespräch mit dem toten Vater nachzuholen. Sie wird Ethnologin, verwaltet das riesige Archiv ihres Vaters und reist eines Tages mit 48 ausgewählten Salomonenfotos und einem TV-Team zu den Inseln, an den Ort ihres Entstehens.

Sie reist mit ihrem Wissen über Oral History und Ethnozentrismus, mit den Aufzeichnungen ihres Vaters über jene Fotos und mit ihrem eigenen Blick darauf. Und sie hofft auf die Auflösung der Widersprüche, die dieses Wissen in ihrem Kopf hinterläßt. Ein Tanzfoto mit der offiziellen Beschriftung »Dr. Hugo Bernatzik, famous Viennese Explorer and Professor with some of the friendly natives« kommentiert sie z.B. wie folgt: »Diese Pose vor der Kamera, die ein Miteinander

simuliert, während die kulturellen Symbole trennen, irritiert mich. Die zur Faust geballte erhobene Hand erinnert an einen Gruß der sport- und jugendbewegten Zwischenkriegszeit. Die Eingeborenen dagegen haben die Hände offen, sie lassen sich manipulieren. Warum folgen sie ihm? Durch meine Fragen sollen der Forscher und die 'Eingeborenen' jene Äquivalenz erfahren, die dem Bild meiner Meinung nach abgeht.« Richtiggehend Angst hat sie, ein Weihnachtsfoto mit der folgenden Originalbeschriftung (Erscheinungsdatum 1939!) mitzunehmen: »Weißer Pflanzer mit seiner angetrauten melanesischen Frau und drei Mischlingskindern beim Weihnachtsfest. Sein Versuch, Frau und Kinder durch Kleidung und Erziehung als vollwertige Mitglieder in seine Volksgemeinschaft aufzunehmen, ist aus erbbiologischen Gründen zum Scheitern verurteilt.«

Die Dreherlaubnisverhandlungen – Byer will sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Tochter und Forscherin in einem sein – gestalten sich äußerst schwierig. Schließlich hat sie, mit Hilfe ihrer historischen Bilddokumente, doch Erfolg: Sie darf einreisen, sie darf drehen, sie darf mit Menschen reden; und sie trifft tatsächlich Personen, die sich noch an ihren Vater oder an das Entstehen bestimmter Aufnahmen erinnern und Menschen darauf wiedererkennen. Und diese Menschen sprechen mit ihr. »Diese Rückverwandlung von 'Objekten' in 'Subjekte'«, schreibt Byer, »machte mich auch empfindlich für die Rührung meiner Gastgeber, wenn sie vertraute Menschen als 'Objekte' der Fotografie wiedererkannten. Die Ursache unserer 'Intimität' lag an der Kreuzung eines dreifachen Blicks: Ihre Augen, meine Augen und das 'historische Auge' des Ethnographen, der gleichzeitig mein Vater war, trafen im Foto aufeinander. Diese rasche Nähe durch die gemeinsame Wahrnehmung des Fotos bei gleichzeitiger Distanz von den *wirklichen* Menschen erschwerte allerdings auch die soziale Orientierung. Sie vergrößerte das Risiko, sich 'falsch' zu benehmen.«

Byer zeigt, mit Scham, dann auch einem der auf besagtem Weihnachtsfoto abgebildeten Personen jenes Dokument. Der Sohn des weißen Siedlers und der, wie sich herausstellt, schwarzen Häuptlingstocher erinnert sich noch an jedes Geschenk auf dem Tisch. Der öffentlich/privaten Archäologin wird klar, schreibt sie, daß jener Weiße nicht die deutsche Volksgemeinschaft im Sinn gehabt haben konnte, daß er vielmehr froh sein mußte, in die Gemeinschaft der Melanesier aufgenommen worden zu sein. Und sie entdeckt, daß gerade Bernatziks lebendigste, 'authentischste' Fotos nachgestellt waren. Das ist nun aber gut und böse zugleich: Diese Bilder waren wenigstens nicht Produkt eines geheimen Überfalls, auch wenn sie immer Zeugnis des zweiten, des bilderstehlenden Kolonialisierungssieges bleiben; gut und böse sind die Bilder auch insofern, als Bernatzik zwar den Menschen die Gelegenheit bot, sich selbst zu imitieren, die Fotos damit aber auch Fälschungen sind, Inszenierungen von Menschen, Ausstattungen, Situationen... von Kultur mithin.

Aber gerade das Siegerposetanzfoto ihres Vaters verändert sich für die Tochter durch jene Rückkehr an den Ort des 'Raubes'. Ihr Vater hatte, so wird ihr von Augenzeugen berichtet, zur Belustigung aller versucht, eine Tanzpose nachzuahmen. Er habe sein wollen wie sie, sagt ihr melanesischer Gesprächspartner. Die Tochter schreibt: »Jetzt sehe ich in seiner erhobenen Hand das ungeschickte Festhalten an der Sehnsucht, ein anderer zu sein.«

So viel zur Wahrheit von Bildern. Natürlich ist auch Doris Byer nicht mit der endgültigen Wahrheit wieder nach Hause gereist. Es hat sich nur auf die Bilder eine weitere historische Deutungsschicht gelegt. Gar nicht zu reden von dem dabei entstandenen Fernsehfilm, dieser unumgänglich gelenkten und damit falschen Wahrheitsproduktion dritter Wirklichkeit.

Byer vertritt den zeitgenössischen, fortschrittlichen ethnologischen Standpunkt, wie auch die Ausstellungsmacher in ihrer Selbstdarstellung: Nur im gemeinsamen Arbeiten mit den Fotografierten – »Besuche« heißen sie jetzt begriffsgesäubert – , nur im gemeinsamen Nutzen des Materials, in Austausch und Teilhabe könne »Fotografie ihr aufklärerisches Potential realisieren«.

Das ist natürlich Illusion, um nicht zu sagen Lüge. Die Gleichheit von Objekt und Subjekt ist immer Wunsch-Fiktion. Alles Sehen ist, auch in seiner bestgemeinten Erkennens- und Begreifensintention, voyeuristisch, und es ist immer ein gewaltsamer Akt. Das belegt nicht zuletzt die nicht zufällig gleichzeitige Entstehung von Fotografie und Völkerkunde. Und es war auch manchen der frühen Völkerwissenschaftler des letzten Jahrhunderts durchaus bewußt, daß nicht nur die kriegerische Aneignung fremder Länder, sondern auch die begleitende Forschung deren Kultur und schließlich die Menschen selber vernichtet. Also wollte man – in forschender Pflicht- und Neugiererfüllung – vor der Zerstörung retten, was zu retten war. Mit dem so absurden wie konsequenten Traumziel, durch vollständige Dokumentierung die 'Naturvölkerkulturen', gewissermaßen im Maßstab eins zu eins, zu Hause so restlos nachzustellen, daß der Verlust des Originals in der Ferne verschmerzbar sein würde. In diesem Sinne ist die Fotografie tatsächlich auch eine moderne Form von Menschenfressertum. Man will die »Geschichte in den Kasten kriegen«; man verleibt sich die Fremde ein, um ihrer Herr zu werden.

Das wissen auch die Ausstellungsmacher. Die Münchner-Berliner Ausstellung beanspruchte ausdrücklich, über diesen Gewaltverhalt aufklären zu wollen, und erhoffte sich unausdrücklich darüber eine Art Wiedergutmachung an der Geschichte: Wir heute sind weiter, und wir wissen es besser.

Nur sind Ausstellungen, zumal in ihrer modernen Abart der inszenierenden Erlebnissimulation (so durfte man in Berlin auch das echte Gefühl eines weißen Herrenforschers im Decksliegestuhl eines Ozeanriesen genießen) immer nur Lesarten

von Wirklichkeit und also immer Wahrheitsversteller; das hat die Geschichte der Bernatzkifotos deut}ich gemacht. Wäre deshalb die reinste Form der Wiedergutmachung nicht, im Sinne des eingangs zitierten Flugblatts, der Verzicht auf das Ansehen der Dokumente überhaupt, wenn nicht sogar die Vernichtung des gehorteten Bildmaterials, auf dessen versammelte Monstrositäten von natürlich 'primitiver' Abstrusität, die in der Ausstellung auch zu besichtigen waren, wie z.B. Haut- und Augenfarbentafeln, Meßlattenfotos etc. ich hier absichtlich nicht eingehe? Mit den Bildern würde so auch, wie in einem magischen Ritual, das Substrat von Gewalt, das sich in ihnen bündelt, ausgemerzt. Ein Zeichen fortgeschrittener Moral!

Es sind aber nicht jene Bilder selbst unmoralisch, sondern es kann immer nur der Blick auf sie sein, der gewalttätig, herrisch, pornografisch, rassistisch oder sexistisch ist; der Blick des Bildschießers auf seine Objekte, der Blick der Betrachterin und des Betrachters auf die Bilder. Das wird am deutlichsten an der Dokumentation von Nacktheit.

Wenn ein Bild der Ausstellung z.B. nicht als »Junge Batavierin« betitelt ist, sondern plötzlich als »weibliche Aktdarstellung«; wenn es in einem Katalogaufsatz heißt, durch den Anstrich von Wissenschaftlichkeit »verlor, gewissermaßen als Nebeneffekt, auch die Betrachtung der nackten Körper viel vom Odium der bloßen Schaulust«; und wenn es an anderer Stelle heißt, der Autor des 1901 erschienenen Buches über *Die Rassenschönheit des Weibes* entzog sich der polizeilichen Verfolgung, »weil er die Zurschaustellung von imaginären Sexualobjekten künstlerisch kaschierte«; – dann verraten gerade diese verwirrten Formulierungen der 'guten' Aufklärungsabsicht eine Menge über die heimliche Wiederkehr des kaum vernunftgebändigten obszönen Blicks.

Wie nackt kann eine schwarze Frau sein? Ist sie nackter als eine weiße nackte Frau? Sehen nackte japanische Frauen angezogener aus als nackte schwarze? Ist ein nackter Mann weniger nackt als eine nackte Frau? Nacktheit wird im Blick der Beschauenden, der Steller der Nacktheit, produziert. Das Sehen hat *eine* Geschichte, die Bilder haben eine andere. Im Auge sitzt die Moral, nicht im Erblickten.

Das Sehen wird sich nicht verbieten lassen; die Neugier auf das Fremde, Exotische ist fast so etwas wie eine anthropologische Konstante und tritt heute nur in veränderter – touristischer und medialer – Form auf. Die Ausstellung selbst hat Zeugnis davon gegeben. Indem sie Fotos aus einem Zeitraum von 100 Jahren und einem quasi räumlichen Raum, der Ethnien des gesamten Globus – von Italien bis Feuerland – , zusammenzwang, wiederholte auch sie noch einmal jenes besinnungslose Völkerpotpourri früher Ethnographen-Voyeure .

Von dem angebotenen Huckepack-Konzept des Hauses der Kulturen der Welt ganz zu schweigen. Da wurde nämlich auf dem Rücken der ethnographischen Ausstellung zum einen noch die Bei-Ausstellung *Der Afrikaner (sic!) im deutschen Kinder- und Jugendbuch* (erarbeitet von einer Osnabrücker Studentinnengruppe) eingeschmuggelt und zum anderen, auf der 'erotischen Schiene' quasi, die Ausstellung *Rassismus in Deutschland von 1888 bis?* nachgeschoben (zusammengestellt von der »Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit«; bei allem Respekt würde ich mein Fragezeichen doch dringend hinter die Jahreszahl 1888 setzen). Die eine Ausstellung wurde jeweils und abwechselnd zum Anhängsel der anderen entmündigt. Auf absurde Weise schlägt die dreifach gutgemeinte Aufklärung als Wiedergutmachung nach dem Prinzip: 'doppelt hält besser' um in wechselseitige Entlastung – nach dem Prinzip: im Dutzend billiger.

Daß dieses Prinzip der multiplizierenden Entlastung von Schuld auf ein weiteres weist, sei am Schluß angedeutet. Ich denke dabei an den Zeitpunkt der Ausstellung. Die Zentrierung des Blicks auf die Geschichte entläßt die Gegenwart in die Unschärfe der Peripherie. Der Blick in die Ferne entlastet die Nähe.

Oder haben Sie etwa nicht auch diese verachtende und schlecht verhehlte Wut auf die neuen Schwestern und Brüder, die da aus dem Osten auf uns zufluten?

Konkret 08/90, S. 55

Detlef zum Winkel

Stimmen aus dem Diesseits

Eine Mord-Serie an Obdachlosen hat Frankfurt wochenlang in Unruhe versetzt. Jetzt ist der mutmaßliche Täter gefaßt. Statt die Ursache der Verbrechen aufzuklären, versuchen Politiker, Polizei und veröffentlichte Meinung, sie auf die Verrücktheit des geständigen Täters zu schieben: Die Stimmen, die er aus dem Jenseits hörte, entsprechen aber denen aus dem Diesseits

Unnütze Esser, sagt Maria Visentin zu den Männern, die sie in der Tagesstätte für Obdachlose im Frankfurter Ostend betreut. Sie sagt es laut, und sie darf das, denn sie kämpft für sie und hat das Herz am rechten Fleck. Die resolute Mitvierzigerin duldet keine Widerrede, wenn sie feststellt, wer gerade eine Dusche benötigt und wer ein neues Paar Schuhe, wer sich um Arbeit kümmern soll und wer ins Krankenhaus muß. Sie kennt die privaten Lebensgeschichten, die sonst nur wenige zu hören bekommen, schimpft auf das Trinken, das die Männer unaufhaltsam, sichtbar, systematisch ruiniert, aber weiß genau: der Alkohol kommt erst später dazu, ist nicht die Ursache ihrer Situation. Außerdem habe man mit 400 DM monatlicher Sozialhilfe nicht viel Gelegenheit zu trinken, deutlich weniger als so mancher wohlsituierte Bürger. Die Frau kann man bewundern, unabhängig davon, daß man vielleicht gerade vor ihr davonlaufen würde, gehörte man zu ihrer Klientel.

Am Sonnabend veranstaltet die ökumenische Einrichtung, die von den Kirchen und der Stadt unterhalten wird, einen kleinen Flohmarkt. Zu erstehen sind Karl Jaspers, 565 Seiten, Nikita Chruschtschow, 600 Seiten und James Joyce, ein Bilderbuch, für zusammen 7 DM. Die anderen Bücher in den drei bis vier Kartons berichten mehr so vom Rauschen der Wälder und Meere. Was an Kleinkram, Platten, Schuhen, Kleidung angeboten wird, paßt dazu, scheint aus bescheidenen Spießer-Haushalten zu kommen. Frau Visentin hat Banken, Geschäfte und Zeitungen mit der Bitte um finanzielle Unterstützung angeschrieben und nicht einmal freundliche Absagen bekommen – keine Antwort, nichts, einfach Null Resonanz. Ein paar Nummern größer haben es die Caritas und das Diakonische Werk probiert; sie riefen zu Spenden auf, um Wohnungen anzumieten oder Hauseigentümern Sicherheiten zu bieten, die bereit sind, an Obdachlose zu vermieten. Ergebnis: 1000 DM in zwei Wochen.

Einen Monat, nachdem Artur G. gefaßt worden ist, der mutmaßliche Frankfurter Phantom-Mörder (»FAZ«), Obdachlosen-Mörder (»Frankfurter Rundschau«), Hammer-Mörder (»Bild«), hat sich die öffentliche Erregung schon wieder gelegt. Sechs der acht Opfer waren in der Sozialstation des Ostends bekannt, vor allem Heinrich Oltrogge, der letzte, der mit schweren Kopfverletzungen in einem Krankenhaus liegt und wohl kaum eine Chance hat, das Bewußtsein wieder zu erlangen. Der sei ein Vagabund und richtiger Gentleman, Pfeifenraucher, Rotweintrinker, Vater einer Tochter. Frau Visentin erinnert sich, daß er ihr zu Weihnachten regelmäßig eine Schachtel Konfekt schenkte. Seine Philosophie: »Ich mache niemandem was, da macht mir auch niemand was.«

Oltrogge, 59 Jahre, scheint sich bis zuletzt daran gehalten zu haben. Er tat niemandem etwas, als sein Kopf am 22. Mai gegen I Uhr mit einem Hammer traktiert wurde. Denn er schlief auf einer Parkbank in einer kleinen Grünanlage unweit des Frankfurter Römer. Die Schläge waren so laut, daß ein Anwohner ans Fenster ging, von wo aus er einen blutenden Mann auf der Bank liegen und einen anderen davonlaufen sah. Aufgrund seiner Personenbeschreibung wurde eine Viertelstunde später Artur G. an einer U-Bahn-Station überprüft: in dessen Plastiktüte fanden sich ein blutverschmierter Hammer und ein großes Messer. Noch in derselben Nacht legte der Festgenommene ein Geständnis ab. Er sei einem Auftrag aus dem Jenseits gefolgt, erklärte er; innere Stimmen hätten ihm das Töten befohlen und ihn solange gequält, bis er nicht mehr habe widerstehen können. Zwei Tage später wurde G. in eine Psychiatrie eingewiesen.

Die Polizei zweifelt nicht an der Echtheit des Geständnisses. Für sie ist eine über ein Vierteljahr anhaltende Mordserie in den Frankfurter Parks aufgeklärt. Die veröffentlichte Meinung schließt sich dieser Sicht an. Am 23. Mai und in den Tagen danach äußert sich die Presse durchweg erleichtert und zufrieden. Eine verständliche Reaktion und dennoch zynisch gegenüber Oltrogge. Die schlimme Nachricht über sein gefährdetes Leben wiegt eigentlich schwerer als die gute Nachricht, daß diesem Täter ein Riegel vorgeschoben wurde.

Die nächtlichen Überfälle auf Frankfurter Obdachlose hatten im Februar begonnen, in der Innenstadt erlitten zwei wohnsitzlose Männer in der Nacht vom 31. Januar auf den 1. Februar Kopfverletzungen, beide im Schlaf, die man damals auf Fußtritte zurückführte. Einer der beiden, als Edelstadtstreicher beschreiben, der Wert auf ein gepflegtes Äußeres lege, wurde an seinem Stammplatz unter den Arkaden einer Geschäftsreihe so schwer getroffen, daß er ähnlich wie Oltrogge seitdem im Koma liegt. Keine 500 Meter entfernt davon hatte Gerd Emmerich, der zu einer Gruppe ehemaliger Knastis gehört, die sich an der Hauptwache trifft, relatives Glück. Er war schon am nächsten Tag wieder vernehmungsfähig, konnte jedoch keine Hinweise auf den Täter geben.

Fast zwei Monate später, am 2. April, wurde der 34jährige Helmut Röder morgens um kurz vor sechs leblos in einer überdachten Bushaltestelle entdeckt. Er war an dem häufig von ihm benutzten Platz im Schlaf mit einem stumpfen Gegenstand erschlagen worden, wie der Gerichtsmediziner analysierte. Ganz in der Nähe dieses Tatortes beobachtete ein

Zeuge zwei Nächte später im Anlagenring, einem schmalen Parkstreifen rund um die City, wie jemand etwas wie eine Eisenstange gegen einen schlafenden Obdachlosen schwang. Als er merkte, daß er beobachtet wurde, führte er den Schlag nicht aus und verschwand in der Dunkelheit. Unter den Stadtstreichern breitete sich Angst aus. Die Polizei sah »derzeit aber keinen Zusammenhang zwischen den Straftaten« (»FAZ«, 3.4.90) und bekräftigte zwei Wochen später. »Einen Jack the Ripper der Obdachlosen gibt es nicht . « *Nichts* deutete nach den bisherigen Ermittlungen darauf hin, daß ein Serientäter am Werk sei, meinte die Polizeipressestelle (»FAZ«, 20.4.90).

Hätten die Ärzte zu diesem Zeitpunkt noch nicht erkannt, daß das erste Opfer, Schmitt, nicht getreten, sondern ebenfalls mit einem Gegenstand auf den Schädel geschlagen worden war? Gerd Emmerich jedenfalls, dem die Polizei erzählt hatte, sein Fall habe mit den anderen nichts zu tun, begann zu zweifeln, ob es wirklich ein Fußtritt gewesen war, der ihn Anfang Februar am Kopf verletzt hatte. Aber was gilt schon das Wort eines Penners von der Hauptwache? Die Polizei wies Gerüchte zurück, Skinheads oder frustrierte Disco-Besucher würden Obdachlose in den Parks terrorisieren. Dafür wußte sie von häufigen Streitereien der Berber untereinander zu berichten, womit angedeutet wurde, in welcher Richtung sie ermittelte. Unter den Berbern wiederum ging die Parole um, der Täter könne nur ein Psychopath sein. Keinesfalls sei es einer von ihnen, und mit Politik habe das Ganze wohl nichts zu tun. Allerdings: »Da laufen auch so Gruppen rum, fünf Mann stark, wenn die einen erwischen, ist die Kohle fällig.« (»FR«, 9.5.)

Am 4. und 5. Mai starben im Anlagenring drei weitere Menschen, die Stadtstreicher Hans-Peter Mokry und Engelbert Gryschka und der Jugoslawe Nicola Zuvelek, der seit einem Jahr ohne Arbeit und Wohnung war. Ihnen allen wurde im Schlaf der Schädel zertrümmert. In den Parks rückten die Leute zusammen. Am Rechneigraben, wo Mokry ermordet worden war (das ist der Abschnitt des Anlagenrings, der vor der Tür der Tagesstätte der Frau Visentin liegt, und nebenbei bemerkt, auch vor meiner eigenen) war eine ungewohnte Ordnung zu beobachten. Eine Wiese geriet mit einem großen Matratzenlager für 15 bis 20 Personen zum Schlafzimmer, eine halbrunde, etwas erhöhte Plattform an dem kleinen Weiher wurde gewissermaßen als Foyer genutzt, wo man sich unterhielt oder Besuch empfing, und die Bänke entlang den Wegen dienten als Rückzugsmöglichkeiten, um sich von der Gruppe abzusetzen. Zwei bis drei Hunde vervollständigten die Wohngemeinschaft. Ein paar Schritte weiter befindet sich ein Verteilerbüro der »Frankfurter Rundschau«, in dem die Zeitungen an die vorwiegend pakistanischen Straßenverkäufer ausgegeben werden. Dort standen die Penner und beugten sich zu mehreren über die »Rundschau am Abend«. Sie lagen jetzt »Mann an Mann«, sagte einer und paßten aufeinander auf. »Wer uns überfallen will, hat schlechte Karten.«

Auch die Polizei behauptete jetzt die Existenz ein und desselben Mörders. Es könne sich um einen Saubermann, einen rechtsextremen Fanatiker oder einfach (?) um einen Verrückten handeln. Sicher sei man sich nur darin, daß die Morde von einem *Einzeltäter* verübt würden (»FAZ«, 6.5.90). Das Wort wirkt auf mich immer wie eine Bombe auf dem Oktoberfest. Seit jenem Anschlag eines Mitglieds der Wehrsportgruppe Hoffmann 1980 klingt es aus polizeilichem Mund ähnlich wie Selbstmord seit Stammheim 1977. D.h. man muß davon ausgehen, daß diejenigen, die es gebrauchen, eher vom Gegenteil überzeugt sind.

Die Einrichtungen der Nichtseßhaftenhilfe öffneten rund um die Uhr, stellten Notbetten auf und warnten davor, allein »Platte zu machen«. In den Unterkünften werde niemand abgewiesen, versprach die Frankfurter Sozialdezernentin Christine Hohmann-Dennhardt (SPD) per Flugblatt. »Mindestens ein Stuhl ist frei.« Mit einem einzigen gut gemeinten Satz kann man ausdrücken, was Sozialpolitik ist: das Gegenteil von Sozialismus. Die Stadtverordnetenversammlung erhob sich zu einer Gedenkminute, die Protestanten veranstalteten einen Gottesdienst. Während die Liberalen bei christlichen Formeln Beruhigung suchten, gingen die Christen direkter zur Sache. In einem Ortsbeirat beantragte die CDU »Maßnahmen nach dem Bundesseuchengesetz«, um das »hygienische Umfeld der sogenannten Stadtstreicherszene« zu verbessern. Nach heftigen rot-grünen Protesten wurde der Antrag zurückgezogen. Er sei zwar richtig gewesen, befand die CDU-Fraktion, habe aber falsche Assoziationen hervorgerufen. Natürlich ist es umgekehrt. Der Antrag war falsch, aber das NS-Denken publik zu machen, das ja vorhanden ist, war verdienstvoll, unfreiwillig.

Bist du der Mörder oder das nächste Opfer? Nachts im Anlagenring, wenn der letzte Kiosk geschlossen, die letzte Flasche geleert und das letzte Gespräch zuende gegangen war, blickte jeder jedem ängstlich hinterher. Zu Recht, denn am 20. Mai wurde der brasilianische Koch Anderson Santos dos Freitas mit tödlichem Stich und Schlagwunden in der Bockenheimer Anlage gefunden. Die Umstände dieser Tat unterschieden sich von den vorherigen. Anderson Santos war schwul, und er hatte keineswegs vor, im Park zu übernachten. Er wurde zunächst von Messerstichen in die Brust getroffen und konnte sich anscheinend noch zu einer Bank schleppen. Der Täter muß das beobachtet haben, bis er erneut auf ihn einschlug. Was der Mensch im Sterben noch alles versucht, und was sein Henker alles anzuschauen vermag, während er seinen »Auftrag« erfüllt. Die Polizei wurde mit der Aussage zitiert, ihrem verstärkten Überwachungsdienst in den Grünanlagen sei immerhin die schnelle Entdeckung des Verbrechens zu verdanken (»FAZ«, 21.5.90).

Viele Linke wissen wenigstens aus der Erinnerung, was intensive Überwachungsmaßnahmen sind. In Frankfurt begannen sie wie andernorts mit der Terrorismushysterie der siebziger Jahre. Eine zeitlang gab es sie vor jeder linken Demo. In manchen Bockenheimer Straßen konnte man über Wochen nicht das Haus verlassen, ohne registriert zu werden. Etwas

Vergleichbares hat in den Parks allen Versicherungen zum Trotz nicht stattgefunden. Ob es wünschenswert gewesen wäre, ist eine andere Frage. So oder so, die Polizei bietet den Obdachlosen keinen Schutz, die Gesellschaft auch nicht. Die vorhandenen Institutionen und Mechanismen versagen vor einer solchen Situation. Als Artur G. am 22. Mai schließlich gefaßt wurde, bekannte er sich sowohl zu der Tat gegen den Brasilianer als auch zur Ermordung eines weiteren Schwulen am 7. Februar; Kurt-Helmut Hinz hatte eine Discothek am Anlagenring verlassen und wollte den Park durchqueren, um nach Hause zu gehen, als er überfallen wurde. Sein Tod war bis dahin noch nicht im Zusammenhang mit den anderen genannt worden.

Der Obdachlosenmörder ist also auch ein Schwulenmörder. In der Öffentlichkeit wurde diese Tatsache nebenbei erwähnt, ohne daß ihr Beachtung geschenkt wurde. Genau gesehen müßte man sagen, seine Opfer waren Obdachlose, Schwule und Ausländer. Aber so genau darf man das nicht schen. In Frankfurt hat man sich auf die Version geeinigt, G. sei einfach ein Verrückter, der seinen inneren Stimmen folgte. Abgesehen davon, daß viel Dummheit vonnöten ist, um diese Version wirklich für einfach zu halten, verliert sie ihre Plausibilität, je mehr man die Kombination der Gruppen wahrnimmt, denen die Aggression des Täters galt. Allzu sehr entsprechen die ominösen Stimmen aus dem Jenseits denen aus dem Diesseits, der gewöhnlichen Ausgrenzung sozialer, sexueller, ethnischer Minderheiten. G. ist nicht der einzige, der den verbalen Wahnsinn in tätlichen Wahnsinn umsetzt.

Natürlich haben die Überfälle auf Obdachlose – und Schwule und Ausländer – nicht Anfang Februar begonnen, und sie enden ebenso wenig mit dem 22. Mai, wie G. ein Einzeltäter ist. Allein in der ersten Februarwoche ersticht ein Mann am hellichten Tag einen Berber mitten auf der Hauptwache, weil er ihm einen Schluck aus der Flasche verweigerte; ein wohnsitzloses Paar, das in einem Abbruchhaus Unterschlupf gesucht hat, wird zusammengeschlagen und ausgeraubt; ein Obdachloser wird in der U-Bahn von Jugendlichen mißhandelt, die ihm zehn Mark entwenden. Neben dieser täglichen Brutalität, von der überhaupt nur ein Bruchteil bekannt wird, erinnert man sich auch an Taten, die denen des Artur G. gleichen: Zwei Obdachlose sind in Frankfurt 1987 totgeprügelt worden, einer davon im Schlaf. Bundesweit stellt die Arbeitsgemeinschaft für Nichtseßhaftenhilfe, Bielefeld, eine Zunahme der Gewalttätigkeiten fest. Sie sind Freiwild, und sie wissen es ebenso, wie es die Schwulen wissen und wie es die Ausländer nie zu fürchten vergessen haben.

Der Sozialdarwinismus, freie Marktwirtschaft genannt, sorgt dafür, daß die Zahl der Obdachlosen steigt und daß Frauen und junge Leute immer stärker unter ihnen vertreten sind. Ende letzten Jahres wurden in Frankfurt 2.800 Obdachlose registriert. Eine Dunkelziffer von vielleicht 40 Prozent kommt dazu. 700 bis 1.000 Menschen, so schätzt man, übernachten draußen. Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen kritisieren die Stadt wegen ihrer ebenso unzureichenden wie diskriminierenden Maßnahmen und fordern vor allem Wohnungen statt Heime für die Betroffenen. Sie weisen auf den Teufelskreis von Arbeitslosigkeit und Wohnungsverlust hin: ohne Wohnungen keine Arbeit, ohne Arbeit keine Wohnung. Das Sozialdezernat behauptet, etwas unternommen zu haben, aber auf der Suche nach Wohnungen für Obdachlose seien Mieten ab 20 Mark pro Quadratmeter verlangt worden. Andererseits muß man solchen Hauseigentümern bescheinigen, daß sie sich marktwirtschaftlich verhalten. Ehemals sozialistisch regierten Kommunen könnte man sie geradezu als Vorbilder präsentieren. Es hilft nichts: In Frankfurt gibt es keine Wohnungsnot. Diesen glücklichen Umstand verdanken wir der freien Marktwirtschaft, deren so erfolgreicher Sozialdarwinismus leider eine wachsende Minderheit vor die Tür setzt. Des einen Elend ist des anderen Glück. Jede Zwangsräumung hilft den alten und neuen Citoyens, ihre gestiegenen Wohnbedürfnisse zu befriedigen. Das ist es wahrscheinlich, weshalb ehemalige Linke, die es zu etwas gebracht haben, zur Seite blicken, wenn sie an den Bettlern auf der Zeil vorbeilaufen. Eine Münze zu geben, käme ihnen schäbig vor, aber einen Schein? Damit die sich vollaufen lassen? Wo bleibt da die Marktwirtschaft und auch die Ökologie.

Den letzten beißen die Hunde. Wer den Darwinismus befürwortet, bekennt sich zum Töten oder hat wenig davon verstanden. Wenn sich aber Hunde finden, die beißen, folgen sie nicht der Regel eines als erfolgreich angesehenen Wirtschaftssystems, sondern dem Jenseits. Es mag ja sein, daß Artur G. Stimmen hörte. Der »Pflasterstrand« hat emsig Details über die katholische Mutter und den zurückgebliebenen Vater zusammengetragen (oder war es umgekehrt? Egal, der Mörder ist bestimmt entschiedener Abtreibungsgegner), wahrscheinlich sind psychische Erkrankungen längst zu einem unübersehbaren Massenphänomen geworden. Doch die »Stimmen« verteilen sich auf Täter wie auf Wohltäter (Ernst Klee berichtet in der »ZEIT« vom 13.4.90 über einen Kranken, der eine Gruppe Frankfurter Obdachloser in seinem Schrebergarten untergebracht hat) und auf Gleichgültige. Bei ihnen die Erklärung, also die Ursache der genannten Gewalttaten zu suchen, ist nicht nur falsch, sondern im Grunde ein Aufruf zur nächsten Mordserie. »Wie beim Attentat auf Oskar Lafontaine zeigte sich auch hier, daß gegen die Entschlossenheit eines psychisch aus dem Gleis Geworfenen kein Kraut gewachsen ist.« (»FAZ«, 23.5.90).

Von Schizophrenie verstehe ich nicht viel. Daß der Kranke Stimmen hört, hält man für den Versuch, eine gestörte Wahrnehmung der Welt wieder in eine gewisse Ordnung zu bringen. *Was* ihm die Stimmen sagen, ist genauso krankhaft oder genauso jenseitig wie das, was er beispielsweise in der Zeitung lesen kann. Etwa, daß Obdachlose verpfuschte Existenzen sind, auf beschädigte Lebensläufe zurückblicken, in einem elenden Milieu dahinvegetieren (aus »FAZ«-Kommentaren), oder wie die anderen Umschreibungen für 'lebensunwertes Leben' heute lauten. Interessant ist die Linie, die die FAZ bis zu Lafontaine zieht. Man könnte meinen, daß sich ein nationalistischer Prozeß wie die deutsche

Wiedervereinigung nicht ohne politische Attentate vollzieht. Und daß nach den politischen Attentaten irgendwann ein Terror gegen Ausgegrenzte kommt. Vielleicht brauchen wir demnächst noch viele Stimmen aus dem Jenseits, ist doch das Geheimnis eine viel bessere Erklärung als die Herrschaft.

Konkret 08/90, S. 58

Hermann Peter Piwitt

Das Besitztum und seine Jünger

Zitate aus Ernst Jünger: »Das Wäldchen 125 – Eine Chronik aus den Grabenkämpfen« von 1918

Wir wissen nicht wer Homer war, noch, wo Shakespeare sein Geld arbeiten ließ. Gottlob nicht. Von Beethoven wissen wir, daß er eben dreißig war, als sein Gehör nachließ. Daß der erste Satz der 5. Sinfonie ein arbeitsames Kunststück ist, der vierte dagegen eher stieselig, tendenziös überfrachtet, ließe sich wissen auch ohne Kenntnisse von B's Leben; oder wenn die 'Fünfte' von einem Anonymus wäre. Daß Biographie, also auch politisches Bekenntnis, einem Werkstück als Bonus zugeschrieben, resp. als Malus aufgehalst wird, war immer Brauch; und ist heute, in Zeiten der sogenannten 'Entideologisierung', das heißt, wo Ideologie ins Fleisch gegangen ist, gang und gäbe. Auch linke Kulturarbeiter haben in den siebziger Jahren mit dieser Tradition nicht gebrochen. Im Gegenteil, hier war Bukowski immer schon umso mehr Dichter, als er wie Bukowski Bier trank; und Ernst Jünger umso weniger einer, als er in biographischen Aufzeichnungen vom Kriegsgeschehen entzückt war als von einer perfekten Maschinerie, die mit Menschenblut ölte.

Von Biographischem unbeirrtes Kunsturteil findet statt fast nur noch gegenüber Tenören. Einen Kollo, der den Ton nicht mehr trifft, einen Peter Hoffmann, der sich hörbar quält, würden auch Affären mit Minderjährigen oder Spenden für Hungernde nicht mehr retten.

Ernst Jüngers früher – und danach nicht mehr erschütterter – Ruhm und seine Wirkung rührten her von Tätigkeiten, die mit Dichtung wenig bis nichts zu tun hatten. Er bekam den höchsten preußischen Kriegsorden für Leistungen als Infanterist. Und seine Kriegstagebücher konnten schon der Gattung wegen nicht zu dem gelangen, was etwa einen Roman auszeichnet, sofern er gelingt: Autonomie nämlich, kraft derer am Ende das schöne Werkstück, nicht sein Autor Recht behält. – Von den Aussagen jener Bücher, von den Blut-und-Rasse-Lumpereien, den seherisch-entzückten Vorgefühle auf »ein Geschlecht, das ohne Blutscheu und rücksichtslos gewohnt (ist), Furchtbares zu erdulden und Furchtbares zu tun und das Höchste an seine Ziele zu setzen«, gar nicht zu reden.

Trotzdem hat Jünger auf dieses Fundament biographischer, resp. weltanschaulicher Bekundungen später nur noch Buch auf Buch draufzulegen brauchen, um immer schon für die einen als der große Dichter, für die anderen als der Präfaschist ausgewiesen zu sein. Jedes neue Werk war durch den Namen Jünger a priori entweder habilitiert oder diskreditiert.

Auf der Suche nach dem Dichter Jünger las ich in diesen regnerischen ersten Junitagen das Buch, das für diesen Fall gewöhnlich empfohlen wird: 'Das abenteuerliche Herz'. Es scheint, als beschränke er sich darin auf das einzige – dies allerdings erstaunliche – dichterische Talent, über das er verfügt: das deskriptive. Es gibt auch in 'Wäldchen 125' deutliche Spuren dieses Talents, die Schilderung eines zerstörten Dorfes etwa; und wie es früher Bücher mit schweinischen Stellen gab, so ist 'Das Wäldchen...' ein schweinisches mit sauberen: Die Ideale suhlen sich, und keine Wahrnehmung wird entlassen ohne die blutrünstige oder pathetische Konsequenz, die bevormundendes Denken daraus zieht.

Nicht gar soviel anderes passiert in 'Das abenteuerliche Herz', mag der erste Einruck auch täuschen und mögen die Resumés – der Krieg ist lange vorbei – nun auch nicht länger blutrünstig sein, sondern nur noch allgemeinphilosophisch. Etwas wird an-gedichtet, wach, bilder- und assoziationsbegabt, inspiriert, mit Präzision: eine Blüte, ein Insekt, ein Vogel, – und schon macht sich das Denken darüber her, ans Ermessen und Vermessen. Nichts, was bemerkt wird, wird 'sein'gelassen, allein mit dem Entzücken oder Erschrecken, das es ausgelöst hat. Kaum wahrgenommen, wird es hergerichtet auf einen lebensphilosophischen Ertrag hin, im glimpflichsten Fall ins Reine von Seinsgeheimnissen gebracht. Die Welt der Erscheinungen wird verwendet, um den weltanschaulichen Haushalt in Ordnung zu halten, bzw. um Erkenntnisse zu vermehren; sie hat Gehalt zu liefern nach Maßgabe eines haushälterischen Denkens, das Verletzung durch Mitleid nicht riskiert, geschweige denn die gewöhnlichste Erfahrung: die des Opfers. Und selbst, wo der Blick einmal länger verweilt, zum Beispiel auf den Gemüse- und Metzgerläden, hat der Erblickte immer auch zu demonstrieren, wie Leben zu sein habe: zum Beispiel, wie in diesem Fall, ständisch und zünftig .

Bereinigendes Denken triumphiert. Aber um den Preis, daß es nicht zur Kenntnis nimmt, worüber es außer sich geraten könnte: den besonderen Tod. Und die Liebe als Passion. Mit Ausnahme zweier – kostbarer – Seiten in 'Aus dem Guckkasten'; und prompt behält hier Jünger auch nicht das letzte Wort.

Anderes liest sich wie von Bouvard und Pecuchet und erinnert an den Beitrag der Naturforschung zur Kolonialisierung der Welt. Und da ist dann auch die Traumreise nur noch eine Art Exkursion, die man sich erlaubt, in die entlegeneren Besitztümer. Besitztümer sind es allemal.

Auf der Suche nach dem berühmten Dichter Ernst Jünger entdeckte ich einen bemerkenswert kleinen.

Kasten auf Seite 59 »Nach dem Kriege werde ich...«

Ich hasse die Demokratie wie die Pest – außerdem wäre das demokratische Ideal eines Heeres das, das nicht aus lauter Fahnenjunkern, sondern aus lauter Offizieren bestände, mit milden Formen und großen persönlichen Freiheiten. Mir dagegen, und dem jungen Deutschen von heute überhaupt, kann es gar nicht eisern, diktatorisch und absolut genug zugehen – aber gerade dazu gehört eine Stellenbesetzung, die nicht durch irgendwelche Privilegien geschützt wird, sondern unter schärferen Auslesebedingungen steht.

*

Die Kultur schreitet vor, und mit ihr ihre Ausdrucksmöglichkeiten, zu denen natürlich auch die jeweilige Form des Krieges gehört, vorausgesetzt, daß man unter Kultur nicht jenes blutleere und bleichsüchtige Etwas versteht, dessen Alleinbesitz wir den Literaten und Pazifisten gern gönnen wollen Wenn es nach ihnen ginge, wurden allerdings schon morgen Tataren und Kosaken in unseren großen Städten die Herren sein

*

Nach dem Kriege werde ich mir unter dem Keller meines väterlichen Hauses einen kunstgerechten Stollen schachten lassen, ähnlich wie Robinson Crusoe, als er glücklich in seine Vaterstadt zurückgekehrt war, sich eine Hütte baute, um mit Freitag zusammen zu weilen darin an sein Eiland zurückzudenken. Dieser Raum muß ganz einfach sein, Decke, Boden und Wände mit Holz verschalt, eine Pritsche, eine Bank und ein Tisch aus zolldicken Stollenbrettern. An der Wand ein schmales Brett, auf dem die Kästen mit Leuchtpatronen stehen, ein Stahlhelm und darunter ein am Riemen aufgehängtes Gewehr. Auf eine Burgunderflasche wird eine Kerze gesteckt, und in einer Ecke steht ein kleiner Blechofen, vor dem das schwere Seitengewehr zum Holzspalten liegt. Betreten werden darf er nur von echten Frontschweinen, die wissen, daß es hier zum guten Ton gehört, die Pfeife auf dem Tisch auszuklopfen, auf den Boden zu spucken und kein Blatt vor den Mund zu nehmen. Getrunken wird aus Blechbechern und Kochgeschirrdeckeln, und es werden die alten, geflickten und durchschossenen Röcke angelegt, auf denen man natürlich keine Orden trägt.

*

Der wirkliche Kern unseres Volkes wird, auch wenn wir besiegt werden sollten, die Überzeugung nicht fahren lassen, daß es um eine Welt nur gut stehen kann, in der wir die ersten sind Wir werden abwarten, wie sich die Sieger der Verantwortung, die ihnen zufällt, gewachsen zeigen. Unsere Stunde wird wieder kommen, denn so stark ist keiner, daß er die Leitung der großen Geschicke auf Dauer in der Hand behalten könnte. Daher heißt es an eine Arbeit gehen, von der die kriegerische Vorbereitung nur den kleinsten Teil umfaßt.

*

Es dürfen nicht mehr Ideen und Ideale, die aus aller Herren Länder zusammenlaufen, bei uns ihre Freistatt finden. Die Toleranz nach allen Seiten, auf die wir so stolz waren, muß als das erkannt werden, was sie ist: Als eine negative Eigenschaft.

*

Der behördlich wohlgeregelte Patriotismus ebensowohl wie die Kräfte, die sich ihm gegenüberstellen, müssen von einem dämonisch aus allen Schichten auflodernden Glauben an Volk und Vaterland verschlungen, jeder anders Fühlende muß mit dem Brandmal des Ketzers behaftet und ausgerottet werden. Wir können gar nicht national, ja nationalistisch genug sein.

*

Die Gliederung aller Deutschen in das große Hundertmillionenreich der Zukunft, das ist ein Ziel, für das es sich wohl zu sterben und jeden Widerstand niederzuschlagen lohnt. Viel zu wenig wurde das betont, und wir wissen wohl, welche Interessen schuld daran sind

Konkret 08/90, S. 61

Sinn ohn´ Form - Lesen und Handeln

Die Demonstration gegen den Paragraphen 218 war ein Erfolg – und war es auch wieder nicht. Daß es »spätestens seit dem heißen Samstag in Bonn« so aussehe, als lande »der bundesdeutsche Paragraph 218 endlich auf dem Müll«, kann ernsthaft nur behaupten, wer auch glaubt daß »schon 1971 das BKA von der Verbindung RAF-DDR wußte«: Die »Emma« also. Derzeit sind die Möglichkeiten außerparlamentarischer Bewegungen, ihre Anliegen durchzusetzen, eben nahezu null. Deswegen lohnt es sich eher, die Inhalte zur Kenntnis zu nehmen, als prognostische Gesundbeterei zu betreiben. Statt der »Emma« empfiehlt es sich deswegen, die Dokumentation der Demonstration vom 16. Juni 1990 mit dem etwas zu gemeinschaftsträchtigen Titel »Wir sind Frauen, wir sind viele, wir haben die Schnauze voll!« zu bestellen. Darin sind alle Reden, Solidaritätstelegramme und ein kleiner Pressespiegel abgedruckt. Vor allem letzteren zu lesen macht Spaß: Er zeigt, wie die »Frankfurter Rundschau« die »taz« links überholt, und verschafft, vergleicht man Reden und Zitiertes, auch sonst manches Aha-Erlebnis.

Keine Appelle ans Parlament, sondern wichtige Informationen für Selbsthelfer liefert der »Streckenatlas«, der sämtliche Transportrouten der Bundesbahn für abgebrannte Brennelemente aus bundesdeutschen Atomkraftwerken nach La Hague, in die Wiederaufbereitungsanlage, auflistet. Abfahrtszeiten der Züge, Basisinformationen über die liefernden Atomkraftwerke, Karten im großen Maßstab und Beschreibungen der Waggons dokumentieren, daß die Broschüre-Autorinnen und -Autoren sorgfältig recherchiert haben. In einem Anhang erklären sie, welche Gefahren auch von reibungslosen Transporten ausgehen: radioaktive Niedrigstrahlung und Gesundheitsgefährung des Eisenbahnpersonals werden in Kauf genommen. Eine kleine Auswahl von Aktivitäten gegen Atomtransporte aus den letzten zweieinhalb Jahren informiert u.a. darüber, was alles verboten ist.

»Als Lebensader der Atomindustrie bilden die Transporte auch ein Bindeglied zwischen Standort-BIs und den auswärtigen AKW-Gruppen. Die Arbeit gegen Atomtransporte hat z.B. in Neckarwestheim dazu geführt, daß in der Bevölkerung eine ganz neue Betroffenheit um sich griff und damit ein breiterer Protest möglich wurde ... Nachdem nun alle Transportstrecken bekannt sind, ist es Zeit, aktiv zu werden!« schreibt die Broschüregruppe.

Eine nachträglich geführte Vorbereitungs-Diskussion zur »Nie wieder Deutschland«-Diskussion am 12. Mai in Frankfurt ist in der Sommer 90-Ausgabe der »atom« abgedruckt: Da für den November wieder zu einer anti-deutschen Großdemonstration mobilisiert werden soll, ist angesichts der Exzesse bei der Fußball-WM der Streit über Nationalismus und deutsche Selbstbestimmung (mit einem Einwurf von Karl Marx) höchst aktuell. Außerdem enthält die »atom« eine kritische Betrachtung der rot-grünen Verhandlungsergebnisse in Niedersachsen und einen sehr informativen Überblick über den augenblicklichen Stand des Startbahn-Prozesses: Jetzt geht es um die Schüsse.

Wir sind Frauen..., 30 Seiten, drei Mark plus Porto, zu beziehen über Barbara Ritter, Wespinstraße 13, 68 Mannheim;

Anti-Atomtransporte-Plenum Hessen/Baden, Der Streckenatlas, 24 Seiten, vier Mark (inkl. Porto). Zu beziehen über: AgA Bochum, c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 4630 Bochum-Langendreer;

atom, 68 Seiten, S Mark, zu bestellen über: atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Konkret 08/90, S. 62

Matthias Altenburg

Ich habe gelesen

Wie ich ihnen ihre nach Einverständnis jiepernden Fressen polieren möchte, diesen ewig düster grinsenden Casablanca-Fans mit Abitur. Sie würden Scheiße zum Frühstück fressen, wenn man ihnen erzählte, daß der Dämlack Humphrey Bogart das ebenfalls getan hat. Sie geilen sich an den Dicktitt-Movies des Kryptofaschisten Russ Meyer auf, weil ihnen irgendein Cleverle weisgemacht hat, es handele sich dabei um Kultfilme, und weil sie rote Ohren bekommen würden, wenn man sie dabei erwischte, wie sie sich in der Videothek um die Ecke einen richtigen Porno leihen. Sie sind zu feige, sich mit den gewöhnlichen Dallas-Glotzern gemein zu machen und rennen stattdessen zum zwölften Mal in die Retrospektive von Raumschiff Orion, weil das ja, wie sie sagen, »so doof ist, daß es schon wieder gut ist«. Wann endlich beschließt die UNO ein Hilfsprogramm, um diesen Idioten ein Gehirn zu implantieren?

Fast schon klar, daß sich über kurz oder lang ein Autor finden würde, dem die Literatur so wenig bedeutet, daß er bereit ist, den absatzträchtigen Trivialmythen der Traumfabriken hinterherzuhecheln, den ganzen Rotz zwischen zwei Buchdeckel zu pressen und damit das heilige Handwerk auch noch auf diesen Hund zu bringen.

Er heißt Robert Coover und sein Buch »Casablanca, Spätvorstellung«. Lauschen wir einen Moment dem Klappern des Klappentextes. Wer sich danach noch immer selbst ein Urteil bilden will, kann den im Rowohlt Verlag erschienenen Band für 34 Mark in jeder schlechteren Buchhandlung erwerben. Dalli, dalli:

»Ein furioser literarischer Kinoabend... ein böses doppelbödiges Spiel mit den Klassikern des Hollywood-Kinos... benutzt die populären Mythen des Kinos für seine eigenen subversiven Zwecke.. . ein Pandämonium phantastischer Bilderfluten, anarchischer Sehnsüchte und animalischer Leidenschaften. . . imitiert, interpretiert und verfremdet die Formensprache des Kinos, macht sie durchschaubar, ohne ihr je den Reiz zu nehmen... ein bislang unbekanntes Zelluloid-Delirium . «

Darauf einen Dujardin!

*

Zum erstenmal Truman Capote gelesen. Trotz Kino und Coover: Bei den Amerikanern ist mehr zu lernen als unsereinem lieb ist. Zum Beispiel, wie man eine Geschichte erzählt, ohne dauernd ICH zu sagen und damit auch noch sich, den Autor, zu meinen. Capote berichtet von einem vierfachen Mord, der im November 1959 in der kansanischen Kleinstadt Garden City stattgefunden hat. Von Anfang an wissen wir, wer die Opfer und wer die Mörder sind, und darüber, daß letztere am Galgen landen werden, besteht kaum ein Zweifel. Da wir also den Ausgang der Sache kennen, können wir uns nur noch für deren Gang interessieren. Ein minder fleißiger Autor hätte auf Grundlage dieser Vorgaben einen Roman mit authentischem Hintergrund geschrieben und seinen Lesern eine wüste Verfolgungsstory aufgetischt. Capote, nicht faul, hat kurz nach Entdeckung des Verbrechens begonnen zu recherchieren und erst wieder damit aufgehört, als er genügend Material beisammen hatte, um auf Fiktionen verzichten und stattdessen einen »wahrheitsgemäßen Bericht« schreiben zu können. Alles in allem hat diese Arbeit fünfeinhalb Jahre, nämlich bis zur Hinrichtung der beiden Mörder im April 1965 gedauert. Ein solcher Zeitraum genügt anderen Autoren, um drei bis sechs Bücher auf den Markt zu werfen und sich dafür auch noch feiern zu lassen.

Capote mischt sich nicht ein, er erklärt nichts, klagt niemanden an und entschuldigt nichts. Er erzählt, was er gesehen und gehört hat. Weil er verstanden hat, daß eine Geschichte offen sein muß für das, was scheinbar nichts mit ihr zu tun hat, kommen bei ihm auch die Nebensachen zu ihrem Recht. Und er berichtet Fakten, die keines der Gerichte, die mit dem Fall befaßt waren, hat hören wollen. »In Cold Blood« – so der Originaltitel dieser Reportage – ist kontrapunktisch aufgebaut, das heißt, wir werden abwechselnd hineingetrieben in das Leben der Opfer, der Täter und in das ihrer Verfolger. Weil Capote mehr weiß, als irgendeiner sonst, der mit diesem Verbrechen zu tun hatte, braucht er mit Details nicht zu geizen. Dennoch ist er ein sparsamer Erzähler, der nicht mit Stimmungen dicke tut, sondern der genau abschätzt, wann er uns welche Einzelheit mitzuteilen hat, damit wir bei der Stange bleiben. (»Kaltblütig«, Limes, 22 Mark).

Capote war kein »Stilist ersten Ranges«, wie Somerset Maugham behauptete, kein »Genie«, wie Albert Camus ihn nannte, und er war nicht »der vollkommenste Schriftsteller seinef Generation«, wie Norman Mailer meinte. Truman Capote war ein Unterhaltungsschriftsteller, der mehr von seinem Handwerk verstand als die meisten Autoren, die sich diesen Titel verbitten würden.

Das Leben des tiny terror, der einbrach in die Gesellschaft der »edlen Schwäne« und von ihr wieder ausgespuckt wurde, der sagenhafte Aufstieg und Niedergang des Truman Streckfus Persons, genannt Capote, ist jetzt nachzulesen in der ebenso kenntnis- wie umfangreichen, aber auch reichlich plapperhaften Biografie von Gerald Clarke (Kindler, 48 Mark).

*

Um sich im Dschungel des Kulturbetriebs nicht heillos zu verirren, braucht man Wegweiser. Und manchmal braucht man jemanden, der einen für ein kurzes Weilchen an der Hand nimmt, der einem sagt, wo man Freunde findet und wo es nicht lohnt**,** Halt zu machen.

Allerdings, Celine hätte ich schon lange kennen müssen. Einmal, als ich ihn fast hatte kennen wollen, hat mich Hermlin wieder abgebracht davon. Ein Apologet des Mordes sei der Franzose gewesen, ein Judenhasser, ein Vampir. All das ist verbürgt und nicht zu bezweifeln. Also nahm ich Abstand. Und dann war es wieder mal der gute Piwitt, der mir mit bedächtigem Nachdruck empfahl: »Und trotzdem, du solltest Celine lesen.« Ich tat, wie mir geheißen...und...was für eine Offenbarung. In Celines Büchern stehen tausend so unerhörte Sätze, wie man in jedem Walser-Roman auch nur einen zu finden hofft und dann doch vergeblich sucht. Celine, das ist Kafka auf die Füße, das heißt ins Leben gestellt. Seine Romane sind das Gegengift gegen die frommen Verblasenheiten der Linken, gegen all das philanthropische Gefasel, gegen diese bedenkenlosen Vitalbolzereien. Das Leben, das Leben, was ist denn das Leben? »Das Leben ist eine Sauerei.« Und Celines Menschen sind Hyänen, die nur darauf warten, daß man eine Schwäche zeigt. Seine Beschreibung der Ford-Werke in Detroit hätte ein für alle mal Schluß machen können mit der Heroisierung des Proleten. Aber nein, die Leftis – immer bloß den selbstvergessenen mitteleuropäischen Facharbeiter vor Augen – wollten ja nicht glauben, daß es für die Proletarier aller Länder nur einen Wunsch geben darf: nie mehr Prolet zu sein. Stattdessen hörten wir weiter das Gefurze vom Stolz der Arbeiterklasse etc. Ach was, to hell with it, ist sowieso vorbei.

Und dennoch, um für die nächste Runde gewappnet zu sein, sollte mal jemand das Werk des Dichters und Armenarztes Louis-Ferdinand Celine plündern, sollte mal all die wunderbaren Aphorismen und Sentenzen herausklauben und ein kleines Brevier draus machen, damit wir nicht wieder nur mit Goethe und Gorki abgespeist werden. Denn ein Realismus, der noch einmal versuchen würde, ohne Celine auszukommen, hätte verloren, bevor sein Spiel beginnt. Celines Bücher gibts bei Rowohlt.

*

Warnung: John Irving schreibt mehr, als er zu erzählen hat und macht sich dadurch zum Räuber. Er raubt seinen Lesern Zeit, mit der sie Besseres anfangen könnten. Irvings neuer Roman heißt »Owen Meany« (Diogenes, 44 Mark) und hat 864 Seiten, was einer Lektüre-Dauer von knapp 30 Stunden entspricht. Schon nach einer halben Stunde habe ich mich gefragt, ab wann ein gewissenhafter Kritiker aufgeben darf, ohne dem Autor Unrecht zu tun. Nach weiteren dreißig Minuten war mir die Antwort egal, und ich habe das Buch, dessen deutsche Übersetzung mit 100.000 Exemplaren gestartet wird, einfach zugeklappt. Die Unterschiede zwischen der anglikanischen, der kongregationalistischen und der Episkopalkirche waren mir dann doch nicht so wichtig.

*

Wie tot ist jemand, wenn er von dem »tödlichsten Gangster« erschossen wird? Wie guckt einer, der von sich sagt: »Es ist mir gegeben, außergewöhnlich gut peripher zu sehen«, oder wenn man ihm Einblick »in die hehren Gefilde der Kühnheit« gewährt? Von welchem Arzt läßt ein Junge seine Lungen behandeln, nachdem er festgestellt hat: »Freude durchflutete meine Knabenbrust«? Und was sind »ästhetische Hügel«? Wenn ich nicht ahnte, daß etwas anderes gemeint ist, fiele mir zu dieser Formulierung auch nur wieder eine Sauerei ein. Oder sollten die schönen Erhebungen womöglich wirklich etwas mit der »geübten Effizienz der Gattung Frau beim Anziehen« zu tun haben?

Es war wohl der vom begnadeten Kalle Giese gestaltete Schutzumschlag, der mich neugierig gemacht hat auf Doctorows »Billy Bathgate« (Kiepenheuer & Witsch, 39,80 Mark). Und nicht einmal der gestelzte Nominalstil und die gräßlichen Stilblüten der Übersetzerin Angela Praesent haben mich davon abhalten können, das Buch auch zuende zu lesen. Denn die Geschichte vom kleinen Billy aus der Bronx, der in die Lehre geht beim großen Gangsterboß Dutch Schultz, gewinnt schon bald eine solche Eigendynamik, daß man die sprachlichen Unzulänglichkeiten gerne übersieht. Und im letzten Drittel enthält der Roman sogar soviel literarischen Überschuß, daß er plötzlich nicht mehr aufgeht in seiner verfilmbaren Story. Und das will was heißen, heutzutage.

*

Warum es so kommen mußte mit der DDR, wie es gekommen ist, und warum es zwar ziemlich dunkel, aber trotzdem noch längst nicht aller Tage Abend ist, läßt sich nachlesen in einem kleinen amüsanten Büchlein mit dem Titel »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«, verfaßt von dem deutschen Philosophen Karl Marx. Meine Ausgabe ist erschienen in der Bücherei des Marxismus-Leninismus im ehemals SED-eigenen Dietz Verlag, Berlin/DDR. Ulkig, nicht wahr.

Was sonst noch zu sagen ist zum Thema Deutschrotz findet sich in dem Band »Gemeinsam sind wir unausstehlich«, der dieser Tage in meinem Lieblingsverlag erschienen ist (edition tiamat, Verlag Klaus Bittermann, 18 Mark).

Konkret 08/90, S. 64

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Wie vom Reichspräsidenten Ebert nur ein einziges einigermaßen historisch bravouröses Bildnis, ihn, ganz sozialdemokratisches Kind, in einem Großberliner Gewässer mit einem Dreizack plantschend zeigend, übrig blieb, wird der christliche Sommerschlußverkäufer der DDR, de Maiziere, über ein Schmunzeln Kohls in die Annalen der ewigen deutschen Narretei eingehn. Im Fernsehen sieht das so aus: Der de M. streicht, während einer Waszusammengehörtwirdzusammenwachsen-Festivität seine Bratsche rauf und runter voller Eifer, und wie er nun damit fertig ist, schmunzelt Kohl im Parkett, die Hände ineinanderschlagend, gönnerig. Also der Kohl lacht sich praktisch einen weg über diesen Kauz, der sich nicht entblödet, ihn, den Kanzler der III ' Industriegewalt des Universums, mit seinem Bratschengefiedel glaubt imponieren zu können. Und neben Kohl sitzen die andern Zoneneingemeinder: Wörner, der Überschallflieger, Hansjochen Vogel, der auf dem Feldbett schlief, und Willy Brandt, der das Berufsverbot gegen links erfand, alles im kapitalistischen Wachstumsfeuer geschmiedete Eisenhänse, und denen will de M., der in seiner 'Regierungs'erklärung Hölderlin zitiert, aber unfähig ist, seinen havelländischen Obstbauern zwei Mark fürs Kilo Kirschen zu garantieren, mit dem Bratschengefidel kommen.

Sehr geehrte ARD-Sonntagsvormittagsgottesdienst-Redaktion!

Würden Sie mir, um Christi Willen, die Adresse jenes Sprengels geben, aus dessen Gotteshaus vor zirka drei, vier Wochen ein Gottesdienst übertragen wurde, in welchem ein, wenn ich mich recht erinnre, leicht sächselnder Herr um die vierzig, fünfzig folgende Anflehung steigen ließ: »Herr, laß nicht zu, daß wir die Umwelt immer weiter vergiften.« Ich möchte mit diesem Herrn in Kontakt treten, da ich des gleichen Anliegens wegen mit dem HERRN in Anrufung stehe.

Hochachtungsvoll

Wie oft, nicht wahr, wurde der deutsche Kulturelle Günter Grass (auch in diesem Blatte!) wegen seiner angeblich das »gaga« touchierenden Idee von der deutschen »Kultur«nation, dem unheimlich sympathischen Gegenentwurf zum normalen ökonomisch-militärischen deutschen Größenwahnstaat angemacht beziehungsweise ausgelacht. Nun dies:

[Abdruck Kleinanzeige]

Sieben Tausend Mark für eine Operettenzutrittskarte. Mögen andere von keiner Kulturnation sprechen, ich rede von einer, und: Grass hat doch recht.

Herr Beckenbauer!

Sie haben im Fußball alles erreicht. Auch privat scheint die Sonne und die Rente - stimmt. Sie könnten nun, wie jeder andre Success-Depp auch, golfen oder als Kunstrasenvertreter in Kamerun, USA oder anderen Entwicklungsländern der zwanzigsten Zweitmillion nachjagen. Aber Sie spielen da nicht mit. Sondern Sie gehen, mit finanzieller Unterstützung des DFB und der Firma Daimler, mit deutschen A-Jugendlichen über den Rasen von KZ-Gedenkstätten, von Dachau bis Auschwitz, und erzählen den jungen Leuten, wieviele zehntausende polnischer, jüdischer, russischer, französischer, tschechischer Fußballspieler, Schieds- und Linienrichter, Trainer, Ballwarte, Masseure und Fußballfans vom deutschen Faschismus erschlagen, erschossen, vergast worden sind. Und wenn die jungen Fußballspieler Sie fragen, wie das geschehen konnte, dann erklären Sie ihnen das geduldig und sagen: »Na gut, Fußball ist zwar die wichtigste Hauptsache, aber der Kampf gegen den Faschismus ist die schönste Nebensache der Welt.«

[Schnipsel BILD-Zeitungs Artikel »Franz: Wie ich Trainer Bilardo aus dem Stadion von Rom jagte«]

Franz, nachts um 11 Uhr. Wieder mal In Fahrt. Tempo 210. Der silbergraue Mercedes 560 SEL peitscht durch den Regen. »So ist Blindflug«, schimpft der Kaiser. »Und dann die Hinrissigen auf links. Geht's doch weg, macht's die Spur frei!«

Noch 271 km bis ins Kaiserreich. Sybille lenkt, Franz denkt.

Der Endspiel-Elfer von Brehme.

»Da kommt der Lothar zur Mittellinie gerannt. Er winkt, ich denk', was ist denn jetzt los. Er zeigt kurz auf die Schuh'. Na klar, er hat in der Halbzeit ja neue Schuhe angezogen. Seine Alten hatte ein Argentinier zerfetzt. Mit neuen Schuhen schießt kein Mensch einen Elfer. In so einem Spiel scho gar net.«

Tempo 220. Sybille halt den schweren Wagen ganz ruhig. »Hat doch der Andy Brehme gut gemacht, gell?«

Franz zwirbelt seine, in Italien lang gewordenen Nackenlocken. »Den Andy kannst mitten in der Nacht aufwecken: Der steht auf, schießt und trifft.«

Brehmes 1:0, das Weltmeister-Tor.

Franz dreht sich zu den Reportern auf der Rückbank-Ledercoach um: »Wißt ihr eigentlich, wann für mich klar war, daß wir schon Weltmeister sind? Das kann ich euch auf die Minute genau sagen.«

Sybille lächelt in den Rückspiegel. »Ach geh, Franz ... «

Der Team-Chef a.D.R. (auf der Rückreise) nimmt eine Prise Schnupfler. »Weltmeister waren wir schon einen Tag vorm Endspiel. Am Samstag um 18.43 Uhr.«

Sybille bremst. Regenstau. Franz in Fahrt. »Die Argentinier trainieren im Olympiastadion. Sie sind vor uns dran. Jetzt sind wir dran. Argentinien will weitertrainieren. Diese üblichen Spielchen. Ich raus zum Bilardo: Jetzt aber weg hier! Da haben sie sofort eingepackt, haben sich geschlichen. Und da wußte ich: DIE HABEN ANGST.«

Der Mercedes wie ein Schnellboot durch den Regen. Mitternacht, Grenzübergang Kufstein. Der Kaiser fahrt aus Deutschland raus und kommt trotzdem daheim an. Franz zu zwei Zöllnern: »Da sind wir wieder beieinander. Habt's schön aufgepaßt?« Lachen, winken.

Die Kaiserin legt die Hände zusammen zu einem Kopfkissen am Seitenfenster. Sie schließt die Augen, sie träumt.

Die Hütte. **Die Liebe. Die Zeit.**

1.30 Uhr. Sie haben alles wieder. Italien weg.

Am Morgen ...

Konkret 08/90, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Pfarrer Eppelmann, ein deutscher Christ, spricht

Ich würde mich auch innerlich dagegen sträuben, daß ein Grenzsoldat wegen Tötung oder was weiß ich in einem Prozeß verurteilt wird und diejenigen, die das veranlaßt haben, die ihn in diese beschissene Situation gebracht haben – Mielke, Honecker, Mittag etc. – werden heute noch medizinisch freundlich behandelt...

Vom Himmler hoch da komm ich her.

Warum hat der Richard von Weizsäcker beschlossen, Bundespräsident zu werden? Man wäre rein auf Spekulation angewiesen, gäbe es nicht die »Süddeutsche Zeitung«, ihren Klaus Dreher und die Aufklärung:

Weizsäcker muß wohl eine sorgfältige Prüfung vorgenommen haben und zu dem Ergebnis gekommen sein, es sei für das Gemeinwesen vorteilhafter, daß er Bundespräsident werde.

Doch, das klärt alles auf, und man fragt sich, wie bescheuert man eigentlich ist, nicht selbst drauf gekommen zu sein.

Von nichts kommt nichts:

Mit Jogging (täglich acht Kilometer), Tennis und Surfen hält er sich fit: Dr. Theo Sommer, der gestern seinen 60. Geburtstag feierte. Bürgermeister Dr. Henning Voscherau gratulierte dem Chefredakteur der »Zeit« und schrieb in seinem Glückwunschbrief: »Sie können auf ein rund vierzigjähriges außerordentlich erfolgreiches journalistisches Wirken zurückblicken...«

Ich danke schön, obwohl mein Beitrag zu dem außerordentlich erfolgreichen Wirken nur die letzten sechzehn Jahre umfaßt, welche freilich unsere erfolgreichsten waren. Aber wie's der Druckfehlerteufel will, hat er ausgerechnet zum Sechzigsten eines der schönsten Bilder verunstaltet, die mein Surfer je in die Wellen gezeichnet hat:

Nun wird das deutsche Volk abermals in den Sattel gesetzt. Wird es diesmal reiten können? Er meint natürlich: schwimmen können, denn he does it standing up:

Die Einheit ist 1990 diesmal nicht das Ergebnis von »Blut und Eisen«, sondern das windsurfartige Nebenprodukt eines demokratischen Völkersturms.

Ein Chagall, ach was, ein Arcimboldo! Und was macht der Druckfehlerteufel, der auch einmal auf den größten Haufen scheißen wollte, daraus? Er macht daraus

das windwurfartige Nebenprodukt eines demokratischen Völkersturms,

der sich, singulär wie er ist, als Volkssturm erweisen könnte, in dem das deutsche Volk 1990 diesmal, statt einen Surfer zu satteln, einem Wurfer die Sporen gibt.

Die Winde des Wandels aber blasen auch um die Kommandohöhen der gewerkschaftlichen Mitgliederzeitschrift »Metall« und erzeugen zeitgeistliche Betroffenheit respektive laufende Nasen:

Unsere Leser heute und morgen, hier und dort, sollten aber eins wissen: Wir bleiben in den Themen redlich, zu Personen unabhängig und unserer Glaubwürdigkeit treu.

Auf die Gefahr hin, meiner allgemeinen Beliebtheit untreu zu werden, möchte ich dem Chefredakteur von »Metall« doch sagen, daß er in diesem einen Satz den ganzen Schwachsinn einer Epoche konzentriert hat, der von heute und hier nach morgen und dort strebt und, so der evangelische Arbeitskreis für Arbeitnehmerfragen dabei hilft, tatsächlich dribbdebach seine Erfüllung respektive seinen Bembel finden wird.

Ich gebe zu, daß ich gegen den Schriftsteller Rolf Schneider voreingenommen bin, seit er, damals noch DDR-Bürger, mich vor fünfzehn Jahren besuchte. Im postgelben Mercedes, den Kofferraum vollgepackt mit Jeans, den Burberry überm Arm, das markante Innenfutter ebenso nach außen gekehrt wie das Glühen für einen originalen Kommunismus. erschien er mir als ein Mann mit der Eigenschaft, die Ware für das Wahre zu nehmen und zu geben. Inzwischen gibt's die Levi's bei der HO, und Schneider muß sich mit dem Verkauf von Restposten an DDR-Drillich bei der »Frankfurter Allgemeinen« durchbringen, und zwar derart:

Die im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit der DDR aufgefundenen Tonbänder mit den Aufnahmen heimlich abgehörter Telefongespräche werden auf Beschluß der damit beauftragten Komitees von ihren Spulen genommen und derart unbrauchbar gemacht. Anschließend werden sie zu einem in Ost-Berlin ansässigen Betrieb transportiert, dem sie als Ausgangsmaterial für die Herstellung von Fischereinetzen dienen. Obschon gänzlich anders verwendet als zuvor, bleiben sie derart ihrem eigentlichen Nutzungszweck erkalten: Es fangen sich zappelnde Lebewesen in ihnen und gehen daran zugrunde.

Derart schreibt kein Wendehals. Hier dichtet ein Rollmops (ehemals zappelndes Lebewesen).

So ein Leitartikel der »Tageszeitung« kann einen schon ins Grübeln bringen:

Ist es nicht ein Gewinn, zu erkennen, daß weder die Maschinengewehre der Sandinisten noch die preußischen SED-Kombinate den Weg ins Paradies weisen? Daß Alternativbetriebe nicht automatisch gute Menschen hervorbringen und der herrschaftsfreie Diskurs noch lange keine Vernunft?

Hat er nicht recht? Daß Alternativbetriebe, und gar journalistische, viele miese Typen hervorbringen und der dort herrschende herrschaftsfreie Diskurs einen Haufen Dreck – wer wollte es bestreiten?

Die Demoskopen haben ermittelt, daß im Mai 1990 erstens

50 Prozent der Bundesbürger sich Oskar Lafontaine als Bundeskanzler wünschen und nur 44 Prozent Helmut Kohl

und zweitens

51 Prozent der Bundesbürger ihre Stimme den Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP geben wollen und nur 46 Prozent der SPD und den Grünen.

Die Mehrheit, die gern einen Kanzler Lafontaine hätte, will zu diesem Zweck Helmut Kohl wählen. Soviel über die Spezies »mündiger Bürger« (civis communis plemplem).

Wer aber den Dachschaden hat, er sei »um vierzig Jahre unseres Lebens betrogen worden«, weil er keinen »Fideo« kaufen konnte, dem schickt die »Zeit« den Spott hinterher, nämlich den Leiter des Bonner Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft, Dr. Meinhard Miegel:

Marktwirtschaft ist nicht gleichbedeutend mit Wohlstand und erst recht nicht mit Freiheit und Frieden. (Es) ist durchaus nicht sicher, daß selbst eine zur Blüte gebrachte Marktwirtschaft einem Gemeinwesen mit gewisser Automatik materiellen Wohlstand beschert. Marktwirtschaft und Privateigentum sind Werte in sich selbst. Sie bedürfen nicht des Ausweises überschäumender wirtschaftlicher Erfolge.

Ätsch.

Der »Nestor der Fleischhauer«, dessen Tod eine Wiener Zeitung einst meldete, ist in der »Frankfurter Allgemeinen« wiederauferstanden:

Sie hat sich nicht verhärten lassen in den für sie gewiß harten Zeiten. Sie saß da im fließenden Seidenkleid (vermutlich mit Schulterpolstern), und ein leichtes Fußwippen manchmal war einziges Zeichen dafür, daß sie ein bißchen angespannt war. Sie hat einfach vom biestigen Bierernst der frühen Kampfjahre, der ihr ja zu guten Teilen aufgezwungen war, zu einem spielerischen Umgang gefunden, der ihr aber nichts von Ernsthaftigkeit nimmt. Sie lacht – wie sie überhaupt gern lacht, riskiert es nun, gründlich mißverstanden zu werden, wenn sie sich nicht recht von ihrem Ausspruch »Ich bin zu weiblich« distanzieren will. »Schließlich ist man nicht immer auf der Höhe seines Programms«,

und in diesem sympathischen Zitat frau nicht auf der Höhe ihres, des Feminismus, dessen Nestorin sie zu nennen der »FAZ« gut angestanden hätte. Was aber tut das Unglücksblatt? Es sagt, Frau Schwarzer sei

die lachende Päpstin

des Feminismus, den sie sich als eine Glaubensgemeinschaft denkt, die der geistlichen Führung durch eine Heilige Mutter bedarf. Es könnte eine fröhliche Pillen-Paula sein.